

österreichische gesellschaft für umwelt und technik



Das Blatt wenden – Zukunftsdialog 2035

Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik ÖGUT
Hollandstraße 10/46, a-1020 Wien
Tel +43.1.315 63 93- Fax +43.1.315 63 93-22
Email dasblattwenden@oegut.at web www.dasblattwenden.at, www.oegut.at



Inhaltsverzeichnis

Zum Prozess.....	7
Danksagung	9



Leitlinien für zukunftsfähiges Handeln

Präambel.....	11
Zukunftsfähiges Handeln - Strategische Leitlinien.....	14
Leitlinie 1: Durch Innovation zu neuen Ressourcen.....	15
Leitlinie 2: Viele Menschen – eine Gesellschaft	17
Leitlinie 3: Das gute Leben - zukunftsfähig.....	18
Leitlinie 4: Transparente Demokratie.....	19

Handlungsfelder

Handlungsfeld Zukunftsfähige Ressourcen.....	23
Wissensbasis zu natürlichen Ressourcen stärken	24
Forschungsprogramme zur Umstellung der Energie- und Rohstoffbasis dotieren.....	24
Kreislaufwirtschaft forcieren	25
Außenpolitische Strategien zur Sicherung der Rohstoffquellen entwickeln	25
Handlungsfeld Innovationsgesellschaft.....	27
Neugier auf Innovation stärken	28
Technisch-naturwissenschaftliches Wissen in der Gesellschaft erhöhen	28
Forschungs- und Technologieförderung am Prinzip der Zukunftsfähigkeit orientieren.....	29
Handlungsfeld Spielregeln für wirtschaftliches Handeln.....	31
Aufgaben und Ziele der World Trade Organisation (WTO) neu definieren	31
Re-Regionalisierung des Wirtschaftens stärken.....	32
„Wirtschaft ohne Wachstumszwang“ gestalten.....	32
Bedeutung der Finanzwirtschaft reduzieren	33
Handlungsfeld Steuern und Abgaben	35
Lohn- und einkommensabhängige Steuern und Abgaben reduzieren	36
Besteuerung von nicht erneuerbaren Ressourcen erhöhen	36
Besteuerung von Vermögen und des Finanzsektors anheben	36
Steuerliche Ausnahmen durchforsten	37
Zukunftsfähige Budgetpolitik verankern	37
Handlungsfeld Zukunft lernen.....	39
Werte und Kompetenz vermitteln – Diversität nutzen.....	40
Bildungsinstitutionen reformieren	40
Mit Naturwissenschaft und Kreativität Innovation schaffen.....	41
Medienkompetenz entwickeln	41
Lebensbegleitendes Lernen erfolgreich machen.....	41
Handlungsfeld Zukunftsakteur Öffentliche Hand	43
Öffentliche Beschaffung zukunftsfähig ausrichten.....	43
Investitionen auf ihre Zukunftsfähigkeit und Beitrag zur Lebensqualität prüfen	44
Innovationsfähigkeit der öffentlichen Hand erhöhen.....	44
Ordnungsrecht und Steuern statt Subventionen nutzen	44

Handlungsfeld Zukunftsfähige Lebensstile	46
Reduktion des „ökologischen Fußabdrucks“ als Staatsziel verankern.....	46
NGO´s und Initiativen stärken	47
Neue Indikatoren für Lebensqualität entwickeln	47
Handlungsfeld Lebensqualität global.....	49
Neue Formen wirtschaftlicher Kooperation ausbauen	49
Entwicklungszusammenarbeit verstärken	50
Export von Wissen und Technologien an Zukunftsfähigkeit orientieren.....	50
Handlungsfeld Ungleichheit und Armut	52
Qualitativ hochwertige soziale Infrastruktur ausbauen	52
Grundsicherung garantieren	53
Existenzsichernde Entlohnung sicherstellen	53
Ungleicher Verteilung entgegenwirken.....	53
Handlungsfeld Gendergerechtigkeit und Diversität	55
Bewertung von unbezahlter gegenüber bezahlter Arbeit anheben	55
Quoten für Geschlechter in Politik, Wirtschaft und Forschung einführen	56
Integration von Zugewanderten beschleunigen.....	56
Transparenz erhöhen.....	57
Pluralität leben und sichtbar machen	57
Handlungsfeld Arbeit neu verteilen	60
Flexibilisierung der Arbeitszeit verstärken	60
Ältere ArbeitnehmerInnen verstärkt integrieren	61
Konvergenz der Arbeitsbedingungen forcieren	61
Handlungsfeld Demokratie leben.....	63
Transparenz in Politik und Gesellschaft erhöhen	64
Entscheidungsfähigkeit des Systems auf globaler und europäischer Ebene verbessern	64
Umfassende Bundesstaatreform umsetzen	64
Institutionen einer kritischen Öffentlichkeit stärken.....	65
Direkte Mitbestimmung durch Bürgerinnen und Bürger ausbauen	65
Abbildungsverzeichnis	67

Zum Prozess

Die Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik (ÖGUT) hat anlässlich ihres 25-jährigen Bestehens gemeinsam mit über 50 Partnerorganisationen den breit angelegten Zukunftsdialog DAS BLATT WENDEN ins Leben gerufen. Die SchirmherrInnenschaft für diesen Prozess übernahmen Bundesminister Niki Berlakovich (Lebensministerium), Geschäftsführerin Hildegard Aichberger (WWF) und Präsident Christoph Leitl (Wirtschaftskammer Österreich). Ziel dieses einjährigen Prozesses mit EntscheidungsträgerInnen und MeinungsbilderInnen in Österreich war es, Lösungsansätze für die zentralen Herausforderungen der nächsten 25 Jahre im Bereich Umwelt und Nachhaltigkeit zu entwickeln.

Das Ergebnis dieses Dialogprozesses sind die nun hier vorliegenden **Leitlinien für zukunftsfähiges Handeln**.

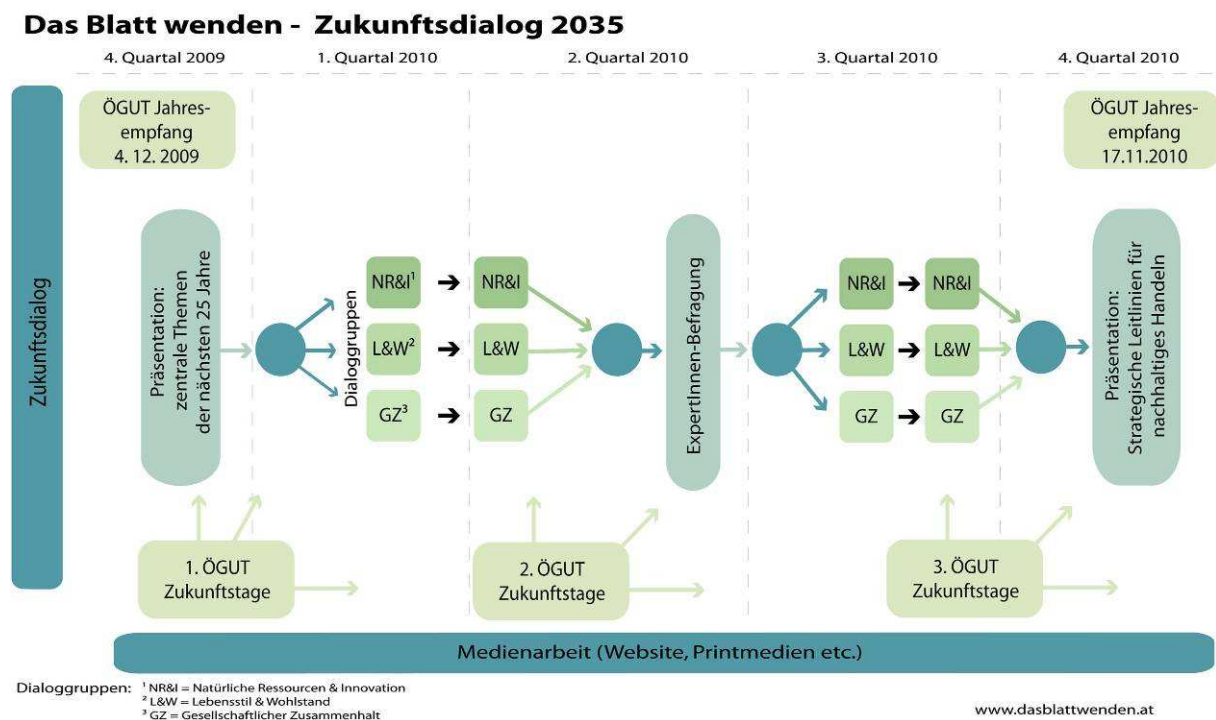


Abbildung 1: Flussdiagramm zum Zukunftsdialog 2035

Der Zukunftsdialog DAS BLATT WENDEN wurde von der ÖGUT fachlich (Herbert Greisberger) und organisatorisch (Lisa Purker) geleitet. Basierend auf den Ergebnissen einer zweitägigen Klausur von VertreterInnen des ÖGUT-Vorstandes mit externen ExpertInnen wurden drei Dialoggruppen zu folgenden Themen gebildet:

- Ressourcen und Innovation (Leitung: Michael Cervený, Erika Ganglberger, beide ÖGUT)
- Gesellschaftlicher Zusammenhalt (Leitung: Martina Handler, ÖGUT)
- Lebensstil und Wohlstand (Leitung: Inge Schrattenecker, ÖGUT)

Die drei Dialoggruppen gaben über den gesamten Zukunftsdialog wertvolle Inputs und Anregungen. Kernpunkt der Arbeit der Dialoggruppen waren je vier über die Dauer des gesamten Zukunftsdialogs verteilte Treffen zur Identifikation von Handlungsfeldern und zur Priorisierung und Formulierung der Leitlinien für zukunftsfähiges Handeln.

Das zweite Kernstück des Dialogprozesses war die groß angelegte ExpertInnenbefragung, an der zwischen Juli und September 2010 insgesamt 1.113 EntscheidungsträgerInnen und MeinungsbildnerInnen aus Wirtschaft, Forschung, Non-Profit-Organisationen und Verwaltung teilgenommen haben. Mittels eines ausführlichen online-Fragebogens wurden ihre Einschätzungen zu Zukunftsperspektiven und notwendigen Maßnahmen für ein zukunftsfähiges Österreich eruiert. Die Ergebnisse der Befragung wurden wiederum mit den Dialoggruppen rückgekoppelt und in die Handlungsfelder sowie die Leitlinien für zukunftsfähiges Handeln eingearbeitet.

Darüber hinaus wurde der gesamte ÖGUT-Zukunftsdialog durch ein Beratungsgremium, zusammengesetzt aus dem ÖGUT-Vorstand und externen ExpertInnen, begleitet.

Die Formulierung der Leitlinien oblag der ÖGUT, federführend Herbert Greisberger, Generalsekretär der ÖGUT, unterstützt von den LeiterInnen der Dialoggruppen sowie Monika Auer. Es sei an dieser Stelle betont, dass die inhaltliche Verantwortung für die Leitlinien für zukunftsfähiges Handeln bei der ÖGUT liegt.

Danksagung

Mein besonderer Dank für das Zustandekommen der Leitlinien für zukunftsfähiges Handeln gilt...

...den Schirmherrn, der Schirmherrin

Bundesminister **Niki Berlakovich** (Lebensministerium), Geschäftsführerin **Hildegard Aichberger** (WWF) und Präsident **Christoph Leitl** (Wirtschaftskammer Österreich), welche es ermöglicht haben, unter breiter Beteiligung von EntscheidungsträgerInnen und MeinungsbildnerInnen ohne Scheuklappen und Ergebnisvorgaben einen offenen Dialog zu führen. Es sei betont, dass sie sich nicht notwendig mit den Ergebnissen des Zukunftsdialoges identifizieren, diese aber als wertvollen Diskussionsbeitrag betrachten.

...den Sponsoren

die es durch ihren finanziellen Beitrag möglich gemacht haben, den Zukunftsdialog durchzuführen:

ARA Altstoff Recycling Austria



Energieversorgung Niederösterreich EVN



Oesterreichische Kontrollbank OeKB



Raiffeisen Klimaschutz-Initiative



...den Expertinnen und Experten der Dialoggruppen und Zukunftstage

die durch ihre Expertise und ihr Engagement die Dialoggruppen und Zukunftstage zu einem Ort der konstruktiven, hochinteressanten und vielfältigen Auseinandersetzung mit den zentralen Fragen der Gegenwart und Zukunft gemacht haben:

Alexandra **Amerstorfer**, Kommunalkredit Public Consulting

Monika **Auer**, Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik

Eveline **Balogh**, Oesterreichische Kontrollbank

Vera **Besse**, SOL-Bildungsagentur für Nachhaltigkeit

Ulrich **Brand**, Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien

Andreas **Breitenfellner**, Österreichische Nationalbank

Michael **Cervený**, Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik

Christoph **Chorherr**, Die Grünen

Petra **Draxl**, BM für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz

Dieter **Drexel**, Vereinigung der Österreichischen Industrie

Andrea **Edelmann**, Energieversorgung Niederösterreich

Elisabeth **Freytag**, BM für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
Erika **Ganglberger**, Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik
Klaus **Gabriel**, Institut für Sozialethik, Universität Wien
Stefan **Gara**, ETA Umweltmanagement
Andreas **Geisler**, Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft
Wolfgang **Gerlich**, PlanSinn
Stefan **Giljum**, Sustainable Europe Research Institute
Günther **Grassl**, Wirtschaftskammer Österreich
Uwe **Greff**, GLS-Gemeinschaftsbank
Kenan **Güngör**, [difference:]
Christoph **Haller**, Wirtschaftskammer Österreich
Barbara **Hammerl**, Joanneum Research
Martina **Handler**, Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik
Hans **Holzinger**, Robert-Jungk-Bibliothek
Ingmar **Höbarth**, Klima- und Energiefonds
Ulfert **Höhne**, ÖGUT-Vorstand
Klaus **Kastenhofer**, Global 2000
Karl **Kienzl**, Umweltbundesamt
Johannes **Kopf**, LL.M., Arbeitsmarktservice Österreich
Wolfgang **Kromp**, Institut für Risikoforschung Universität Wien
Helga **Kromp-Kolb**, Institut für Meteorologie der Universität für Bodenkultur Wien
Robert **Lechner**, Österreichisches Ökologie Institut
Karin **Liebhart**, Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien
Monica **Lieschke**, FORUM Umweltbildung
Alfred **Matousek**, REWE International
Christian **Mayer**, ARA Altstoff Recycling Austria
Christine **Mayrhuber**, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
Michaela **Moser**, Die Armutskonferenz
Willi **Nowak**, VCÖ-Verkehrsclub Österreich
Gertraud **Oberzaucher**, MAS, BM für Verkehr, Innovation und Technologie
Ines **Omann**, Sustainable Europe Research Institute
Michael **Paula**, BM für Verkehr, Innovation und Technologie
Markus **Piringer**, Ökobüro
Josef **Plank**, RENERGIE
Angie **Rattay**, Neongreen Network
Andreas **Schneider**, Wirtschaftskammer Österreich
Inge **Schrattenecker**, Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik
Christian **Schrefel**, 17&4 Organisationsberatung GmbH
Martina **Schuster**, BM für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
Stephan **Schwarzer**, Wirtschaftskammer Österreich
Ulrike **Seebacher**, Interuniversitäres Forschungszentrum für Technik, Arbeit und Kultur
Wolfgang **Sparlinek**, voestalpine Stahl
Rita **Trattnigg**, BM für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft

Andreas **Tschulik**, BM für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
Theresia **Vogel**, Klima- und Energiefonds
Bernhard **Weber**, Institut zur Cooperation bei Entwicklungs-Projekten
Andreas **Windsperger**, Institut für Industrielle Ökologie an der NÖ Landesakademie
Sibylla **Zech**, Büro stadtländ

...den 1.113 EntscheidungsträgerInnen und MeinungsbildnerInnen,

die sich bei den über 80 Fragen der Online-Befragung Gedanken zu Zukunftsbildern und Vorschlägen zu Maßnahmen für einen nachhaltigen Weg gemacht haben und mit dem dadurch entstandenen Meinungsbild eine zentrale Basis für die Formulierung der „Leitlinien für zukunftsfähiges Handeln“ gelegt haben;

...dem Präsidium und Vorstand der Österreichischen Gesellschaft für Umwelt und Technik (ÖGUT)

für die Unterstützung und Förderung des Prozesses, das Vertrauen in die MitarbeiterInnen der ÖGUT bei der Leitung des Prozesses sowie die Standpunkte und Sichtweisen aus ihren Herkunftsorganisationen;

...den DialoggruppenleiterInnen der ÖGUT Michael Cerveny, Erika Ganglberger, Martina Handler und Inge Schrattenecker

für die Erarbeitung der fachlichen Grundlagen des Zukunftsdialoges und die vielen spannenden Auseinandersetzungen in internen Sitzungen und spontanen Kaffeebar-„Stehungen“.

...der Leiterin des Prozesses, Lisa Purker

für all das, was den Beteiligten ein zielgerichtetes und -führendes Miteinander ermöglichte – die Koordination der vielen Menschen und Organisationen, die Gestaltung des Prozesses, die Moderation der Dialoggruppen und vieles mehr.

...und natürlich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Österreichischen Gesellschaft für Umwelt und Technik (ÖGUT)

für wertvolle Inputs zur Formulierung der Leitlinien und die Bemühungen für einen reibungslosen organisatorischen Ablauf des Prozesses.



Herbert Greisberger, ÖGUT-Generalsekretär

Präambel

Die Welt ist in Veränderung. Das wachstumsorientierte Wirtschaftsmodell ermöglichte insbesondere in den Industriestaaten einen stetigen Zuwachs an materiellem Wohlstand. Dieses Mehr an Gütern und Dienstleistungen zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse hat seit Beginn der industriellen Revolution die Lebensqualität einer großen Anzahl von Menschen beständig erhöht. Wesentliche Eckpunkte dieser Entwicklung: Soziale Marktwirtschaft und die Demokratisierung der Gesellschaft. Heute werden jedoch auch die Schattenseiten dieses Erfolgsmodells sichtbar: Die Menschheit überschreitet globale ökologische Grenzen und viele Menschen meinen, dass zumindest in den Industriestaaten materielles Wachstum nur mehr wenig zur Erhöhung der Lebensqualität beiträgt. Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich im globalen Maßstab, aber auch innerhalb der wohlhabenden Länder. Wirtschaftswachstum wird zu einem zentralen Begriff in der Diskussion zur Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Exponentielles Wachstum ist in einem geschlossenen System letztlich nur begrenzt möglich. Wird eine „Wirtschaft ohne Wachstum“ Realität für Europa? Wie können soziale Sicherungssysteme ohne Wachstum aufrecht erhalten werden? Ist qualitatives Wachstum als Mittelweg zwischen rein quantitativem Wachstum und Wachstumsverzicht realisierbar? Was aber bedeutet qualitatives Wachstum für unser Leben?

Das Ökosystem Erde verändert sich. Der Klimawandel, die Zerstörung wertvollen Bodens, der Rückgang der Biodiversität, die Erschöpfung nicht erneuerbarer Ressourcen und Naturkatastrophen führen die möglichen Folgen der Überforderung der Ökosysteme infolge ungebremsten Wirtschafts- und Bevölkerungswachstums deutlich vor Augen. Das hohe Niveau der Lebensqualität in Europa wird aber auch durch steigenden Leistungsdruck in einer Wettbewerbsgesellschaft, die Abnahme von Gemeinschaft und Solidarität und die zunehmend ungleiche Verteilung des Wohlstands, global wie national, bedroht. Hinzu kommen technologische Großrisiken, etwa durch friedliche und weniger friedliche Nutzung der Nukleartechnologie, Biotechnologie und den Missbrauch von Informations- und Kommunikationstechnologien durch Staaten oder einzelne Gruppen.

Auch auf politischer Ebene finden enorme Veränderungen statt. Neue Regionen der Erde gewinnen an wirtschaftlicher und politischer Macht, Europa verliert an Bedeutung. Globale Wanderungsbewegungen verändern die Zusammensetzung der Bevölkerung Europas. Zugewanderten tragen wesentlich zum Wohlstand in Europa bei, gleichzeitig verändern sie auch die Gesellschaft. Die Geschwindigkeit, mit der die wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen vor sich gehen, erzeugt bei vielen Menschen Angst und Ratlosigkeit.

In welchem Zustand hinterlassen wir den nächsten Generationen, unseren Kindern und Enkelkindern, den Planeten Erde? Kann und soll der materielle Wohlstand weiter steigen? Ist das ökonomische Wachstumsparadigma an ein Ende gelangt oder braucht es vielmehr Wachstum zur Bewältigung der Herausforderungen? Wie werden neue Technologien unser Leben verändern? So vielfältig die Fragen, so unterschiedlich die Antworten. Gemeinsam scheint nur: Die Zukunft ist keine Fortschreibung der Vergangenheit. Vielmehr müssen wir

uns mit Umbrüchen auseinander setzen, die das Leben der Menschen in den nächsten 25 Jahren verändern werden. Denn unsere Generation trägt die Verantwortung für die Gestaltung einer gedeihlichen Zukunft für alle Menschen dieses Planeten.

Die Herausforderungen der Gegenwart

Die Herausforderungen der Gegenwart für Europa und damit auch für Österreich sind mannigfaltig: Die sich abzeichnende Verknappung natürlicher Ressourcen wird die zukünftige wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung mitbestimmen. Die ungleiche Verteilung von Vermögen, Bildung und damit Einkommens- und Entwicklungschancen führt zu einer sozialen Polarisierung der Gesellschaft. Migrationsbewegungen sowie mangelnde Integration bilden eine Basis für soziale Konflikte und gesellschaftliche Spannungen.

Auf globaler Ebene bestehen derzeit keine effizienten Strukturen zur Bewältigung der globalen Herausforderungen. Wirksame weltweite Klimaschutzabkommen fehlen ebenso wie Regelungen zur Verteilung der natürlichen Ressourcen, zum Abbau von Armut und Ungleichheit, zur Eindämmung des globalen Bevölkerungswachstums oder zur Ausgestaltung eines fairen Welthandels. Eine Wirtschaft ohne Wachstum mit absolut reduzierten Eingriffen in das Ökosystem ist für viele Menschen schwer vorstellbar. Qualitatives Wachstum ist nach Meinung vieler ExpertInnen nicht ausreichend, um die erforderliche Dematerialisierung des Wirtschaftens sicher zu stellen. Mehr Lebensqualität mit weniger materiellem Wohlstand ist eine elitäre Vorstellung, neue Wirtschaftsmodelle sind derzeit auf Randbereiche der Gesellschaft beschränkt.

Dem repräsentativ-demokratischen Mehrparteiensystem wird von vielen Menschen die Lösungskompetenz für zentrale Zukunftsfragen abgesprochen, ihre Legitimität in Zweifel gezogen. In welche Richtung kann sich das demokratische System Europas weiter entwickeln? Einerseits werden mehr Mitbestimmung und Partizipationsmöglichkeiten für die Zivilgesellschaft gefordert, andererseits erhalten autoritäre und populistische Bewegungen in ganz Europa erhöhten Zulauf.

Führen diese Herausforderungen notgedrungen zu einer Reduktion des Wohlstandes? Sind fundamentale Krisen auf globaler und nationaler Ebene unausweichlich? Innovationsreichtum und naturwissenschaftlich-technisches Know-how haben es den Menschen bisher ermöglicht, Herausforderungen als Basis für weiteres Wachstum zu nutzen. Die große Herausforderung der Gegenwart liegt darin, das Wissen der Menschen und die hohe Innovationsfähigkeit sozialer Systeme zur Entkoppelung von Lebensqualität und Ressourcennutzung einzusetzen. Vor allem Gesellschaften mit hohem materiellem Wohlstand stehen vor der Notwendigkeit einer substantiellen Dematerialisierung, also einer absoluten Reduktion des Ressourcenverbrauchs. Das Erreichen der Grenzen des globalen Ökosystems wird zu massiven Veränderungen führen, nicht nur in den sozialen Systemen, sondern letztlich für jede/n Einzelne/n, für unseren Lebensstil und unsere Denkweise. Forschung und Bildung zur Erlangung von sozialer, gesellschaftlicher und fachlicher Kompetenz nimmt dabei eine zentrale Rolle ein. Weitreichende gesellschaftliche Reformen

im Sinne einer zukunftsfähigen Entwicklung sind dazu ebenso notwendig wie neue Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Agieren.

Lebensqualität – das gute Leben – als Paradigma

Die Anerkennung von Grenzen – natürlichen und sozialen – verändert den Blick auf die Gesellschaft, ihre Werte und Ziele. Das Wachstumsparadigma, das unsere Zeit beherrscht, ist Basis des hohen materiellen Wohlstandes und gleichzeitig Ursache für ökonomische und ökologische Krisen. Was in der Vergangenheit erfolgreich war, wird angesichts der Begrenztheit des Planeten zunehmend kontraproduktiv. Das BLATT ZU WENDEN erfordert daher einen Wechsel vom Wachstumsparadigma hin zu einer Lebenseinstellung, die Zufriedenheit und materielle Bedürfnisbefriedigung nicht mehr in dem Maße gleichsetzt wie heute, das Paradigma „Lebensqualität für alle“ als Grundlage für eine zukunftsfähige Gesellschaft.

Lebensqualität als Grad des Wohlbefindens der Menschen basiert auf einer angemessenen Befriedigung der Grundbedürfnisse und bietet der/dem Einzelnen Entwicklungschancen, Sicherheit und Sozialkontakte innerhalb der Gesellschaft. Der Fokus liegt auf der Sicherstellung der Grundbedürfnisse („Needs“) wie Wohnen, Nahrung, Gesundheit, dem Verlangen nach Sicherheit und sozialen Kontakten für alle Menschen, statt auf dem Bedürfnis nach Anerkennung und Selbstverwirklichung („Wants“) für wenige Personen. Dies lenkt den Blick von der Vermehrung materieller Güter und Dienstleistungen auf deren Verteilung auf globaler Ebene und innerhalb unserer Gesellschaft. „Politik“ wird damit wichtiger als „Wirtschaft“.

Die Leitlinien zukunftsfähigen Handelns basieren auf einem gemeinsamen Verständnis, welches die ökologischen Grenzen des Wirtschaftens anerkennt und den Menschen in den Mittelpunkt stellt.

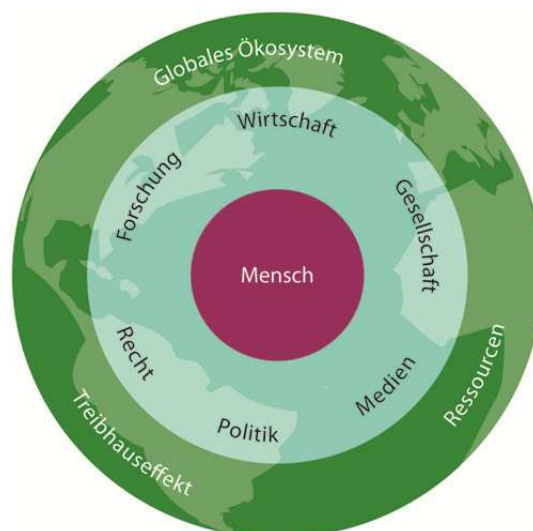


Abbildung 2: Mensch, soziale Systeme und Ökosystem

Dieses Bild des Zusammenwirkens von Mensch, sozialen Systemen und Ökosystem anerkennt die absoluten Grenzen des globalen Ökosystems, welche dauerhaft nicht ohne wesentliche negative Rückkoppelungen auf den Menschen überschritten werden können.

Im Mittelpunkt dieses Bildes einer zukunftsfähigen Entwicklung steht der Mensch als Individuum. Menschen sind vielfältig. Sie zeichnen sich sowohl durch Altruismus als auch Egoismus aus, sie können getrieben sein vom Willen, Menschen zu helfen, aber auch davon, andere zu schädigen. Der Versuch, Menschen zu verändern, wurde bereits vielfach unternommen und ist vielfach gescheitert. Ziel einer zukunftsfähigen Gesellschaft ist es, soziale Systeme so zu gestalten, dass ihr langfristiges Fortbestehen gesichert wird, anstelle die materielle und soziale Basis der Gesellschaft zu erodieren.

Ansatzpunkt der Leitlinien für zukunftsfähiges Handeln sind vor allem die von Menschen geschaffenen sozialen Systeme. Diese unterliegen systemspezifischen Regeln, die geändert werden können, deren Wirkungsfeld ausgeweitet oder eingeschränkt werden kann. Sozialen Systemen – insbesondere dem politischen und wirtschaftlichen System – gilt daher unsere Aufmerksamkeit bei dem Versuch, das BLATT ZU WENDEN. Das oben gezeigte gemeinsame Bild zum Zusammenspiel von Mensch, sozialen Systemen und Ökosystem umfasst wie das Drei-Säulen-Modell der Nachhaltigkeit sowohl die ökologische, soziale und ökonomische Dimension. Es betont stärker als das Drei-Säulen Modell die absoluten Grenzen menschlichen Handelns durch das globale Ökosystem und stellt das handelnde Individuum in den Mittelpunkt. Denn der Mensch ist die Basis jeder Veränderung, sei es in seinem/ihrer Lebensstil oder als AkteurIn des wirtschaftlichen, politischen oder sozialen Systems.

Zukunftsfähiges Handeln – Strategische Leitlinien

Der Mensch steht im Mittelpunkt bei dem Versuch, das BLATT ZU WENDEN zugunsten einer zukunftsfähigen Wirtschaft und Gesellschaft. Die Leitlinien für zukunftsfähiges Handeln weisen den Weg in eine Zukunft, in der Lebensqualität für alle Menschen das vorrangige Ziel ist - basierend einerseits auf einer solidarischen Gesellschaft und Ressourcen, die auch zukünftigen Generationen zur Verfügung stehen, andererseits auf einer Werthaltung, die das Heute nicht über das Morgen stellt, sondern eine Entwicklung unterstützt, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen.

Die strategischen Leitlinien für zukunftsfähiges Handeln sind kein endgültiges Ergebnis. Sie wurden im Rahmen eines einjährigen Dialogs gemeinsam mit einer großen Zahl von EntscheidungsträgerInnen und MeinungsbildnerInnen in Österreich entwickelt. Sie sind Wegweiser in eine nachhaltige Zukunft und geben Orientierung im täglichen Handeln. Sie richten sich an PolitikerInnen ebenso wie an MitarbeiterInnen der Verwaltung, in NGOs und in Unternehmen, an gesellschaftspolitische AkteurInnen wie auch an Privatpersonen. Die Leitlinien für zukunftsfähiges Handeln sollen Mut machen, im Sinne der kommenden

Generationen das zu tun, was wichtig und richtig ist - heute für morgen, von der heutigen Generation für die nächste Generation, für die nächsten 25 Jahre und darüber hinaus.

Leitlinie 1: Durch Innovation zu neuen Ressourcen

Die Erde hat uns mit einem reichen, aber endlichen Startkapital ausgestattet: Fossile Energieträger mit hoher Energiedichte, Metalle und viele andere Bodenschätze im Erdinneren, fruchtbarer Boden, Wasser und ein unermesslicher Artenreichtum auf der Erdoberfläche. All das wird durch eine dünne Atmosphäre geschützt, die das Leben auf der Erde erst möglich macht. Und schließlich versorgt die Sonne mit ihrer Strahlung das geschlossene System Erde permanent von außen mit Energie. Die Sonnenenergie ist die Basis für alle Pflanzen, für erneuerbare Energieträger und nachwachsende Rohstoffe, für Ressourcen, die uns in großen Mengen zur Verfügung stehen. Rohstoffe sind die Basis der Produktion und des Handels und somit für den Lebensstandard der Menschen von hoher Bedeutung: Natürliche Ressourcen sind der Ausgangspunkt (Extraktion) und der Endpunkt (Deponierung) jedes materiellen Wirtschaftsprodukts.

Der Einfluss, den wir Menschen auf das global begrenzte Ökosystem ausüben, ist am Beispiel Ressourcenverbrauch durch eine einfache Formel ausdrückbar:

$$\text{Ressourcenverbrauch} = \text{Bevölkerung} \times \text{Bruttoinlandsprodukt (BIP)} \\ \times \text{Ressourcenverbrauch pro BIP-Einheit}^1$$

Aufgrund der nach wie vor steigenden Weltbevölkerung und des auf globaler Ebene gewünschten Anstiegs an materiellem Wohlstand kommt der Technologie entscheidende Bedeutung zu. Durch technologische Weiterentwicklungen soll der Verbrauch an nicht erneuerbaren Ressourcen (und der Ausstoß von Emissionen wie Treibhausgasen) pro BIP-Einheit drastisch reduziert werden. Für die erforderliche absolute Reduktion des globalen ökologischen Fußabdrucks bedarf es damit einer

- engagierten **Effizienzstrategie** (Verringerung des Ressourcenverbrauchs bei gleichbleibendem Nutzen) und einer
- umfassenden **Konsistenzstrategie** (Einsatz von naturverträglichen Technologien, die die Ökosysteme nutzen, ohne sie zu zerstören).

Ergänzend zu diesen technologischen Strategien sind insbesondere in Industriestaaten auch Elemente einer **Suffizienzstrategie** (verringerte Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen) erforderlich. Global gesehen ist darüber hinaus die Stabilisierung der Weltbevölkerung wesentliche Voraussetzung für eine langfristig nachhaltige Entwicklung.

¹ In Abwandlung der IPAT-Formel: Impact = Population x Affluence x Technology; Analog auch für Treibhausgasemissionen etc. anwendbar.

Wollen Österreich und Europa ihrer Vorreiterrolle für die Entwicklung einer zukunftsfähigen Gesellschaft gerecht werden, erfordert dies eine Effizienzrevolution im Umgang mit Ressourcen, die Umstellung des Wirtschaftens auf erneuerbare Rohstoffe und eine weitgehende Kreislaufwirtschaft. Die Herstellung einer zukunftsfähigen Ressourcenbasis ist die Herausforderung der nächsten 25 Jahre. Die hierfür zentralen Maßnahmen betreffen insbesondere:

- **Österreich als weltweit führender Standort für zukunftsfähige Technologien**

Die Ausgaben für Forschung und Technologie sind dauerhaft und kontinuierlich anzuheben. Technologien müssen verstärkt auf Effizienz und Konsistenz ausgerichtet werden. Ziel ist es, Österreich zu einem der weltweit führenden Standorte für zukunftsfähige Technologien zu etablieren. Gerade die Entwicklung neuer Technologien im Bereich Energieeffizienz, erneuerbare Energie und nachwachsende Rohstoffe sichert Beschäftigung und trägt wesentlich zum positiven Image Österreichs in der Welt bei.

- **Technik und Naturwissenschaften in Bildung und Wissenschaft**

Die Entwicklung innovativer Technologien und deren breite gesellschaftliche Umsetzung bedürfen einer großen Zahl hoch qualifizierter WissenschaftlerInnen und eines hohen Niveaus an technisch-naturwissenschaftlichem Wissen in der Bevölkerung. Neugier auf Innovation, kreativitätsfördernde Lern- und Arbeitsbedingungen und die Gestaltung einer flexiblen und materiell abgesicherten Gesellschaft sind wichtige Voraussetzungen zur Schaffung einer Innovationsgesellschaft, und diese wiederum ist eine Vorbedingung für die Revolution der Ressourcenbasis unseres Wohlstandes.

- **Ressourcen statt Arbeit besteuern**

Die Umstellung des Steueraufkommens von Arbeit auf Ressourcen schafft die notwendige Rahmenbedingung für eine erfolgreiche Effizienz- und Konsistenzstrategie. Mittels einer entsprechenden Bepreisung des Ressourcenverbrauchs durch Steuern und Abgaben können Signale in effizienter Weise an Wirtschaft und Gesellschaft gegeben werden. Preise, die ökologische und soziale Kosten der Produktion und des Handels miteinbeziehen, steuern die Nachfrage und unterstützen den Wandel hin zu nachhaltigem Wirtschaften. So können KonsumentInnen und ProduzentInnen schneller und leichter eine zukunftsfähige Wirtschaft entwickeln.

- **Von der Wegwerfgesellschaft zur Kreislaufwirtschaft**

ProduzentInnen tragen die Verantwortung für den gesamten Lebenszyklus ihres Produktes. Um diese wahrnehmen zu können, ist konsequentes Ökodesign bei der Produktgestaltung ebenso erforderlich wie die Rücknahmeverpflichtung von Produkten nach ihrer Nutzungsphase. Gerade im Hinblick auf die steigende Bedeutung von Metallen und anderen nicht erneuerbaren Rohstoffen sind Deponierung und Export keine zukunftsfähige Strategie. Vielmehr ist das Denken in Produktlebenszyklen allen Investitionsentscheidungen zugrunde zu legen.

Leitlinie 2: Viele Menschen – eine Gesellschaft

Die zunehmende gesellschaftliche Ungleichheit hinsichtlich Vermögen und Einkommen sowie an Arbeitsmarktchancen wird in hohem Maße als Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und damit die Gesellschaft als Ganzes gesehen. Die hohe Korrelation in der Vererbung von Vermögen und Bildung sowie die sich darauf gründenden Einkommenschancen unterstützen das Auseinanderdriften gesellschaftlicher Gruppen in Europa ebenso wie in anderen Erdteilen. Während die soziale Absicherung niedriger Einkommenschichten in Österreich ein Mindestmaß an Teilhabe in der Gesellschaft sicher stellt, ist es vor allem der ungerechtfertigte Anstieg der hohen Einkommen, der zu einer Entsolidarisierung der Gesellschaft führt. Unterstützt wird dies durch die Entmischung und zunehmend soziale und räumliche Trennung der Gesellschaft nach Einkommen, Ethnizität oder Religion, vor allem von Zugewandererten und Mehrheitsgesellschaft.

Die demographische Entwicklung in Europa erfordert eine verbesserte Integration aller Bevölkerungs- und Altersgruppen in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt. Die Einbeziehung von Zugewanderten in den Arbeitsmarkt und die Erhöhung ihrer Aufstiegschancen, der Verbleib älterer ArbeitnehmerInnen im Arbeitsmarkt sowie Gendergerechtigkeit sind daher für eine zukunftsfähige Gesellschaft von höchster Relevanz. Global gesehen sind es die ungeheuren Unterschiede im materiellen Wohlstand zwischen Industriegesellschaften und Entwicklungsländern, die einer gemeinsamen Entwicklung entgegenstehen.

Die Verbesserung des gesellschaftlichen Zusammenhalts auf globaler und regionaler Ebene erfordert insbesondere:

- **Globale Wirtschaftskooperationen neu regeln**

Ein gleichberechtigter Zugang zu globalen Ressourcen sowie die Neuregelung globaler Wirtschaftsbeziehungen sind wesentliche Voraussetzungen für materiellen Wohlstand in Entwicklungsländern. Ausnahmen vom „freien“ Welthandel für die Bereiche Ernährung, Gesundheit und Energieversorgung sind notwendig für erhöhte regionale Krisenresistenz. Internationale Organisationen wie die Welthandelsorganisation (WTO) sind mit neuen Zielen im Sinne einer globalen Zukunftsfähigkeit auszustatten. Für eine Angleichung des Wohlstandsniveaus ist der faire Handel mit Produkten und Dienstleistungen zu forcieren.

- **Grundsicherung und existenzsichernde Entlohnung**

Die Teilhabe aller Menschen in Österreich an der Gesellschaft erfordert neben der Erfüllung der Grundbedürfnisse ein Mindestniveau an Einkommen. Der Ausbau der technischen und sozialen Infrastruktur wie öffentlicher Verkehr und Kinderbetreuung ist hierbei zu ergänzen durch eine Grundsicherung, welche gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Begleitet wird dies durch einen anreizkompatiblen Mindestlohn für alle Branchen. Die Abstimmung beider Systeme aufeinander ist Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der Motivation der Menschen zur Teilnahme am Arbeitsmarkt.

- **Gendergerechtigkeit erhöhen**

Die Einführung von klaren und mit Sanktionen verbundenen Regeln zur Erhöhung von Gendergerechtigkeit in Politik, Wirtschaft und Forschung in Österreich ist eine wichtige Maßnahme zur Gleichstellung von Männern und Frauen. Ergänzt wird dies durch die Einführung von Gehaltstransparenz, einer Neubewertung von bezahlter und unbezahlter

Arbeit in sozialen Sicherungssystemen und einer Änderung der Verteilung von Erwerbsarbeit, Versorgungsarbeit und politisch-gesellschaftlichem Engagement.

- **Integration von Zugewanderten verstärken**

Klare Zuwanderungsregeln und erhöhte Anstrengungen zur Integration von Zugewanderten, aber auch der Erwerb von Sprachkenntnissen und die Akzeptanz des gesellschaftlichen Grundkonsenses in europäischen Demokratien sind für eine Erhöhung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Österreich essentiell. Diversität leben und sichtbar machen ist für die Akzeptanz der gesellschaftlichen Werte der Mehrheitsgesellschaft unabdingbar und eine Voraussetzung für ein zukunftsfähiges Miteinander.

- **Chancen durch Bildung ausbauen**

Bildungseinrichtungen vermitteln gesellschaftliche Werte und soziale Kompetenz ebenso wie fachliches Know-how. Sie tragen damit zur sozialen Inklusion aller Bevölkerungsgruppen und zur Integration von Zugewanderten bzw. deren Kindern bei. Durch eine Reform des Pflichtschulsystems sind Ungleichheiten abzubauen und die Chancen auf Arbeit und Einkommen zu erhöhen. Wesentliche Anstrengungen sind im Bereich lebenslanges Lernen zu unternehmen, um die Integration älterer ArbeitnehmerInnen und die Produktivität der Gesellschaft zu sichern. Dies gilt insbesondere für das Erlernen sozialer Kompetenz im Umgang mit Informations- und Kommunikationstechnologien zur Erhöhung gesellschaftlicher Teilhabe bei klarem Schutz der Privatsphäre.

Leitlinie 3: Das gute Leben – zukunftsfähig

Die westlichen Lebensstile sind nicht globalisierbar. Dies ist eine klare Erkenntnis, die sich aus dem mit diesen Lebensstilen einhergehenden Ressourcenverbrauch ergibt. Die Zunahme materiellen Wohlstands führt in Europa nur mehr begrenzt zur Steigerung der Lebensqualität. So ist etwa der Anstieg an psychischen Erkrankungen ein Indikator für sinkende Lebensqualität. Die fälschliche Gleichsetzung von Lebensqualität mit Konsum von Produkten führt zu hoher Naturnutzung und einem enormen Durchfluss an Materialien in westlichen „Wegwerfgesellschaften“.

Lebensstile sind unmittelbar persönliche Verhaltensweisen, die von Zielen und Werthaltungen der Individuen geprägt sind. Die zugrundeliegenden individuellen Werthaltungen sind durch die Gesellschaft nur bedingt änderbar, vielmehr basieren soziale Systeme und Lebensstile in großen Maße auf diesen Werthaltungen. Diese zu verändern ist ein langwieriger Prozess, der vor allem durch Bewusstwerdung und Erleben von Alternativen erfolgen kann.

- **Lebensqualität messen**

Die Messung von Lebensqualität mit wirtschaftlichen Indikatoren, allen voran dem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts, ist für westliche Gesellschaften nur mehr eingeschränkt zweckmäßig. Vielmehr sind neue und mehr Dimensionen umfassende Indikatorensysteme zu entwickeln, zu implementieren und zu kommunizieren. Neue Kennzahlen verändern Wahrnehmung, Sichtweisen und gesellschaftliche Diskussionen und wirken auch auf Lebensstile in westlichen Gesellschaften.

- **Die Folgen des Handelns erkennen**

Die Vielzahl an Informationen erschwert das Erkennen der wichtigsten Folgen individuellen Handelns. Klare Kommunikation durch Information und Kennzeichnung, sowie insbesondere durch Preissignale (ökologische Steuerreform) unterstützen daher zukunftsfähiges Handeln. Auch klare Aussagen zu gesellschaftlichen Entwicklungen durch unabhängige Institutionen sind ein notwendiger Baustein, um wesentliche Zusammenhänge einer breiten Öffentlichkeit glaubhaft zu vermitteln.

- **Zukunftsfähige Leitbilder erlebbar machen**

Dematerialisierte Lebensstile können ein Mehr an Lebensqualität mit sich bringen, erfordern jedoch eine Änderung des persönlichen Verhaltens. Initiativen zum Erlernen zukunftsfähiger Verhaltensweisen und zum Verlernen nicht-nachhaltiger Verhaltensweisen schaffen die Voraussetzung für die Akzeptanz und Übernahme nachhaltiger Lebensstile.

Leitlinie 4: Transparente Demokratie

Die repräsentativen Demokratien in Europa werden durch soziale Polarisierung und das Erstarken populistisch-autoritärer Strömungen gefordert. Gerade vor dem Hintergrund der notwendigen Weichenstellungen in Wirtschaft und Gesellschaft im Sinne eines zukunftsfähigen Leitbildes ist ein hohes Maß an Akzeptanz politischer Entscheidungen erforderlich. Demokratie braucht Legitimation und Vertrauen – Vertrauen, das letztlich auf dem Zugang zu Informationen und einem hohen Maß an Transparenz beruht.

- **Ausbau von Transparenz in der Gesellschaft**

Die Erhöhung von Transparenz umfasst sowohl die Forderung nach Offenlegung von innerbetrieblichen Einkommensunterschieden, individuellen Steuerbeiträgen und Subventionen als auch die Nachvollziehbarkeit des Zustandekommens politischer Entscheidungen. Transparenz ist ein wesentliches Mittel zum Abbau ungerechtfertigter Benachteiligungen in unserer Gesellschaft und Ausgangspunkt für Veränderung. Durch die Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien kann Transparenz gewährleistet werden. Ihr Einsatz ermöglicht die Verbreitung von Information, aber auch breite Diskussion und Beteiligung an gesellschaftlich relevanten Entscheidungen.

- **Zivilgesellschaft stärken**

Bürgerinnen und Bürger fordern mehr Mitbestimmung in Fragen, die ihre unmittelbare Lebensumwelt betreffen. Die frühzeitige und umfangreiche Einbeziehung der Bevölkerung in Entscheidungen ist ein wesentliches Merkmal einer zukunftsfähigen Demokratie. Information und Mitbestimmung verstärken auch das Verantwortungsgefühl der Bürgerinnen und Bürger bei langfristigen Entscheidungen. Wesentlich ist die Einbeziehung aller betroffenen Bevölkerungsgruppen, unabhängig von Bildungsstand, Herkunft oder Geschlecht. Durch die Stärkung von NGOs und Initiativen der Zivilgesellschaft wird politisch-gesellschaftliches Engagement der BürgerInnen belohnt und eine lebendige und funktionsfähige Demokratie geschaffen.

- **Entscheidungsfähige globale, europäische und regionale Strukturen bauen**

Die Entscheidungs- und Umsetzungsfähigkeit der Politik im Hinblick auf globale Problemstellungen, wie etwa den Klimaschutz oder dauerhafte Unterernährung großer Bevölkerungsteile, muss deutlich verbessert werden. Voraussetzung hierfür ist die Schaffung von Institutionen mit übernationalen und zukunftsfähigen Zielsetzungen (z.B. Welthandelsorganisation) und die Erarbeitung von wirkungsvollen Durchsetzungsmaßnahmen. Ebenso sind die Kompetenzen und Aufgaben innerhalb der Europäischen Union und Österreichs den zukünftigen Herausforderungen anzupassen. Dazu zählen die Verlagerung von Kompetenzen für globale Herausforderungen im Bereich Wirtschaft, Energie und Umwelt an die Europäische Union beziehungsweise die Rückverlagerung von Kompetenzen auf die regionale Ebene sowie eine innerösterreichische Bundesstaatsreform. Österreich wird als Teil der Europäischen Union damit stärker in die globale Verantwortung genommen und kann als Teil der Europäischen Union durch positive Vorbildwirkung zum Aufbau einer zukunftsfähigen Welt beitragen.

Heute für ein zukunftsfähiges Morgen

Die vier Entwicklungsrichtungen – neue Ressourcenbasis schaffen, gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken, nachhaltige Lebensstile etablieren und Transparenz in allen Bereichen erhöhen – bilden die Eckpunkte für zukunftsfähiges Handeln. Sie stehen miteinander nicht in Konflikt, sondern ergänzen und verstärken einander. Gemeinsam bilden sie das Fundament, das BLATT ZU WENDEN im Sinne einer zukunftsfähigen Gesellschaft. Einer Gesellschaft, die immaterielle Werte an die Stelle von materieller Übersättigung setzt und Kooperation an die Stelle von Konkurrenz. Und einer Gesellschaft, die Lebensqualität für alle Menschen schafft, ohne ökologische Grenzen zu überschreiten.

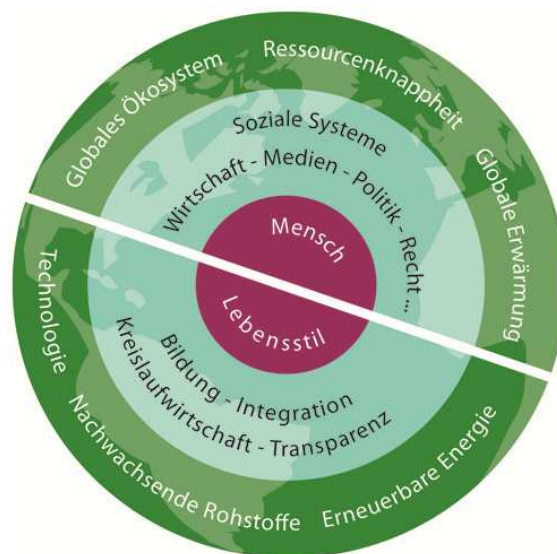
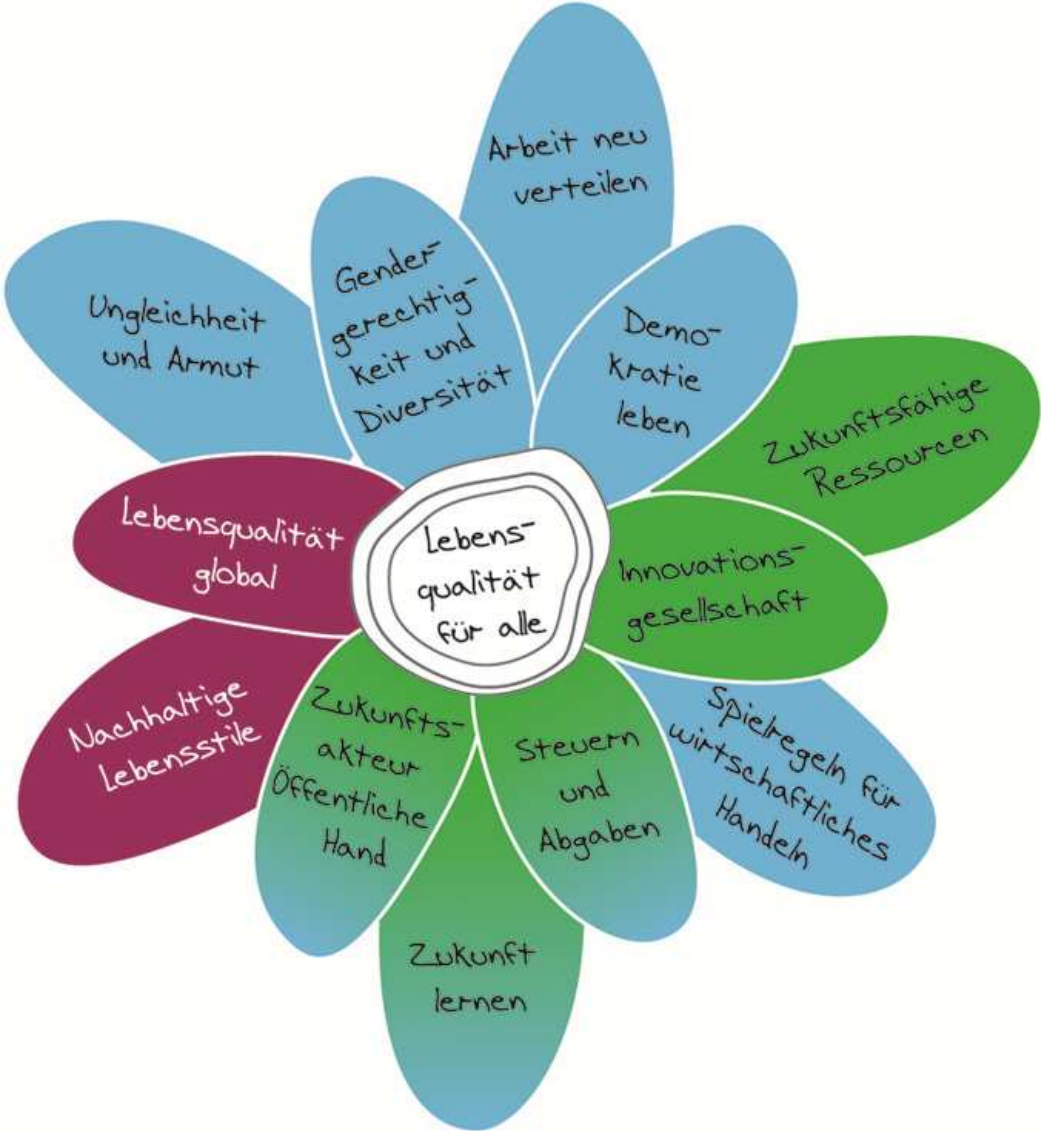


Abbildung 3: Herausforderungen und Lösungsansätze

Diese Leitlinien umzusetzen ist eine Aufgabe, die EntscheidungsträgerInnen und MeinungsbildnerInnen täglich fordert. Über die Welt von morgen wird heute entschieden. Diese Verantwortung kann der heutigen Generation niemand abnehmen. Durch unser Handeln – ob als KonsumentIn, als EntscheidungsträgerIn in Wirtschaft und Gesellschaft oder als PolitikerIn – entscheiden wir mit über Wohlstand und Lebensqualität der kommenden Generationen, über die Welt in 25 Jahren, die Zukunft im Jahr 2035 und danach.

Konkrete Empfehlungen zu den Handlungsfeldern



Handlungsfeld Zukunftsfähige Ressourcen

Eine steigende Weltbevölkerung und globales Wirtschaftswachstum erhöhen den Bedarf an nicht erneuerbaren Ressourcen massiv. Alleine seit 1980 ist die jährliche Gesamtentnahme von fossilen Energieträgern, Metallen, mineralischen Rohstoffen und Biomasse um über 50 % gestiegen. Eine „Übersetzung“ der Wirtschaftsprognosen in Materialeinheiten ergibt bis 2030 eine gegenüber 1980 um das 2 ½-fache gestiegene Rohstoffentnahme (siehe Abbildung 4). Eine ähnliche Entwicklung ist auch bei der Belastung der natürlichen Senken erkennbar. Besonders die durch steigende Treibhausgasemissionen verursachte globale Temperaturerhöhung gibt Anlass zu größter Besorgnis (siehe Abbildung 5) und droht die Lebensbedingungen des Ökosystems Erde langfristig wesentlich zu verändern.

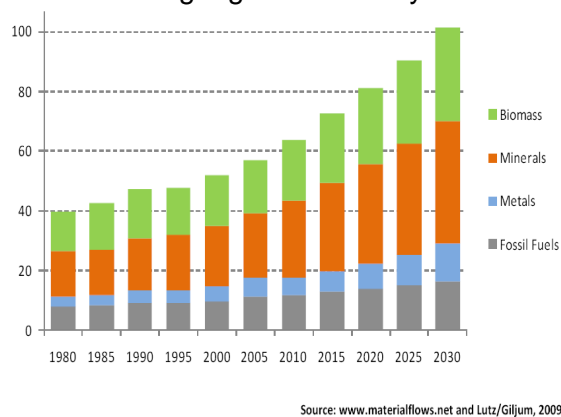


Abbildung 4: Entwicklung des jährlichen Ressourcenverbrauches

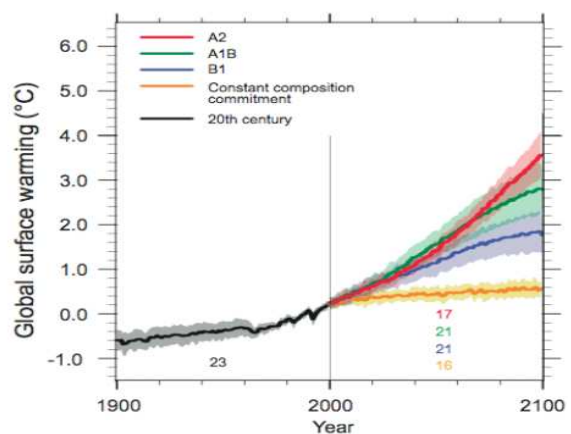


Abbildung 5: Prognose der globalen Treibhausgasemissionen

Exponentielles Wachstum ist in einem begrenzten Ökosystem nur eingeschränkt möglich. Gerade vor dem Hintergrund des Anstiegs der Weltbevölkerung und der Nutztierhaltung sind in vielen Teilen der Welt zunehmende Probleme bei der Versorgung mit sauberem Wasser und bei der Verfügbarkeit von (fruchtbarem) Boden zu erwarten. Der steigende globale Ressourcenbedarf lässt mittelfristig aber auch Knappheiten bei global gehandelten und für die Weltwirtschaft wichtigen Rohstoffen erwarten. Knappheiten drücken sich auf Märkten in steigenden Preisen aus und erhöhen die Unsicherheiten in Bezug auf langfristige Investitionen. Dies gilt beispielsweise für den Leitenergieträger Erdöl, dessen Produktion darüber hinaus aus geologischen Gründen mit zunehmenden Kosten verbunden ist. Versorgungsengpässe drohen jedoch auch bei einer Reihe von Metallen, welche gerade im High-Tech-Bereich häufig eingesetzt werden. Deren Verfügbarkeit ist nicht nur aus geologischen, sondern zusätzlich noch aus geopolitischen Gründen gefährdet, da ihre Abbaustätten in wenigen Regionen außerhalb Europas konzentriert sind. Zur langfristigen Aufrechterhaltung der Lebensqualität und des materiellen Wohlstandes in Europa braucht es daher eine drastische Reduktion des Einsatzes an nicht erneuerbaren Ressourcen.

Ziel

Ziel ist es, den weltweiten Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen und die Belastung gefährdeter Senken ABSOLUT zu reduzieren.

Konkrete Schritte

Um das genannte Ziel zu erreichen, braucht es folgende technische und sozio-ökonomische Strategien:

- Eine raschere und stärkere Effizienzsteigerung („Effizienzrevolution“) auf allen Ebenen der Material- und Energiewirtschaft (weniger Input pro Output).
- Die Umstellung von „kritischen“ auf weniger kritische Rohstoffe (alternativer Input).
- Eine Umorientierung weg von Neuproduktion von Gütern hin zu Verlängerung der Nutzungsdauer und Recycling, um Materialien länger und intensiver zu nutzen (verlängerte Nutzungsperiode).
- Eine Reduktion der Verbrauchsniveaus (weniger Output) in den Industriestaaten

Der Reduktion des Verbrauchsniveaus kommt insbesondere dann erhöhte Bedeutung zu, wenn die genannten Ansätze zur Effizienzsteigerung und Verlagerung der Rohstoffbasis global gesehen nicht ausreichend sind, um „harte“ ökologische Grenzen einzuhalten. Den OECD-Staaten kommt bei der Schaffung einer zukunftsfähigen Ressourcenbasis besondere Bedeutung zu, da sie historisch für einen Großteil des Verbrauchs globaler Ressourcen verantwortlich zeichnen und über die erforderlichen finanziellen Spielräume sowie das notwendige Know-how verfügen.

Wissensbasis zu natürlichen Ressourcen stärken

Die Einschätzungen der wichtigsten Stakeholder über das Wann und Wie von Rohstoffkrisen und andere Ressourcenengpässe sind sehr heterogen. Dies auch, weil qualitativ hochwertige und unabhängige Datengrundlagen über die Verfügbarkeit von Ressourcen häufig fehlen. Der Frage der zukünftigen Ressourcenbasis des Wirtschaftens ist daher international mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Neben der Dotierung umfassender Forschungsprogramme zur Ressourcenfrage kann die Schaffung einer unabhängigen Institution (etwa nach dem Vorbild der Internationalen Energieagentur oder des IPCC) wesentlich zum Aufbau und internationalen Austausch von Know-how sowie zur Erhöhung des Problembewusstseins aller Stakeholder für langfristige Ressourcenfragen beitragen.

Forschungsprogramme zur Umstellung der Energie- und Rohstoffbasis dotieren

Die Umstellung auf erneuerbare Energien oder auf „nicht-kritische“ Rohstoffe ist eine enorme und langfristige Herausforderung, die einen hohen Einsatz der intellektuellen Kapazität der industrialisierten Welt erfordert. Die Umstellung der globalen Ressourcenbasis bedarf daher der Dotierung von umfangreichen Programmen von der Grundlagenforschung bis zur angewandten Forschung, Demonstration und Markteinführung. Darüber hinaus sind

Forschungsschwerpunkte und Technologieentwicklungen (z.B. Elektromobilität) im Hinblick auf potenzielle zukünftige Engpässe in der Ressourcenverfügbarkeit zu prüfen. Dabei sind nicht nur technische Aspekte, sondern insbesondere auch sozio-ökonomische Aspekte zu berücksichtigen. Letztere, wie die Überwindung von Akzeptanzbarrieren, rechtlichen Hindernissen und hemmenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind insbesondere für die erfolgreiche Marktdiffusion innovativer Produkte und Verfahren von Bedeutung.

Kreislaufwirtschaft forcieren

Vor dem Hintergrund der Knappheit und geopolitischen Konzentration von Rohstoffen, die für das heutige Wirtschaften erforderlich sind, ist es von strategischer Bedeutung, diese möglichst lange im industriellen Kreislauf zu halten. Im Mittelpunkt einer Kreislaufwirtschaft stehen die Verbesserung der Recyclingfähigkeit von Produkten und die Durchsetzung von hohen Recyclingraten etwa durch technische und steuerliche Maßnahmen. Infolge der zu erwartenden Preisanstiege kommt „Urban Mining“ in Hinkunft ebenso vermehrt Bedeutung zu wie der Verhinderung des (dzt. z. T. illegalen) Exports wertvoller Sekundärrohstoffe. Vielmehr bedarf es des Aufbaus von Recyclingkapazitäten für kritische Rohstoffe in Europa.

Der Fokus der Wirtschaftspolitik verlagert sich damit insgesamt von der Neuproduktion von Gütern auf die Verlängerung der Nutzungsdauer und das Recycling von Produkten. Ein wesentliches Element dabei ist das Monitoring und die strategische Reservehaltung kritischer Rohstoffe, um kurzfristige Preisschocks infolge globaler Knappheiten mit negativen Auswirkungen auf die Wirtschaft zu vermeiden.

Außenpolitische Strategien zur Sicherung der Rohstoffquellen entwickeln

Viele strategisch wichtige Rohstoffe sind in politisch instabilen Regionen bzw. sind deren Abbaugelände auf wenige Staaten (oder Unternehmen) konzentriert. Angesichts der hohen Importabhängigkeit Österreichs und Europas ist es ratsam, Maßnahmen zur Absicherung von Rohstoffquellen wie die Diversifizierung des Bezugs, die Bildung von Joint Ventures, die Unterzeichnung bilateraler Abkommen und strategische Lagerhaltung zu verstärken. Ökonomische Interessen dürfen dabei jedoch Menschenrechte nicht in den Hintergrund drängen. Vielmehr schaffen die Einforderung international anerkannter Standards im Bereich Menschenrechte und Korruptionsbekämpfung sowie die Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards vor Ort auch die Voraussetzung für eine gemeinsame zukunftsfähige Entwicklung.

Akzeptanz und Konfliktfelder

Hinsichtlich der Notwendigkeit und Dringlichkeit einer absoluten Reduktion des Ressourcenverbrauches und deren Auswirkungen auf den Lebensstil sind die Meinungen der TeilnehmerInnen des Zukunftsdialoges geteilt. Unstrittig ist jedoch, dass ein weiteres exponentielles Wachstum des Ressourcenverbrauches global nicht realistisch ist (siehe Handlungsfeld „Zukunftsfähige Lebensstile“). Gleiches gilt für die Gefahr einer Erwärmung der Erde

infolge steigender Treibhausgaskonzentrationen in der Atmosphäre. Die Vision einer Wirtschaft, die die natürlichen Ressourcen nicht zerstört, sondern auf Basis erneuerbarer bzw. unkritischer Rohstoffe die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen fähig ist, wird weitestgehend von allen Stakeholdern geteilt. Die konkreten Schritte dazu – welche Maßnahmen sollen wann und von wem (national vs. internationaler Gleichklang etc.) gesetzt werden – sind jedoch in hohem Maße umstritten. Insbesondere hinsichtlich der Dringlichkeit des Anpassungsprozesses und der einzusetzenden Instrumente bestehen zwischen den Stakeholdern wesentliche Unterschiede. Im Rahmen des Zukunftsdialoges wurde von allen Beteiligten der Frage der zukünftigen Ressourcenbasis ein hoher Stellenwert eingeräumt. Entsprechende Maßnahmen zur Sicherstellung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Europas wurden sowohl im Bereich der Forschungs- und Innovationspolitik als auch darüber hinausgehend weitgehend befürwortet. So unterstützen über 70 % der befragten Personen eine „aktive Ressourcenpolitik, die die Interessen Europas in der Welt schützt“. Konfliktpotenziale in Zusammenhang mit der Umstellung der Ressourcenbasis bzw. der Nutzung nicht erneuerbarer Ressourcen bestehen weniger auf nationaler Ebene als auf internationaler Ebene. Dies zeigt sich nicht zuletzt in den bisher erfolglosen Versuchen, ein global verbindliches und effektives Klimaschutzabkommen zu erarbeiten.

Die Maßnahmen zur Umstellung der Ressourcenbasis stehen in engem Zusammenhang mit den Handlungsfeldern „Innovationsgesellschaft“ und „Steuern und Abgaben“.

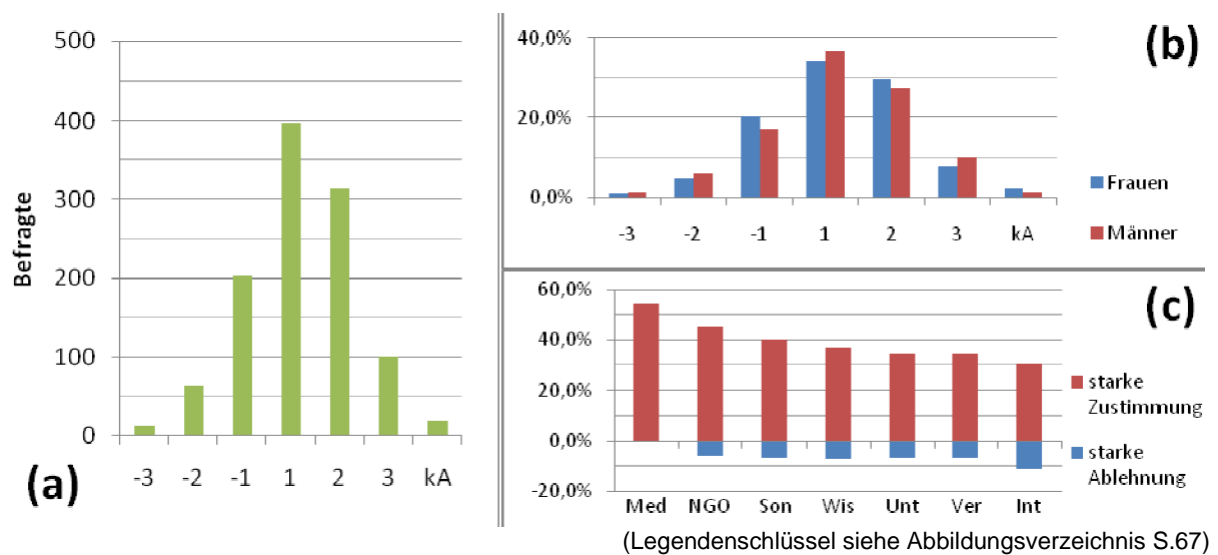


Abbildung 6: Frage I.D.1:

„Für wie wahrscheinlich halten Sie das Eintreten der folgenden Entwicklungen: Engpässe bei wichtigen Rohstoffen (Erdöl, seltene Metalle) haben drastische negative Veränderungen in der Gesellschaft und im Wirtschaftssystem bewirkt.“

- a) Zustimmung unter allen Befragten
- b) Zustimmung nach Geschlecht
- c) Zustimmung nach Organisation

Handlungsfeld Innovationsgesellschaft

Die enorme Innovationskraft der Marktwirtschaft ist eine zentrale Triebfeder des Wirtschaftswachstums und hat in den letzten Jahrzehnten wesentlich zu Wohlstand in den Industriestaaten und den „Emerging Markets“ beigetragen. Diese Entwicklung hat auch ihre Schattenseiten: Die Verknappung von für unsere Wirtschaft wichtigen Rohstoffen und die regionale oder globale Zerstörung von Lebensgrundlagen (Wasser, Boden, Klima, Biodiversität) lassen ein weiteres globales Wirtschaftswachstum zweifelhaft erscheinen. Technische Innovationen sind bei heutigen Innovationsgeschwindigkeiten nicht in der Lage, eine Trendumkehr herbeizuführen. Wie die unten stehende Grafik am Beispiel Österreich zeigt, wurden die Ressourcen sparenden Effekte von Innovationen durch die gegenläufigen Effekte einer wachsenden Wirtschaft und steigenden Bevölkerungszahl „überkompensiert“. Auf globaler Ebene sind der Anstieg der Bevölkerung und das Wirtschaftswachstum noch deutlich höher als in Österreich und infolge dessen auch der Anstieg des Ressourcenkonsums wesentlich stärker.

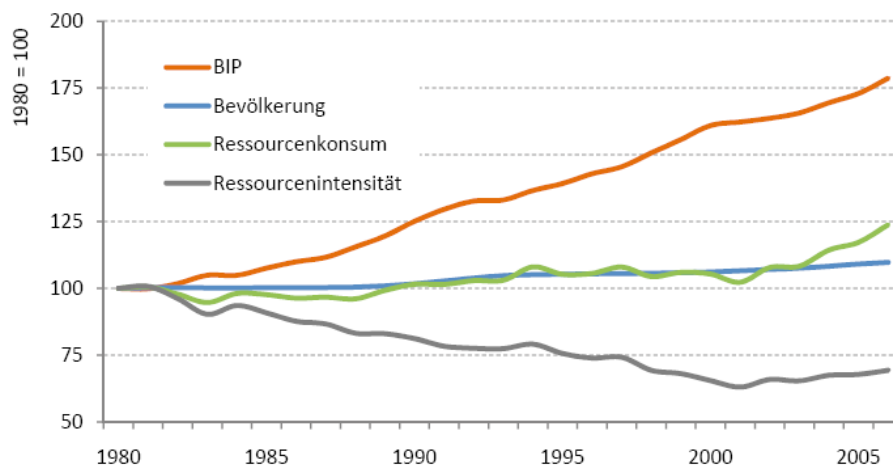


Abbildung 7: Relative statt absolute Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenkonsum in Österreich seit 1980

Quelle: www.seri.at

Der weitere Anstieg der Weltbevölkerung und der Wunsch nach Zunahme des materiellen Wohlstands in weiten Teilen der Erde sind die Basis eines weiter wachsenden Ressourcenverbrauches. Einer signifikanten Beschleunigung von Innovationsprozessen zur Reduktion der Ressourcenintensität unserer Gesellschaft kommt damit eine zentrale Rolle für die Sicherung der Funktionsfähigkeit des Ökosystems „Erde“ zu. Basis einer globalen Effizienzrevolution sind technische Innovationen, allerdings reichen technische Innovationen nicht aus, eine Trendumkehr herbeizuführen. Entscheidend ist vielmehr die Entwicklung gesellschaftspolitisch relevanter Innovationen in Wirtschaft, Sozialwesen und Kultur sowie der institutionellen Gestaltung unserer Gesellschaft.

Ziel

Ziel ist eine signifikante Beschleunigung von Innovationsprozessen in Wirtschaft und Gesellschaft.

Konkrete Schritte

Die Erreichung konkreter Zielsetzungen - wie etwa die Reduktion des ökologischen Fußabdrucks oder der treibhausrelevanten Emissionen Österreichs auf ein global verträgliches Maß - erfordern einen Mix aus ökonomischen, technischen, institutionellen, sozialen und kulturellen (Er)Neuerungen. Obwohl es sich hierbei um eine globale Herausforderung handelt, kommt den Industriestaaten und damit Österreich aufgrund des hohen Ressourcenverbrauches und der Vorbildwirkung Europas eine besondere Bedeutung zu.

Neugier auf Innovation stärken

Innovationen im Sinne von „Neuerung“ bedeuten auch den Verlust von „Bestehendem“ und damit auch die Abwertung materieller und immaterieller Vermögenswerte. Das mag einer der Gründe sein, warum weite Teile der Gesellschaft umfassenden Innovationen mit Skepsis begegnen. Angesichts der Notwendigkeit rascher und umfassender ökonomischer, technischer, institutioneller, sozialer und kultureller Innovationen braucht es auch eine gesellschaftliche Stimmung, die Innovationen „wünscht“. Eine derart innovationsorientierte Gesellschaft ist eine offene und lernende Gesellschaft, die auch das mit Veränderung zwangsläufig verbundene gelegentliche Scheitern als Teil des Lernprozesses honoriert. Die Förderung der Sehnsucht nach Neuem muss dabei Aufgabe aller Stakeholder sein! Die Lust an Neuem muss vom Kindergarten bis zur betrieblichen Weiterbildung unterstützt werden, mit Innovation verbundenes (ökonomisches) Scheitern vom sozialen Stigma befreit werden. Gesellschaftliche Freiräume für kreative QuerdenkerInnen, bessere Forschungsförderung und Absicherung für „gescheiterte“ InnovatorInnen stellen konkrete Schritte dar, um das Innovationspotenzial in unserer Gesellschaft zu wecken.

Technisch-naturwissenschaftliches Wissen in der Gesellschaft erhöhen

Die Entwicklung neuer Prozesse und Produkte/Dienstleistungen erfordert hohes technisch-naturwissenschaftliches Wissen in Unternehmen. Ein hoher Wissensstand einer Gesellschaft in diesem Bereich fördert auch die Akzeptanz technischer Neuerungen und hat wesentlichen Einfluss auf die Qualität gesellschaftlicher Diskussionen und demokratischer Entscheidungen. Der Vermittlung von Wissen im Bereich des Schul- und Weiterbildungssystems kommt dabei zentraler Stellenwert zu (siehe Handlungsfeld „Zukunft lernen“). Wesentlich neben einer qualitativ hochwertigen Ausbildung für alle Schülerinnen und Schüler ist die Erhöhung der AbsolventInnenzahl technisch-naturwissenschaftlicher Studienzweige. Im

Sinne einer umfassenden Bildung der Bevölkerung ist die technisch-naturwissenschaftliche Bildung durch soziale, demokratiepolitische und ethische Fragen zu technischen Entwicklungen und deren Grenzen zu ergänzen.

Forschungs- und Technologieförderung am Prinzip der Zukunftsfähigkeit orientieren

Technische Innovationen führen in vielen Fällen aufgrund von Reboundeffekten und/oder ihres oftmals inkrementellen Charakters nicht zu einer absoluten Reduktion der Eingriffe in das Ökosystem. Großtechniken scheitern in ihrer Nutzung hingegen oftmals an sozialer Akzeptanz aufgrund der damit verbundenen Risiken (z.B. Biotechnologie, Nukleartechnologie). Forschungs- und Technologieprogramme sind daher am Ziel einer zukunftsfähigen Wirtschaftsentwicklung zu orientieren.

Die derzeit aus ökonomischen Überlegungen dominierende Effizienzstrategie im Bereich der Technologieentwicklung ist durch eine Umorientierung zugunsten einer Kreislaufwirtschaft sowie den Umstieg auf erneuerbare Ressourcen zu ergänzen (siehe dazu Handlungsfeld „Zukunftsfähige Ressourcen“). Im Sinne der nachhaltigen Entwicklung sind alle Forschungs- und Technologieprogramme auf ihre Beiträge zu einer positiven ökologischen und gesellschaftlichen Entwicklung hin zu überprüfen. Das inkludiert proaktive Risikoanalysen in Form umfassender Technologiefolgenabschätzung ebenso wie Gender Impact Assessment und die Behandlung von Fragen zur sozialen Akzeptanz der Technologieentwicklung. Vor allem aber bedarf es der Einbindung von Technologieentwicklung in eine umfassende Innovationsstrategie, um die Durchsetzung systemändernder Innovationen sicher zu stellen.

Akzeptanz und Konfliktfelder

Der Aufbau eines nachhaltigen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems erfordert radikale Innovationen, um den von vielen Personen prognostizierten globalen Kollaps infolge der Überschreitung ökologischer und sozialer Grenzen zu verhindern. Zentrale Bedeutung wird dabei der Aktivierung des Innovationspotenzials der Wirtschaft, aber auch der sozialen und institutionellen Innovationsfähigkeit einer Gesellschaft zugemessen.

Veränderungsbedarf auf individueller Ebene erfährt in der Umsetzung – im Gegensatz zu technischen Innovationen – meist geringe Akzeptanz. Beispielsweise wird die Maßnahme „keine Genehmigung von neuen freistehenden Einfamilienhäusern“ von 53 % abgelehnt, während eine „Pflicht zur Errichtung von Plus-Energie-Gebäuden im Neubau“ zu 88 % befürwortet wird. Ebenso werden Beiträge durch eine Änderung des persönlichen Lebensstils vor allem dann akzeptiert, wenn damit eine geringe Veränderung verbunden ist (Umstieg auf Biolebensmittel, Ökostrom...). Gerade im Hinblick auf institutionelle Innovationen wie auch Fragen des Lebensstils sind daher Konflikte zwischen einzelnen gesellschaftlichen Gruppen zu erwarten. Sichtbar wird dies etwa in Fragen der Siedlungsformen, der Reform der Aufgabenteilung zwischen staatlichen Institutionen, aber auch in der Frage der Konvergenz der Arbeitsbedingungen. An der Fähigkeit zur friedlichen Lösung

dieser Konflikte bemisst sich auch die Funktionsfähigkeit demokratischer Systeme bei der Bewältigung der zukünftigen Herausforderungen. Umfassende Innovationen zeitigen GewinnerInnen und VerliererInnen, tragen letztlich jedoch zum Wohle der Gesellschaft insgesamt bei.

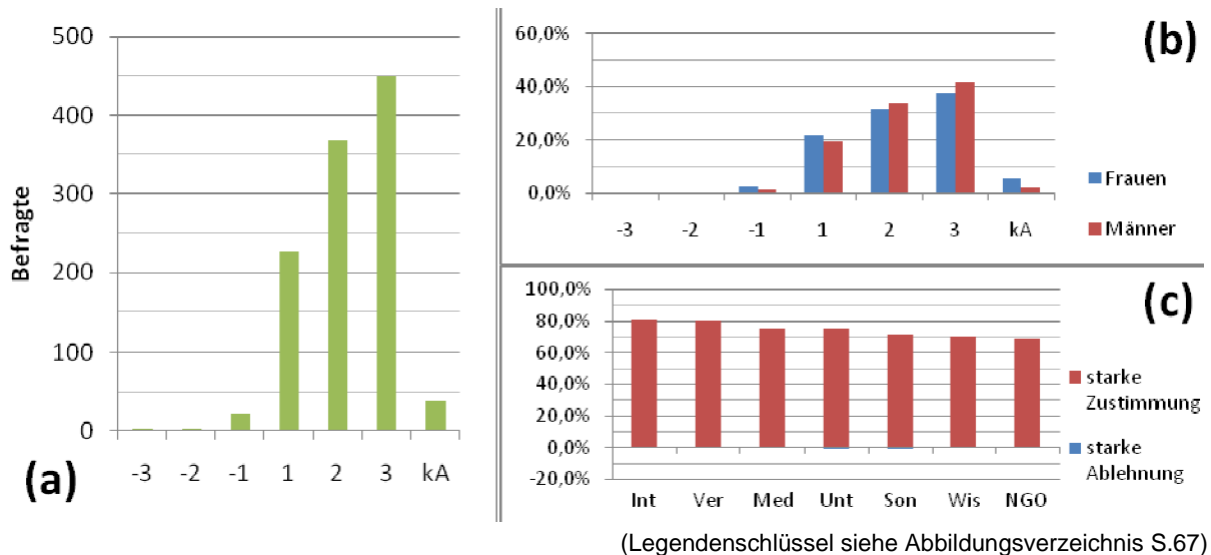


Abbildung 8: Frage II.C.1:

*Für eine positive Zukunftsentwicklung halte ich folgende Maßnahme für zweckmäßig:
Aktivierung des Innovationspotenzials der Wirtschaft*

- a) Zustimmung unter allen Befragten
- b) Zustimmung nach Geschlecht
- c) Zustimmung nach Organisation

Handlungsfeld Spielregeln für wirtschaftliches Handeln

Dem Wirtschafts-„System“ kommt *der* zentrale Stellenwert für eine zukunftsfähige Entwicklung zu. Hauptziel des Wirtschaftens ist die Befriedigung der Bedürfnisse von Menschen durch die Bereitstellung von Produkten und Dienstleistungen. Im Lauf der Jahrhunderte ist aus unzähligen kaum vernetzten Regionalwirtschaften eine Weltwirtschaft gewachsen. Menschlicher Erfindungsreichtum hat über mehrere „industrielle Revolutionen“ die Produktionskraft der Wirtschaft massiv erhöht und hohe jährliche Wachstumsraten ermöglicht.

Diese Erhöhung der Produktivität des Wirtschaftens hatte viele Ursachen. Eine zentrale Ursache ist die „Globalisierung des Wirtschaftens“, die zum einen auf der Verfügbarkeit ausreichender und billiger Transportenergie (Mineralölprodukte) und zum anderen auf politisch-rechtlichen „Spielregeln“ aufbaut. Vor allem in den letzten Jahrzehnten trugen die Liberalisierung der Güter-, Dienstleistungs- und Finanzmärkte zur wirtschaftlichen Verflechtung, zu mehr Wettbewerb und mehr Wachstum bei. Die Durchsetzung von liberalen „Wettbewerbs-“Spielregeln“ in immer größeren Teilen der Welt hat Wohlstand für Viele geschaffen und dennoch große Teile der Weltbevölkerung noch nicht erreicht. Durch die Globalisierung des Wirtschaftens und das dadurch erreichte Wirtschaftswachstum wurden jedoch nicht nur die ökologischen Grenzen, sondern auch soziale und kulturelle Grenzen (v.a. in Ländern des Südens) überschritten. Eine zukunftsfähige Gesellschaft erfordert daher auch die Entwicklung eines neuen Wirtschaftsmodells, das Wohlstand sichert, ohne ökologische und soziale Systeme massiv zu schädigen.

Die Schaffung neuer Spielregeln für wirtschaftliches Handeln erfordert zunächst einmal die Erkenntnis, dass unbegrenztes exponentielles Wachstum in einem endlichen Ökosystem nicht dauerhaft möglich ist. In weiterer Folge sind wachstumsfördernde Strukturen und „Spielregeln“ so zu verändern, dass sie die natürlichen Lebensgrundlagen sowie die sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Menschen weder in Industriestaaten noch in Entwicklungsländern unterminieren.

Ziel

Ziel ist es, ein Wirtschaftssystem „ohne Wachstumszwang“ im Rahmen sozialer und ökologischer Grenzen zu schaffen.

Konkrete Schritte

Aufgaben und Ziele der World Trade Organisation (WTO) neu definieren

Die WTO verfolgt das Ziel der Errichtung einer globalen Freihandelszone. Von der möglichst weitgehenden Liberalisierung versprechen sich die Mitgliedsstaaten Wachstum und

Wohlstand für alle Menschen und Regionen. Angesichts der zukünftigen globalen Herausforderungen kommt der Beachtung ökologischer und sozialer Rahmenbedingungen des Wirtschaftens auch im Welthandel verstärktes Augenmerk zu. Deshalb ist die Zielsetzung der WTO auf die Unterstützung einer zukunftsfähigen wirtschaftlichen Entwicklung zu verändern. Insbesondere sollen Sanktionsmöglichkeiten im Falle der Verletzung von Menschenrechten und hohe Umweltstandards möglich und durchsetzbar werden. Nicht zuletzt aus Gründen der Vorsorge für Krisenfälle und aus ökologischen Gründen sind Einschränkungen des freien Handels zumindest in den Bereichen Ernährung, Gesundheit und Energieversorgung vorzusehen. Im Mittelpunkt steht dabei, die Teilnahme aller Regionen am Welthandel ohne Entwertung der sozialen und ökologischen Basis vor Ort sicher zu stellen.

Re-Regionalisierung des Wirtschaftens stärken

Kernelement eines regionalen Wirtschaftssystems ist der Aufbau einer entsprechenden Ernährungs-, Energie- und Gütergrundversorgung in einem regionalen bzw. überregionalen Verbund. Durch eine stärkere Regionalisierung des Wirtschaftens verringert sich die durch die internationale Arbeitsteilung hervorgerufene Abhängigkeit von anderen Weltregionen. Dies erfordert die Bereitschaft, höhere Kosten für Produkte und Dienstleistungen zu tragen (bzw. einen Verlust an materiellem Wohlstand hinzunehmen), bietet jedoch erhöhte Stabilität gegenüber Wirtschafts-, Finanz- oder politischen Krisen. Regionales Wirtschaften nimmt in wesentlich höherem Maße Rücksicht auf regional vorhandene Ressourcen und deren nachhaltige Nutzung. Eine Stärkung der Regionalwirtschaft stärkt auch die Handlungsfähigkeit des/der Einzelnen, macht den Zusammenhang von Handlung und Wirkung leichter verständlich und erleichtert damit die Umsetzung politischer Steuerungsmaßnahmen

„Wirtschaft ohne Wachstumszwang“ gestalten

Wachstum stellt für das heutige Wirtschaftssystem ein zentrales und weitgehend unhinterfragtes Paradigma dar. Das Wachstumsparadigma findet seinen konkreten Ausdruck in einer Vielzahl von Mechanismen und Regelungen in sozialen Systemen. Die Notwendigkeit von wirtschaftlichem Wachstum für die Sicherung von Sozialsystemen, die Aufrechterhaltung hoher Beschäftigungsraten oder die Finanzierung staatlicher Ausgaben erklärt auch den hohen gesellschaftlichen Stellenwert wirtschaftlichen Wachstums. Angesichts ökologischer Grenzen ist das Leitbild des unbeschränkten Wirtschaftswachstums durch jenes der Erhaltung einer hohen Lebensqualität unter Einhaltung ökologischer und sozialer Grenzen zu ersetzen. Paradigmenwechsel erfordern in hohem Maße eine Änderung des Bewusstseins aller Stakeholder und wirken damit auf konkrete Regelungen in sozialen Systemen. Mit einem zukunftsfähigen Wirtschaften verbunden sind auch die stärkere Beachtung des qualitativen Aspekts des Wirtschaftens („qualitatives Wachstum“) und die Maximierung des Nutzens von Produkten im gesamten Lebenszyklus.

Bedeutung der Finanzwirtschaft reduzieren

Die Bedeutung der Finanzwirtschaft geht im heutigen Wirtschaftssystem weit über ihre eigentliche Aufgabe der Finanzierung realwirtschaftlichen Handelns hinaus. Vielmehr ist die Finanzwirtschaft zu einer realen Bedrohung für die Wirtschaft und Gesellschaft geworden, wie sich insbesondere in den letzten Jahren gezeigt hat. Die extreme Flexibilität und Schnelligkeit des Finanzsystems entzieht diesen Sektor weitgehend der öffentlichen Kontrolle. Durch den Entzug von Mitteln für staatliches Handeln unter Ausnutzung bestehender steuerlicher Regelungen einzelner Staaten wird die Handlungsfähigkeit der Politik weiter beschränkt. Die Ausarbeitung verpflichtender globaler Regelungen für den Finanzsektor, die Verlagerung der Steuerlast von der Realwirtschaft zur Finanzwirtschaft und die Erhöhung der Transparenz von Finanzströmen sind eine Voraussetzung dafür, die Bedeutung der Realwirtschaft gegenüber der Finanzwirtschaft wieder zu stärken.

Akzeptanz und Konfliktfelder

Die Reform des Wirtschaftssystems zur Stärkung der Regionalität wurde im Rahmen der Befragung positiv gesehen. Immerhin 98 % der Befragten sind zum Umstieg auf regionale Lebensmittel bereit, 85 % unterstützen eine Förderung der Autarkie im Bereich Lebensmittel und Energie. Im Rahmen der Befragung wurde insbesondere der Welthandel kritisch gesehen. 70 % der Befragten lehnen eine weitere Liberalisierung des Welthandels ab. Dies ist ein deutlicher Hinweis auf die Notwendigkeit, WTO-Regeln zu reformieren und verstärkt auf die Interessen der Regionen, sei es in Entwicklungsländern oder Industriestaaten, zu achten.

Die Reform der Finanzmärkte findet breite Zustimmung in der Bevölkerung und bei EntscheidungsträgerInnen. Beispielsweise wird die Einführung einer Finanztransaktionssteuer von deutlich über 90 % der befragten EntscheidungsträgerInnen und MeinungsbildnerInnen unterstützt. 52 % stimmen dieser Forderung sogar vollkommen zu. Die bisher weitgehend vergeblichen Bemühungen der Politik zur Reform der Finanzwirtschaft im Gefolge der gegenwärtigen ökonomischen Krise zeigt die geringe Durchsetzungsmacht der Politik gegenüber wirtschaftlichen Interessen auf globaler Ebene. Die Unfähigkeit des politischen Systems zur Reform der Finanzmärkte stellt auch eine Bedrohung für das demokratische System dar und unterstützt politische Extrempositionen.

Eine Abkehr vom Wachstumsparadigma des Wirtschaftssystems, bewusst oder infolge ökologischer Grenzen des Wirtschaftens, ist insofern mit Konfliktpotenzialen verbunden, als dadurch Verteilungsfragen zwischen einzelnen Gruppen in den Mittelpunkt geraten. Dies gilt ebenso im Bereich des globalen Ausgleichs, da das sozial gewünschte Wachstum in großen Teilen der Erde sich über steigende Preise für Rohstoffe auch negativ auf die wirtschaftliche Entwicklung in den Industriestaaten auswirkt. Darüber hinaus sind Fragen des globalen Ausgleiches wie im Bereich des Klimaschutzes mit Konflikten verbunden, solange die damit verbundenen Belastungen stärker gesehen werden als die wirtschaftlichen Chancen engagierter Klimapolitik. Auf nationaler Ebene sind die oben genannten Maßnahmen in hohem Maße konfliktär. Dies gilt sowohl hinsichtlich der Neuordnung der WTO als auch im

Hinblick auf die „Wachstumspolitik“ Österreichs, bei denen die VertreterInnen der Unternehmen einen signifikant unterschiedlichen Standpunkt als TeilnehmerInnen der Befragung aus dem Bereich der Zivilgesellschaft (z.B. Attac) sowie VertreterInnen von ArbeitnehmerInnen einnehmen.

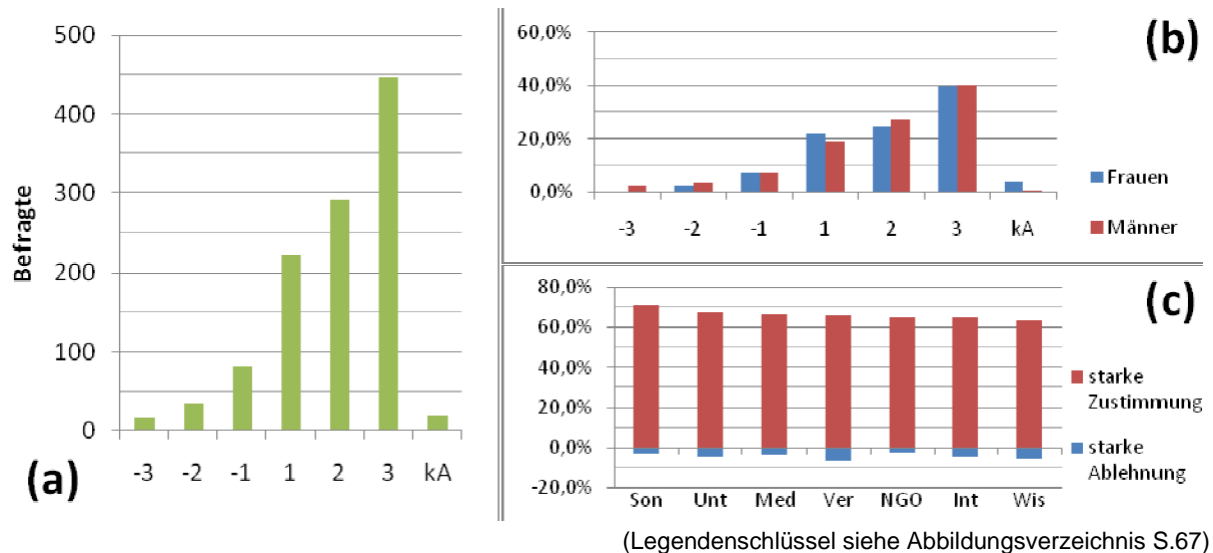


Abbildung 9: Frage II.C.3:

*Für eine positive Zukunftsentwicklung halte ich folgende Maßnahme für zweckmäßig:
Förderung der Autarkie in der Nahrungsmittel und Energieversorgung in Österreich*

- a) Zustimmung unter allen Befragten
- b) Zustimmung nach Geschlecht
- c) Zustimmung nach Organisation

Handlungsfeld Steuern und Abgaben

Die Instrumente der Fiskalpolitik, sprich Steuern und Abgaben einerseits sowie die staatlichen Ausgaben andererseits, sind zentrale Steuerungsinstrumente des Staates für die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft. Die Fiskalpolitik der öffentlichen Hand ist daher konsequent in den Dienst einer zukunftsfähigen Entwicklung zu stellen. Wesentliche Ansatzpunkte hierfür sind der verstärkte Einsatz von ressourcen- und umweltbezogenen Steuern und die Verringerung der Einkommens- und Vermögensdisparitäten innerhalb einer Gesellschaft. Das Steueraufkommen betrug 2009 in Österreich 120 Mrd. Euro, davon entfallen etwa $\frac{1}{3}$ auf Dienstgeber- und Dienstnehmerbeiträge zur Sozialversicherung. Bei den Steuern sind die Mehrwertsteuer mit 22 Mrd. Euro und die Lohnsteuer mit 21 Mrd. Euro von besonderer Bedeutung für die Finanzierung der Staatsaufgaben. Umweltbezogene Steuern nahmen mit 7,4 Mrd. Euro (Daten 2008) oder 6% des Steueraufkommens (inkl. Sozialabgaben) einen relevanten Anteil ein, wobei allein die Mineralölsteuer mit 3,8 Mrd. Euro zu den Staatseinnahmen beiträgt. Weitere nennenswerte Beiträge zu den Umweltsteuern leisten die Energieabgabe und Transportsteuern, während Umweltverschmutzungs- und Ressourcensteuern kaum eingesetzt werden. Die Vermögensbesteuerung ist in Österreich mit einem Anteil von unter 2% im internationalen Vergleich gering.

Eine signifikante Veränderung der Steuerbelastung bewirkt eine Änderung der relativen Preise unterschiedlicher Güter und Dienstleistungen. Höhere Steuern und Abgaben auf Ressourcen (v.a. Energie bzw. CO₂) ermöglichen ebenso wie ordnungsrechtliche Regelungen die Rücknahme von Förderungen zur Unterstützung „umweltfreundlicher“ Güter und entlasten damit die öffentlichen Budgets. Im Gegensatz zum Instrument des Ordnungsrechts bleibt die Letztentscheidung jedoch auf Ebene der KonsumentInnen, welche die Entscheidung auf Basis der relativen Preise und ihrer individuellen Nutzenpräferenz treffen. Steuern und Abgaben werden letztlich über Preise kommuniziert und reduzieren den zusätzlichen Informationsbedarf auf Ebene der KonsumentInnen, wie sie etwa mit Kennzeichnungen verbunden sind. Sie betreffen die gesamte Wirtschaft und umfassen sowohl direkte als auch indirekte Effekte. Der Einsatz ökonomischer Instrumente ist daher ökonomisch effizient und in vielen Bereichen anderen Instrumenten überlegen. Insbesondere im Bereich der Unternehmensbesteuerung ist jedoch zu prüfen, inwieweit inländische Produktionsstandorte gegenüber ausländischen Standorten benachteiligt werden, um negative wirtschaftliche Effekte gering zu halten.

Ziel

Ziel ist eine Halbierung der Belastung des Faktors Arbeit durch Steuern und Abgaben zu Lasten der Besteuerung des Ressourcenverbrauchs, des Finanzsektors und von Vermögen bei gleichbleibender Belastungsquote sowie eine stärkere soziale Staffelung des Fiskalsystems.

Konkrete Schritte

Lohn- und einkommensabhängige Steuern und Abgaben reduzieren

Die Reduktion der Lohn(neben)kosten entlastet vor allem beschäftigungsintensive Branchen und kann einen Beitrag zur Erhöhung der Beschäftigung und damit zur sozialen Kohäsion der Gesellschaft leisten. Darüber hinaus ist eine entsprechend hohe Differenzierung der Steuer- und Abgabensätze geeignet, bestimmten sozialen Gruppen (z.B. älteren ArbeitnehmerInnen) verbesserte Arbeitsmarktchancen einzuräumen. Die relative Besserstellung niedriger und mittlerer Einkommen trägt darüber hinaus zur Verringerung der sozialen Ungleichheit bei.

Besteuerung von nicht erneuerbaren Ressourcen erhöhen

Die erhöhte Besteuerung natürlicher Ressourcen, insbesondere fossiler Energieträger, erleichtert den Umstieg auf erneuerbare Ressourcen und leistet einen wesentlichen Beitrag zur Aktivierung der Innovationskraft der Wirtschaft. Sie unterstützt den Strukturwandel aller Branchen in Richtung einer ressourceneffizienten Wirtschaft sowie die Umstellung der Industrie auf eine neue Ressourcenbasis (siehe Handlungsfeld „Zukunftsfähige Ressourcen“). Verliererin einer erhöhten Besteuerung von natürlichen Ressourcen und Energie ist jedoch insbesondere die energie- und materialintensive Industrie. Hier sind (zumindest) europaweite Regelungen anzustreben, wenngleich der Strukturwandel zugunsten ressourcenextensiver Wirtschaftszweige eine wichtige Voraussetzung für eine zukunftsfähige Entwicklung ist. Durch eine erhöhte Besteuerung endlicher und langfristig knapper Ressourcen wird Österreichs Wirtschaft weniger anfällig für globale Ressourcenkrisen. Wesentliche Effekte werden durch technologische Entwicklungen und kontinuierliche Anpassungsmaßnahmen insbesondere in dynamischer Hinsicht erwartet. Die Vorwegnahme zu erwartender Preissteigerungen bei Ressourcen (insbesondere Energie) führt in vielen Branchen durch First-mover-Vorteile zu mittel- und langfristig erhöhter Wettbewerbsfähigkeit.

Besteuerung von Vermögen und des Finanzsektors anheben

Die erhöhte Besteuerung von Vermögen bzw. Vermögenszuwächsen und des Finanzsektors leistet einen wichtigen Beitrag zur Reduktion der Ungleichheit in der Gesellschaft und zur Erhöhung des Zusammenhalts der Gesellschaft. Die Besteuerung der Finanzwirtschaft kann darüber hinaus systemstabilisierend wirken, stärkt die Attraktivität von Investitionen in die Realwirtschaft gegenüber Finanzinvestitionen und kann damit einen positiven Beitrag zur Entwicklung der Wirtschaft leisten. Nicht zuletzt wird mit einer Besteuerung von Finanztransaktionen die Erwartung verbunden, dass so das Risiko von Wirtschaftskrisen infolge von Krisen im Finanzsektor verringert werden kann. Neben dem Effekt der Verringerung von gesellschaftlichen Ungleichheiten leisten sie auch einen wichtigen Beitrag zur Finanzierung staatlicher Aufgaben im Hinblick auf den sozialen Zusammenhalt einer Gesellschaft.

Steuerliche Ausnahmen durchforsten

Steuerliche Ausnahmen und Bevorzugungen sind oftmals historisch gewachsen, bevorzugen bestimmte Gruppen der Gesellschaft und/oder wirken ökologisch kontraproduktiv (z.B. Anschaffung von Firmenautos, Flugbenzin, Agrardiesel, reduzierte Mehrwertsteuersätze). Durch eine Analyse der Wirkungen dieser steuerlichen Ausnahmen im Hinblick auf eine zukunftsfähige Entwicklung kann darüber hinaus eine erhöhte Steuergerechtigkeit zwischen einzelnen Gruppen erreicht werden. Die Rücknahme umweltkontraproduktiver Förderungen ist angesichts staatlicher Budgetengpässe von besonderer Relevanz. Im Mittelpunkt steht hierbei der Mobilitätssektor (Flug-, Auto- und Bahn) sowie der Bereich der Wohnbauförderung, da gerade die mit Mitteln der Wohnbauförderung erleichterte Errichtung freistehender Eigenheime mit hohen sozialen und privaten Nebenkosten, massiv erhöhtem Bodenverbrauch sowie hohem Ressourceneinsatz für Mobilität und Energie verbunden ist.

Zukunftsfähige Budgetpolitik verankern

Vor dem Hintergrund zukünftiger Herausforderungen kommt im Sinne einer intergenerativen Gerechtigkeit einer langfristig orientierten Budgetpolitik besondere Relevanz zu. Ein wesentlicher Schritt hierzu ist die Erreichung eines über den Konjunkturzyklus ausgeglichenen Budgets durch Strukturreformen, Rücknahme von Ausgaben bzw. Ausnahmeregelungen und/oder erhöhte Steuereinnahmen. Staatliche Budgets sind einer verstärkten Kontrolle durch die Öffentlichkeit zu unterziehen. Erforderlich hierfür ist insbesondere die Erhöhung der Transparenz staatlicher Förderungen, welche mit nahezu 5 % des BIP einen europäischen Spitzenwert darstellen. Förderungen sind in vielen Fällen durch effizientere Instrumente wie ordnungsrechtliche oder steuerliche Maßnahmen zu ersetzen.

Akzeptanz und Konfliktfelder

Seitens der österreichischen EntscheidungsträgerInnen und MeinungsbildnerInnen wird eine zukunftsorientierte Steuerreform wie oben vorgeschlagen in allen Punkten mitgetragen. Dies gilt sowohl für eine ökologische Steuerreform (Besteuerung Ressourcen, Entlastung Arbeit; 84%), die Einführung einer Finanztransaktionssteuer (88%, wobei 52% dieser Maßnahme „vollkommen zustimmen“) als auch für die erhöhte Besteuerung von Vermögen.

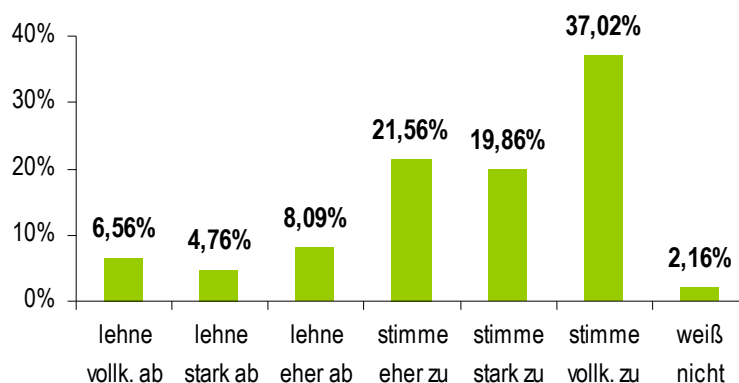


Abbildung 10: Frage II.C.9 Erhöhung der Besteuerung auf Vermögen, 1113 Befragte

Neben den oben genannten Änderungen in der Besteuerung wird eine Erhöhung der Besteuerung höherer Einkommen mit nahezu 75% ebenfalls mehrheitlich unterstützt.

Im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung stehen vor allem die Lenkungs- und Verteilungswirkungen von Steuern und Abgaben im Mittelpunkt. Neben den politischen AkteurInnen sind die Sozialpartner zentrale Stakeholder des Reformvorhabens. Unabhängig von einem breit getragenen Konsens zu den oben genannten Vorhaben ist vor allem von Seiten der jeweils unmittelbar betroffenen Gruppen Widerstand zu erwarten. Dies sind insbesondere die VertreterInnen der energie- und ressourcenintensiven Industrie, Autoindustrie, Banken und Finanzdienstleister sowie Gruppen, die eine Reduktion der staatlichen Subventionen erwarten (ÖBB, Landwirtschaft, PensionistInnen). Im Sinne einer erhöhten Partizipation sind VertreterInnen der betroffenen Gruppen in den Diskussionsprozess einzubinden.

Nennenswerte Opposition (Steuerflucht, -hinterziehung) ist darüber hinaus bei einer erhöhten Besteuerung hoher Einkommen und großer mobiler Vermögen zu erwarten. Hier sind vor allem auf europäischer Ebene akkordierte Maßnahmen zu unterstützen. Der hohe Reformdruck für die energie- und ressourcenintensive Industrie in Österreich erfordert eine langfristige strategische Planung und europaweit abgestimmte Umsetzungsschritte unter Berücksichtigung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit.

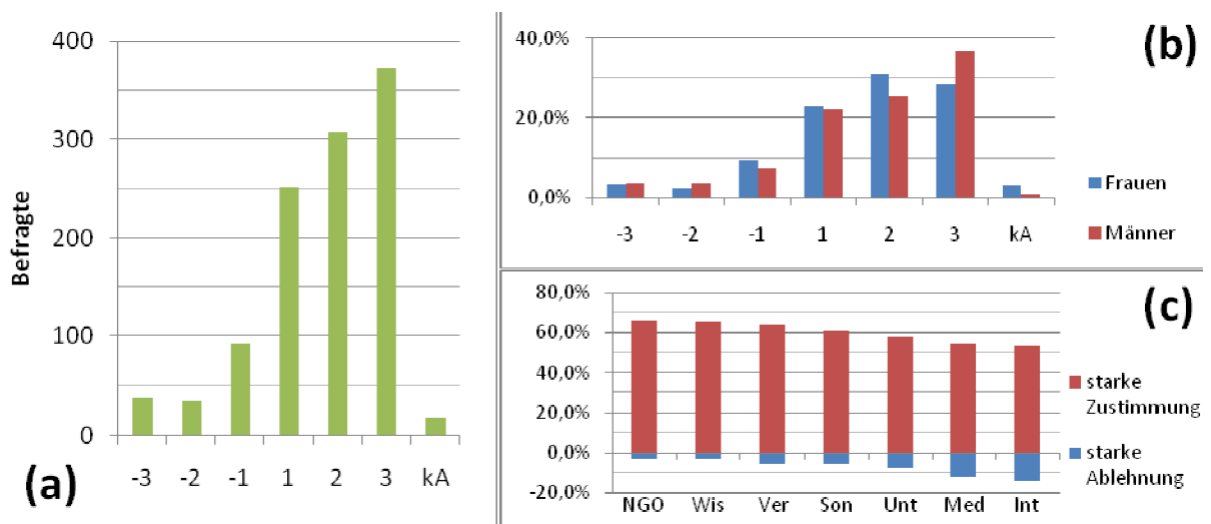


Abbildung 11: Frage II.A.1:

Für eine positive Zukunftsentwicklung halte ich folgende Maßnahme für zweckmäßig: Erhöhung der Besteuerung von Ressourcen (Brenn- und Treibstoffe, Elektrizität, Boden etc.) um mindestens das Dreifache bei einer deutlichen Reduktion der Besteuerung von Arbeit (v.a. Lohn- und Einkommenssteuer)

- a) Zustimmung unter allen Befragten
- b) Zustimmung nach Geschlecht
- c) Zustimmung nach Organisation

Handlungsfeld Zukunft lernen

Die Entwicklung in Richtung einer globalisierten Wissensgesellschaft, der Wandel der Kommunikation, der Informationsvermittlung und -verarbeitung durch Neue Medien und der demografische Wandel erfordern eine umfassende Neuausrichtung des Bildungswesens. Wichtigste Veränderung ist, Bildung als lebensbegleitende und alle sozialen Gruppen umfassende Herausforderung zu erkennen. Das Bildungssystem umfasst Pflichtschulen, höhere Schulen, Fachhochschulen, Universitäten und Lehrausbildungen ebenso wie den massiv auszubauenden Bereich der Fort- und Weiterbildung. Es dient nicht nur der Vermittlung von Wissen, sondern hat auch eine zentrale sozialisierende Funktion, insbesondere für Kinder und Jugendliche. Durch soziales Lernen werden so wichtige Kompetenzen wie Demokratie- und Konfliktfähigkeit, Teamfähigkeit, Gestaltungskompetenz und das immer wichtiger werdende interkulturelle Know-how gestärkt sowie ein gesellschaftliches Wertesystem vermittelt. Insbesondere der Pflichtschulbereich hat zusätzlich die wichtige Funktion, soziale Benachteiligungen auszugleichen, individuelle Begabungen zu fördern und Kindern und Jugendlichen unabhängig von ihrem sozialen und kulturellen Hintergrund den Zugang zu höheren Bildungswegen zu ermöglichen.

Der demografische Wandel stellt neue Herausforderungen an das österreichische Bildungssystem. Der massive Ausbau des lebensbegleitenden Lernens ist eine notwendige Voraussetzung, um die Beschäftigungsfähigkeit der Menschen zu erhalten und damit die Lebensarbeitszeit zu verlängern. Um diesen zusätzlichen Herausforderungen an das Bildungssystem gerecht zu werden, ist eine Erhöhung der hierfür eingesetzten öffentlichen und privaten Mittel erforderlich. Der in den letzten Jahrzehnten sichtbare Trend zu geringeren Anteilen der öffentlichen Bildungsausgaben am BIP (siehe Abbildung 12) ist vor diesem Hintergrund kritisch zu betrachten.

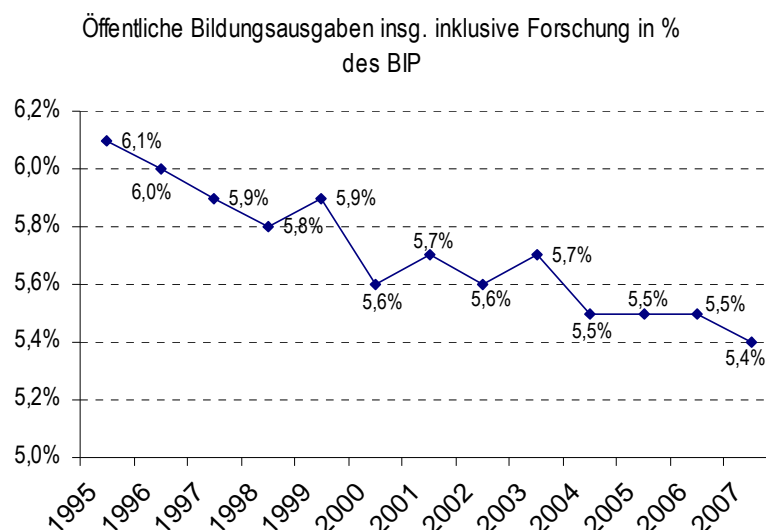


Abbildung 12: Öffentliche Bildungsausgaben in % des BIP, Statistik Austria

Die Reform des gesamten Bildungssystems bedingt einerseits einen höheren finanziellen Einsatz an öffentlichen und privaten Mittel und verlangt andererseits eine Reform der Bildungsinhalte, der Lehr- und Lernformen, der Bildungseinrichtungen selbst sowie eine organisatorische Reform des Schulsystems. Es benötigt jedoch vor allem das Bewusstsein der Gesellschaft, dass Bildung für alle Personen eine lebensbegleitende Aufgabe darstellt. Ein zukunftsfähiges Bildungssystem erfordert daher nicht nur ein entsprechendes Angebot, sondern auch nachfrageseitige Anreize, d.h. Rahmenbedingungen, die „Zukunft lernen“ individuell erfolgreich machen, sei dies durch höhere Einkommen und/oder soziale Anerkennung. Denn „Zukunft lernen“ ist eine wesentliche Voraussetzung für den Aufbau einer zukunftsfähigen Innovationsgesellschaft (siehe Handlungsfeld „Innovationsgesellschaft“).

Ziel

Ziel ist ein Bildungssystem, das durch lebensbegleitendes Vermitteln von Wissen und sozialen Kompetenzen den Wandel hin zu einer zukunftsfähigen Gesellschaft optimal unterstützt.

Konkrete Schritte

Werte und Kompetenz vermitteln – Diversität nutzen

Bildungseinrichtungen sind Institutionen, in denen soziales Lernen stattfindet. Eine zentrale Aufgabe von Bildungseinrichtungen ist es daher, gesellschaftliche Werte und soziale Kompetenzen wie Konflikt- und Teamfähigkeit zu vermitteln. Gerade vor den geänderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen kommt der Persönlichkeitsbildung von Kindern und Jugendlichen hoher Stellenwert im Hinblick auf Lebensstil und Demokratie zu.

Soziale Kompetenz in westlichen Gesellschaften heißt auch, Diversität und Mehrsprachigkeit als positive Ressource für das Bildungssystem, den Arbeitsmarkt und für die Gesellschaft anzuerkennen (siehe Handlungsfeld „Gendergerechtigkeit und Diversität“). Die Diversität der Fähigkeiten als Bildungsprinzip zu etablieren, stärkt die Integration und soziale Inklusion von Minderheitsangehörigen mit oder ohne Migrationshintergrund und wirkt damit positiv auf den sozialen Zusammenhalt einer Gesellschaft.

Bildungsinstitutionen reformieren

Das Bildungssystem muss den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen Rechnung tragen. Der Blick ist dabei auf alle Institutionen des Bildungssystems zu richten - Pflichtschulen, höhere Schulen, Lehre, Universitäten und Weiterbildungseinrichtungen. Insbesondere im Bereich der Pflichtschulen ist eine Kompetenzbereinigung zwischen Bund, Bundesländern und Gemeinden erforderlich (siehe Handlungsfeld „Demokratie leben“). Im Gegenzug zu einer höheren Zentralisierung im Bildungswesen kommt der Stärkung der Autonomie der Bildungseinrichtungen auf Basis klar definierter Aufgaben und österreichweit einheitlicher Bildungsziele sowie deren laufender Evaluierung hohe Priorität zu. Die Bildungseinrichtung der Zukunft bietet den Lehrpersonen vollwertig ausgestaltete Arbeits-

plätze, verfügt über erhöhte Personalautonomie (etwa in der Frage der Besetzung von Leitungspositionen und Anstellung von Lehrpersonal) und das Angebot qualitativ hochwertiger Ganztagesbetreuung.

Mit Naturwissenschaft und Kreativität Innovation schaffen

Qualifizierte Fachkräfte in Naturwissenschaft und Technik werden in Zukunft noch gefragter sein als heute. In Österreich gibt es einen Mangel an qualifizierten TechnikerInnen und NaturwissenschaftlerInnen, auch weil in diesen Bereichen Frauen noch immer stark unterrepräsentiert sind. Die frühzeitige und motivierende Begegnung mit Naturwissenschaft und Technik in Kindergarten und Schule, die gendersensible Vermittlung von naturwissenschaftlich-technischem Wissen und die Schaffung von kreativitätsfördernden Lernumgebungen und Herangehensweisen sind wichtige Voraussetzungen für eine Veränderung. Neben technisch-naturwissenschaftlichen Kenntnissen ist Kreativität ein entscheidender Schlüssel für Innovation. Aus diesem Grund soll Kreativitätsförderung als fächerübergreifendes Leitprinzip des Bildungswesens etabliert werden, Technik und Naturwissenschaft einen höheren Stellenwert in den Lehrplänen erhalten.

Medienkompetenz entwickeln

Der Umgang mit Informationstechnologie hat sich zu einer wesentlichen Kulturtechnik entwickelt. Sie bietet einerseits technische Arbeitsmittel und ermöglicht darüber hinaus neue Formen des Lernens (schülerInnenzentrierte Lernmethoden und -prozesse, multimediales, interaktives und vernetztes Lernen). Dazu braucht es im Bereich der Schulbildung neue Formen der Zusammenarbeit zwischen SchülerInnen und LehrerInnen, die eher begleiten und coachen als lehren. Medienkompetenz heißt auch das Erlernen eines kompetenten Umgangs mit Neuen Medien in beruflichen Zusammenhängen, aber auch als Instrument eines demokratischen Gemeinwesens, und heißt, die Qualität von Informationen einschätzen zu lernen und eine erhöhte Sensibilität für den Schutz der Privatsphäre zu entwickeln.

Lebensbegleitendes Lernen erfolgreich machen

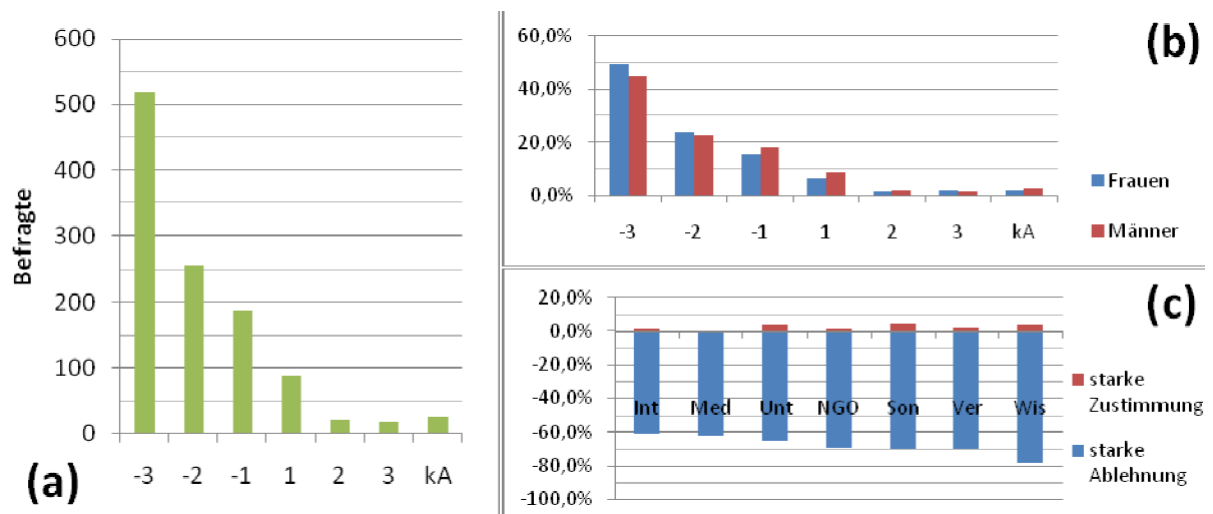
Das in der Ausbildung erworbene Wissen wird infolge technologischen Wandels mit zunehmender Geschwindigkeit entwertet. Weiterbildung und das Lernen neuer Inhalte ist für die Aufrechterhaltung der Produktivität von zentraler Bedeutung, aber auch für die individuelle Weiterentwicklung sinnvoll. Infolge der zunehmenden Flexibilität am Arbeitsmarkt verlagern sich die Verantwortung und das Interesse an einer kontinuierlichen Weiterbildung vom Betrieb zur/m MitarbeiterIn. Die lebensbegleitende Bildung sollte durch Anreize und Maßnahmen, insbesondere steuerliche Begünstigungen, gefördert werden. Die durch den demographischen Wandel erforderliche Verlängerung der Lebensarbeitszeit hat im lebensbegleitenden Lernen eine wesentliche Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der Beschäftigungsfähigkeit der ArbeitnehmerInnen. Neben der Schaffung eines qualitativ hochwertigen Angebotes sind nachfrageseitige Anreize für die Aneignung neuer Fähigkeiten unerlässlich. Förderungen für ArbeitnehmerInnen sind ebenso vorzusehen wie Auszeichnungen für Betriebe mit kontinuierlicher Weiterbildung von MitarbeiterInnen, verstärkte Berücksichtigung von Weiterbildung in Lohn- und Gehaltsfestlegungen, aber auch

Prüfinstrumente und negative Incentives bei nicht-fachgerechter Ausführung (etwa im Bereich des nachhaltigen Bauens).

Akzeptanz und Konfliktfelder

Dem Bildungsbereich wird von den TeilnehmerInnen der Befragung besonders hoher Stellenwert beigemessen. Die Vielzahl von Reformvorschlägen zeigt die Dringlichkeit umfassender Reformen im Schulbereich, aber auch im Bereich der Universitäten und der Lehrausbildung. Einschränkungen im Bildungsbudget werden von allen vorgeschlagenen Bereichen (Bildung, Pensionen, Gesundheit) am stärksten und über alle Altersgruppen hinweg abgelehnt. Nahezu 50% aller Befragten lehnen Beschränkungen im Bereich der Bildung vollkommen ab. Über die Notwendigkeit einer strukturellen Reform des Schulsektors und eines Ausbaus der berufsbegleitenden Weiterbildung herrscht weitgehender Konsens.

Im Gegensatz zur hohen Akzeptanz von Reformen im Bildungsbereich erweist sich die konkrete politische Umsetzung als hoch konfliktär. Dies gilt sowohl hinsichtlich einer Verlagerung von Kompetenzen auf die Bundesebene (oder die Bundesländer) als auch Veränderungen im Dienstrecht der Lehrenden durch die VertreterInnen der Lehrerinnen und Lehrer. Weitere Konfliktpunkte bestehen vor allem im Bereich der Finanzierung der Universitäten sowie deutlich erhöhter Bildungsbudgets unter den gegebenen budgetären Rahmenbedingungen.



(Legendenschlüssel siehe Abbildungsverzeichnis S.67)

Abbildung 13: Frage II.B.5:

*Für eine positive Zukunftsentwicklung halte ich folgende Maßnahme für zweckmäßig:
Beschränkungen staatlicher Leistungen im Bildungsbereich, Mehrleistungen müssen
privat finanziert werden*

- a) Zustimmung unter allen Befragten
- b) Zustimmung nach Geschlecht
- c) Zustimmung nach Organisation

Handlungsfeld Zukunftsakteur Öffentliche Hand

Die öffentliche Hand ist mit einem Anteil von nahezu 50 % des BIP eine zentrale wirtschaftliche Akteurin. Sie tritt einerseits als Nachfragerin nach Produkten und Dienstleistungen auf, andererseits verteilt sie einen Großteil der Mittel über Transfers und Subventionen wieder an die Bürgerinnen und Bürger. Insbesondere Bund, Länder und Gemeinden sowie Unternehmen im Nahebereich der öffentlichen Hand sind die wichtigsten Auftraggeber langfristiger Infrastrukturprojekte sowie der allgemeinen Versorgungsinfrastruktur. Insgesamt zeichnet allein die öffentliche Beschaffung für 16 % des BIP verantwortlich. Sowohl als Marktteilnehmerin als auch als Zahlerin von Transfers und Subventionen kommt der öffentlichen Hand zentrale Bedeutung für die gesellschaftlich-wirtschaftliche Entwicklung zu. Das in Österreich in besonderem Maße eingesetzte Instrument der Förderung gerät jedoch aufgrund der Finanzierungskrise des Staates zunehmend unter Druck. Das Gesamtvolumen der staatlichen Förderungen betrug im Jahr 2008 15,6 Mrd. Euro, wobei auf die Bereiche Gesundheitswesen, Mobilität, Unternehmen, Landwirtschaft und Wohnbau besonders hohe Anteile entfallen. Um das BLATT ZU WENDEN braucht es auf allen staatlichen Ebenen, also im Ordnungsrecht, bei Steuern und Abgaben genauso wie bei der öffentlichen Beschaffung eine klare Ausrichtung auf eine zukunftsfähige Ressourcennutzung, reduzierten Materialeinsatz und hohe Lebensqualität.

Ziel

Ziel ist es, die öffentliche Hand als zentralen Motor des Veränderungsprozesses in Richtung Zukunftsfähigkeit zu etablieren.

Konkrete Schritte

Öffentliche Beschaffung zukunftsfähig ausrichten

Die Beschaffung der öffentlichen Hand ist verpflichtend an nachhaltigen Kriterien auszurichten. Zentrale Bedeutung kommt dabei der konsequenten Umsetzung und Weiterentwicklung des Aktionsplans zur öffentlichen Beschaffung und vergleichbarer Programme wie Ökokauf Wien zu. Insbesondere sind neben Investitionskosten laufende Kosten des Betriebes sowie umwelt- und sozialrelevante Drittkosten im Rahmen einer Lebenszykluskostenberechnung zu berücksichtigen. Darüber hinaus sind insbesondere durch die Beschaffung (Errichtung, Miete) von Gebäuden zB als Plus-Energie-Gebäude, die Anschaffung von Produkten und Dienstleistungen mit Umweltzeichen, eine nachhaltige Veranlagung sowie den Bezug von Fairtrade-Produkten und Erneuerbarer Energie bestehende Märkte weiter zu stärken. Wie etwa in der Neufassung der Europäischen Gebäuderichtlinie vorgesehen, hat die öffentliche Hand zukünftig Vorschriften zeitlich vor privatwirtschaftlichen Akteuren umzusetzen. Mit einer verpflichtenden nachhaltigen Beschaffung durch die öffentliche Hand kommt der Staat nicht nur seiner Vorbildwirkung für private AkteureInnen nach, sondern generiert Märkte, die die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Unternehmen stärkt.

Investitionen auf ihre Zukunftsfähigkeit und Beitrag zur Lebensqualität prüfen

Infrastrukturinvestitionen wie Straßen, Stromleitungen, Gebäude und insbesondere Siedlungsstrukturen weisen eine lange Nutzungsdauer auf. Sie haben auch wesentliche Auswirkungen auf die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger sowie die wirtschaftliche Entwicklung einer Region. Derzeit wird vor allem der kurz- und mittelfristige Beitrag von Investitionen auf das Wirtschaftswachstum betrachtet. Mit der Prüfung von Infrastrukturinvestitionen auf ihre langfristige Zukunftsfähigkeit werden Abschreibungszeiträume an die tatsächliche Wirkungsdauer herangeführt. Darüber hinaus ist auch eine Ausweitung des Betrachtungsgegenstandes im Sinne der Berücksichtigung von Folgewirkungen (z.B. Straßenbau => Siedlung => Mobilitätserfordernisse) und auf die erwarteten Auswirkungen auf die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger in die Prüfung der Zukunftsfähigkeit einzubeziehen. Mit der Prüfung (öffentlicher) Investitionen auf ihre Zukunftsfähigkeit wird insbesondere die Erreichung langfristiger Ziele (z.B. Klimaschutzziele) erleichtert. Das Paradigma Lebensqualität wird damit in den Mittelpunkt staatlichen Handelns gestellt und wirkt richtungweisend für die Gesellschaft insgesamt.

Innovationsfähigkeit der öffentlichen Hand erhöhen

Die Vorbildwirkung der öffentlichen Hand bezieht sich nicht nur auf das Setzen von positiven Anreizen für Dritte, sondern auch auf die interne Organisation. Die interne Organisation des Staates mit hoher de-facto Vetomacht für einzelne Institutionen erweist sich in vielen Fällen als bewahrend und innovationsfeindlich. Vielmehr sind die Einrichtungen der öffentlichen Hand in angemessenen Zeiträumen zu evaluieren und auf ihre Funktion und ihren Beitrag im Hinblick auf eine zukunftsfähige Entwicklung zu prüfen. Besonderes Augenmerk kommt der Aufgabenverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, dem Bildungssystem oder der Regelung des Dienstrechtes für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der öffentlichen Hand zu. Darüber hinaus trägt die öffentliche Hand dafür Sorge, dass durch einen funktionierenden Wettbewerb die Innovationsfähigkeit wichtiger Märkte (z.B. Mobilität, Kommunikation) gewährleistet ist.

Ordnungsrecht und Steuern statt Subventionen nutzen

Mit den Finanzierungsengpässen der öffentlichen Hand ergibt sich auch die Notwendigkeit zur Reduktion der öffentlichen Förderungen. Subventionen und finanzielle Förderungen sind daher in vielen Fällen durch rechtliche Maßnahmen (Gebote und Verbote), Steuern/Abgaben oder staatliche Beschaffungspolitik zu ersetzen. Subventionen sind zeitlich zu befristen und mit einem klaren Innovationsziel zu versehen. Besondere Bedeutung kommt hierbei dem Abbau von im nachhaltigen Sinne kontraproduktiven Förderungen, z.B. Wohnbauförderung für frei stehende Einfamilienhäuser, zu (siehe Handlungsfeld „Steuern und Abgaben“). Die öffentliche Hand sendet mit der verstärkten Nutzung des Ordnungsrechtes klare Signale an die MarktteilnehmerInnen. Die Umsetzung erfordert jedoch ein hohes Maß an Kontrolle und angemessene Sanktionen im Falle ihrer Nichteinhaltung.

Akzeptanz und Konfliktfelder

Die Rolle der öffentlichen Hand als Trendsetter in Richtung Zukunftsfähigkeit findet eine klare Unterstützung seitens der befragten Personen. Über 60 % der Befragten stimmen der Maßnahme, nachhaltige Produkten in der öffentlichen Beschaffung zu fördern, vollkommen zu (siehe Abbildung 14).

Ebenso mitgetragen wird die Forderung nach einer Bundesstaatsreform. Die mit 68 % der befragten Personen überraschend hohe Zustimmung zur Forderung nach Abschaffung der Gesetzgebungsfunktion der Bundesländer kann als klares Indiz in Richtung einer umfassenden Bundesstaatsreform mit klarer Aufgabenverteilung gesehen werden.

Die Vorreiterrolle der öffentlichen Hand im Bereich der Beschaffung ist weitgehend konfliktfrei, allerdings können bei konsequenter und weitreichender Umsetzung (z.B. nur mehr Erneuerbare Energie mit Umweltzeichen) Konflikte mit großen und oft staatsnahen Anbietern auftreten. Während die stärkere Nutzung des Ordnungsrechts und wirtschaftlicher Instrumente wie Steuern und Abgaben weitgehende Akzeptanz bei den unterschiedlichen Stakeholdern findet, bestehen insbesondere im Hinblick auf die Neuverteilung von Aufgaben zwischen Bund, Ländern und Gemeinden große Konfliktpotenziale.

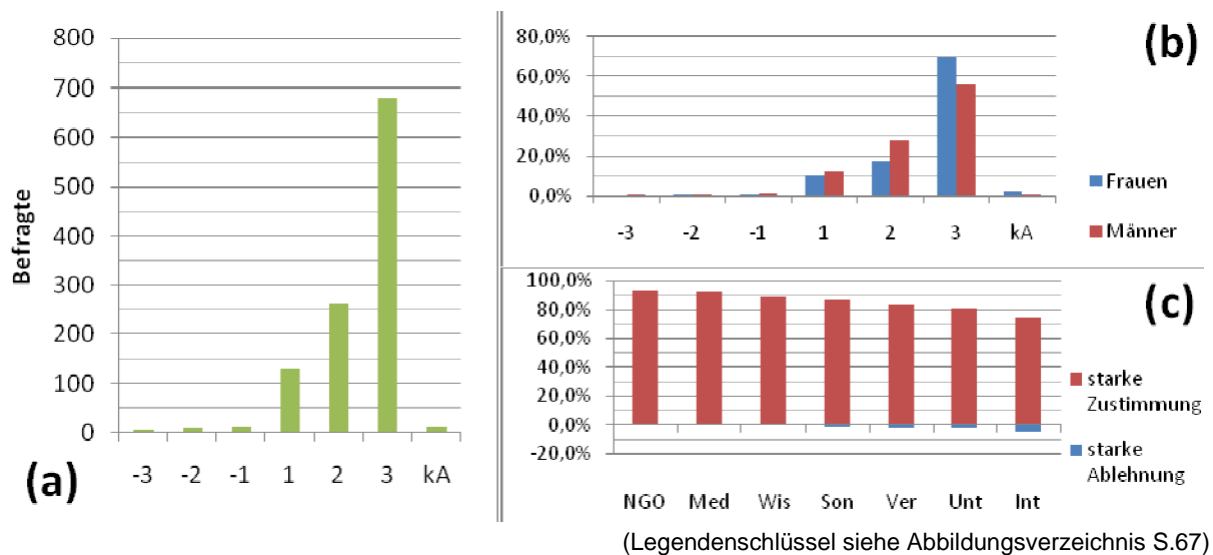


Abbildung 14: Frage II.C.10:

*Für eine positive Zukunftsentwicklung halte ich folgende Maßnahme für zweckmäßig:
Förderung von nachhaltigen Produkten in der öffentlichen Beschaffung (green public procurement)*

- a) Zustimmung unter allen Befragten
- b) Zustimmung nach Geschlecht
- c) Zustimmung nach Organisation

Handlungsfeld Zukunftsfähige Lebensstile

Sowohl in Österreich als auch global betrachtet haben große Teile der Bevölkerung ein hohes materielles Wohlstandsniveau erreicht. Die Tatsache, dass hohe Lebensqualität nach wie vor mit steigendem materiellem Wohlstand und Konsum verbunden wird, führt zu einem Lebensstil mit exponentiell steigendem Verbrauch an nicht erneuerbaren Ressourcen. Technologische Innovationen ändern daran wenig, denn was sich auf der einen Seite durch Innovation und stetige Effizienzsteigerungen an Ressourcen einsparen lässt (z.B. Senkung der spezifischen Verbrauchszahlen wie kWh für Wärme oder Benzinverbrauch), fließt umgehend in zusätzliche bzw. neue Konsumgüter und Dienstleistungen (z.B. Steigerung der Wohnnutzfläche und Mobilität). Neben der Effizienzstrategie (Verringerung des Ressourcenverbrauchs bei gleichbleibendem Nutzen) und der Konsistenzstrategie (Einsatz von naturverträglichen Technologien, die die Ökosysteme nutzen, ohne sie zu zerstören) ist der geringere Verbrauch von Ressourcen durch verringerte Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen (Suffizienzstrategie) jene Strategie, die mit den Nachhaltigkeitszielen am besten vereinbar ist. Zukunftsfähige Lebensstile stellen dabei nicht primär den bewussten Verzicht auf materiellen Konsum in den Mittelpunkt, sondern die mit der Änderung des Lebensstils gewonnene Lebensqualität.

Angesichts der Nicht-Globalisierbarkeit der in den Industriestaaten vorherrschenden Lebensstile ist es unbestritten, dass eine signifikante Veränderung unseres Konsumverhaltens zur Erreichung einer zukunftsfähigen Gesellschaft notwendig ist. Es geht um weniger Konsum, aber auch um bewusstes Konsumieren. Verdeutlicht wird das Niveau der Naturnutzung durch den ökologischen Fußabdruck, der in anschaulicher Weise zeigt, dass eine Beibehaltung oder Globalisierung der „westlichen Lebensstile“ angesichts der Ressourcenverfügbarkeit keine gangbare Option darstellt. Lebensstile sind unmittelbar persönliche Verhaltensweisen mit (sozial geformten) Zielen und Werthaltungen der Individuen und daher durch staatliches Handeln nur indirekt beeinflussbar. Zentraler Ansatzpunkt ist daher der schwer fassbare Prozess der gesellschaftlichen Formung von Werthaltungen und Verhaltensweisen der Individuen.

Ziel

Ziel ist die Entkoppelung der Lebensqualität von Wohlstand, Konsum und Verbrauch durch eine Veränderung des individuellen Lebensstils.

Konkrete Schritte

Reduktion des „ökologischen Fußabdrucks“ als Staatsziel verankern

Berechnungen zum ökologischen Fußabdruck zeigen, dass der durchschnittliche Lebensstil in Österreich weit über dem ökologisch verträglichen Fußabdruck von 1,8 gha liegt (derzeit 4,9 gha). Der ökologische Fußabdruck ist daher auf $\frac{1}{3}$ zu reduzieren. Mit der Formulierung dieses Vorhabens als Staatsziel wird ein klares inhaltliches Ziel für alle AkteurInnen

formuliert, auf welches sich insbesondere die öffentliche Hand berufen kann. Es bildet somit einen wesentlichen Bezugspunkt für konkrete Maßnahmen in den Bereichen Wohnen, Konsum, Ernährung und Mobilität sowie das Agieren österreichischer Stellen im Rahmen internationaler Verhandlungen.

NGO´s und Initiativen stärken

Bei einer Umorientierung hin zu einem Lebensstil mit neuen Werten und Werthaltungen braucht es neue erlebbare Leitbilder, um eine Mehrheit der Bevölkerung für Veränderung gewinnen zu können. Im Mittelpunkt steht das Verlernen von nicht-nachhaltigen Verhaltensweisen und das Ausprobieren und Erlernen zukunftsfähiger Verhaltensweisen. Neue Lebensstile werden erst wirksam, wenn sie nicht nur kognitiv erfasst werden, sondern emotional (positiv) wirken und konkret erfahr- und erlebbar sind. Begleitet wird dies am besten durch gleichzeitige Änderung nicht zukunftsfähiger Strukturen. Gerade hier können NGO´s und Initiativen einzelne Schritte propagieren, die zu Veränderung führen und Anstöße für Wirtschaft und Politik geben (Vorbilder schaffen, Wissen aufbereiten und verbreiten, Erfahrungsräume anbieten).

Eine stärkere Unterstützung durch die öffentliche Hand und die Einbindung der Zivilgesellschaft in relevante Entscheidungen trägt wesentlich dazu bei, die Kontinuität, Sichtbarkeit und Vernetzung von NGO's und Initiativen zu stärken. Die Ausweitung der steuerlichen Absetzbarkeit von Spenden für gemeinnützige Umwelt-NGO's ist hier ein erster wichtiger Schritt.

Neue Indikatoren für Lebensqualität entwickeln

Viele Trends zeigen, dass materieller Wohlstand in Österreich für immer mehr Menschen nicht mehr mit hoher Lebensqualität gleichzusetzen ist (z.B. Anstieg von Depressionen, Burn out). Um Lebensqualität fassen zu können, sind Kennzahlensysteme zu entwickeln, die das Wohlergehen der Menschen in den Mittelpunkt stellen. Neben statistisch-quantitativen Indikatoren sind auch subjektiv-qualitative Informationen in einer umfassenden Bewertung zu berücksichtigen. Die Konzentration auf die Kennzahl Bruttoinlandsprodukt oder Wirtschaftswachstum ist durch ein Indikatorenset zur Lebensqualität zu ersetzen. Dabei sind bereits bestehende alternative Wohlstandsindikatoren (Human Development Index, Happy Planet Index etc.) zu berücksichtigen. Das Indikatorenset zur Lebensqualität soll systematisch erhoben und entsprechend öffentlich kommuniziert werden.

Akzeptanz und Konfliktfelder

Im Rahmen der Befragung finden Änderungen im persönlichen Lebensstil vor allem dann Akzeptanz, wenn sie einfach umzusetzen sind und die individuellen Handlungsspielräume wenig einschränken. Besonders hohe Zustimmung finden die Maßnahmen Umstieg auf regionale Lebensmittel/Bioproducte, Umstieg auf Erneuerbare Energie und Abfalltrennung mit 95 %, gefolgt von Reduktion von privatem Konsum, PKW-Verkehr, Flugverkehr und Fleischkonsum mit 82-87 % Zustimmung. Während der Verzicht auf 5 % des Einkommens noch von etwas mehr als 50 % der Befragten unterstützt wird, wird die Einschränkung der Wohnfläche von einer deutlichen Mehrheit der befragten Personen abgelehnt. Dies zeigt ein

weiteres Mal die Sensibilität des Themas Wohnen. Technischen Lösungen wird in vielen Bereichen die Priorität vor Änderungen des individuellen Verhaltens eingeräumt.

Um das BLATT ZU WENDEN, braucht es zukunftsfähige Lebensstile und Lebensweisen mit neuen Wohlstands- und Lebensqualitätsorientierungen. Gefragt ist hier jede/r Einzelne/r, aber auch die Politik, die Wirtschaftsunternehmen und soziale Gemeinschaften. Eingriffe in das Leben der Menschen sind immer verbunden mit starken Interessenskonflikten und oftmals Widerstand der Betroffenen. Hier braucht es einen breiten Diskussionsprozess und erlebbare Leitbilder sowie zukunftsfähige Strukturen, um eine Mehrheit der Bevölkerung für Veränderung gewinnen zu können.

Grundsätzlich ist allerdings zu bedenken, dass Suffizienzverhalten nicht nur das ist, was Menschen durch Einsicht bereit sind zu tun, sondern auch Maßnahmen umfasst, die „hingenommen“ werden, weil notwendig. Auch hier können NGO's und Initiativen einzelne Schritte propagieren, die zu Veränderung führen und Anstöße für Wirtschaft und Politik geben.

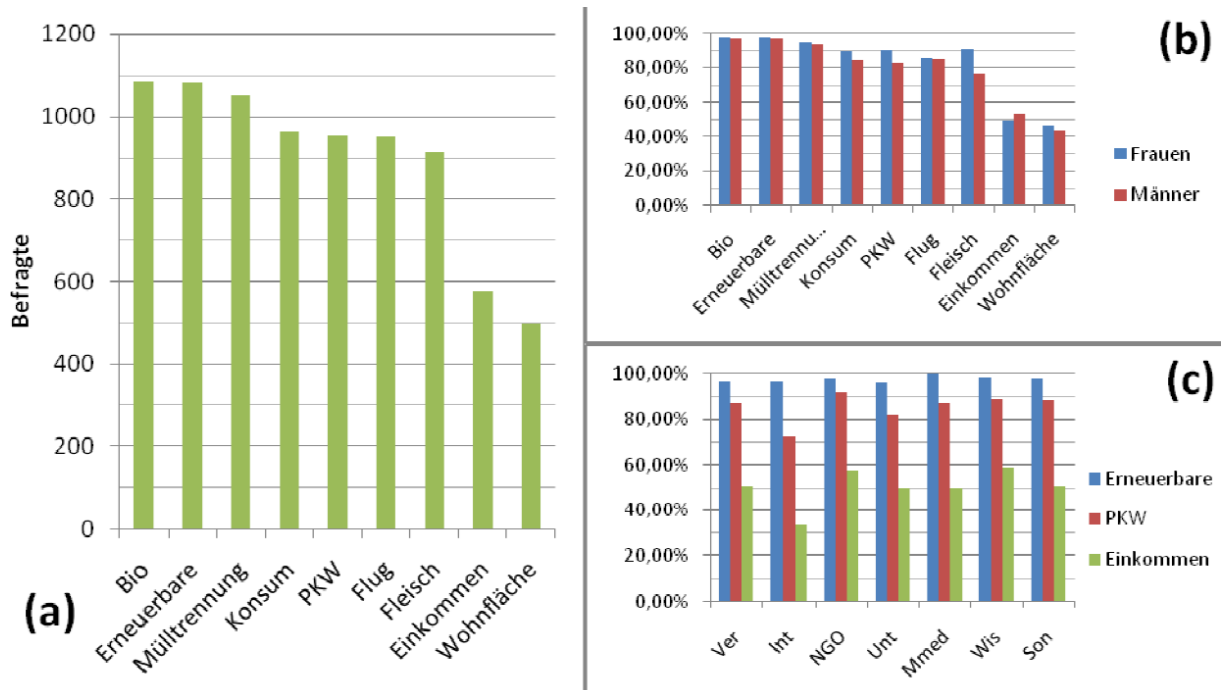


Abbildung 15: Fragen aus II.I:

Wie hoch ist Ihre Bereitschaft, durch eine Änderung Ihres persönlichen Lebensstils zur Senkung des Ressourcenverbrauchs beizutragen?

- a) Bereitschaft bei allen Befragten
- b) Bereitschaft nach Geschlecht
- c) Bereitschaft nach Organisation

Handlungsfeld Lebensqualität global

Die Ungleichheit in der Verteilung von materiellem Wohlstand und des Zugangs zu Ressourcen ist eine der zentralen globalen Herausforderungen. Trotz des wirtschaftlichen Aufschwungs in einzelnen Staaten, z.B. China und Indien, bestehen auch weiterhin eklatante Ungleichheiten zwischen den Industriestaaten und den Entwicklungsländern sowie mangelnde innergesellschaftliche Entwicklungschancen. Weltweit leben rund 2,6 Mrd. Menschen in absoluter Armut (d.h. mit weniger als 2 Dollar in lokaler Kaufkraftparität)², wobei 70 % davon in Asien leben. Zu den wichtigsten Ursachen für die unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung und der daraus resultierenden Ungleichheit in der Lebensqualität (Einkommensarmut) vieler Länder gehören: unfaire Handelsbeziehungen, der mangelnde Zugang von Frauen zu Bildung, Gesundheit und Arbeit in diesen Ländern (und die u.a. daraus resultierenden hohen Fertilitätsraten) sowie die Existenz korrupter Eliten. Die gegenwärtige Verteilung materiellen Wohlstands steht nicht nur im Widerspruch zu ethischen Grundsätzen, sondern induziert massive globale Wanderungsströme mit negativen sozialen Folgen. Verstärkt werden diese Entwicklungen infolge des Klimawandels, welche durch Überschwemmungen, Wassermangel und erhöhte Wahrscheinlichkeit von Naturkatastrophen die Lebensqualität in bestimmten Gebieten massiv reduzieren. Gleichzeitig bedeutet die Verbesserung an Lebensqualität in den Entwicklungsländern auch Wirtschaftswachstum und damit eine höhere Nutzung von Ressourcen. Unter Anerkennung absoluter Grenzen des globalen (aber auch regionalen) Ökosystems an natürlichen Ressourcen und dem derzeit ungleichen Verbrauch von Ressourcen (vgl. dazu ökologischer Fußabdruck) ist die massive Reduktion der Ressourcenansprüche der industrialisierten Länder eine Grundvoraussetzung für globale Entwicklung.

Ziel

Das zentrale Ziel ist die Reduktion der globalen ökonomischen Ungleichheiten (insbesondere Armutsbekämpfung) und die Schaffung von Aufstiegs- und Entwicklungschancen für die Bevölkerung in Entwicklungsländern.

Konkrete Schritte

Neue Formen wirtschaftlicher Kooperation ausbauen

Durch direkte Lieferverträge mit landwirtschaftlichen Betrieben und Kooperationen, welche für die Produkte faire Preise („Fair Trade“) garantieren, werden die Lebensbedingungen der regionalen Bevölkerung wesentlich verbessert. Um Produkte des Fairen Handels auf breiter Basis zu stärken, ist daher der bessere Zugang dieser ProduzentInnen zu Märkten in Industriestaaten durch den Abbau von Handelshemmnissen sicherzustellen. Im Sinne einer aktiven Unterstützung gleichberechtigter Handelsbeziehungen sind in der öffentlichen Beschaffung bevorzugt Produkte auszuwählen, die den Fair Trade Standards entsprechen

² Daten des UNCTAD Handbook of Statistics zbd World Development Indicators (WDI 2002)

(siehe Handlungsfeld „Zukunftsakteur öffentliche Hand“). Neben dem „freiwilligen“ Aufbau fairer Handelsbeziehungen kommt der Verpflichtung für Unternehmen aus Industriestaaten zur Einhaltung von sozialen und ökologischen Standards ihrer Vorlieferanten zentrale Bedeutung zu. In diesem Sinne sind die Leitsätze der OECD für multinationale Unternehmen auf globaler Ebene in verbindliche und einklagbare Normen und Gesetze überzuführen. Verstöße gegen diese Standards sind sowohl durch internationale als auch nationalstaatliche Institutionen zu ahnden. Als weiterer wesentlicher Schritt hin zu fairen Chancen im Welt-handel wird insgesamt der Abbau der Exportsubventionen im Agrarbereich durch die Industriestaaten gesehen. Durch die Behinderung des Marktzugangs (und noch stärker durch Exportunterstützung für Agrarprodukte) schädigen Industrieländer wirtschaftlich schwächere Handelspartner, deren Export vor allem auf Agrarprodukten beruht. Gerade für sensible Märkte sind Ausnahmen vom Prinzip des Freihandels vorzusehen (siehe Handlungsfeld „Spielregeln für wirtschaftliches Handeln“).

Entwicklungszusammenarbeit verstärken

Für die Erreichung der Millenniumsziele der Vereinten Nationen ist eine erhöhte Dotierung der Entwicklungszusammenarbeit aus öffentlichen und/oder privaten Mitteln unumgänglich. Die österreichischen Ausgaben haben sich seit dem Jahr 2000 (0,23 % des BIP) auf rund 0,5 % in der Periode von 2005-2008 erhöht, sanken jedoch im Jahr 2009 wieder auf 0,3 % oder 820 Mio. Euro. Voraussetzung für eine effiziente Armutsbekämpfung sind neben der Erhöhung der finanziellen Dotierung der Entwicklungszusammenarbeit der Einsatz der Mittel für konkrete Programme und Projekte, die der Armutsbekämpfung in den begünstigten Ländern dienen. Zu den vordringlichsten Maßnahmen gehören vor allem die Umsetzung einer aktiven Bevölkerungspolitik zur Reduktion der Fertilität, die Senkung der Korruption, der Zugang zu Wasser und Nahrungsmittelproduktion sowie die Stärkung der Bildung und Gesundheit, insbesondere von Mädchen und Frauen in den Ländern selbst. Die Erreichung der Millenniumsziele (Reduktion der Armut um die Hälfte bis 2015) in den Entwicklungsländern ist eine wesentliche Voraussetzung für die Reduktion des Bevölkerungswachstums in vielen Regionen, stabilen politischen Verhältnissen und den Aufbau einer wirtschaftlich erfolgreichen Gesellschaft und damit der Ingangsetzung eines positiven Kreislaufes in diesen Ländern.

Export von Wissen und Technologien an Zukunftsfähigkeit orientieren

Ohne wirtschaftliches Wachstum ist eine Verbesserung an Lebensqualität in den Entwicklungsländern nicht möglich. Angesichts der begrenzten Verfügbarkeit der natürlichen Ressourcen muss das oberste Ziel beim Ausbau von (technischer) Infrastruktur eine breite Anwendung von umweltfreundlichen und materialeffizienten Technologien auf Basis regional erneuerbarer Ressourcen sein. Zur Unterstützung beim Aufbau einer besseren Lebensgrundlage und der Verbesserung der Ernährungssicherheit vor allem in den ländlichen Regionen sind wirtschaftliche Maßnahmen wie z.B. die Vergabe von Mikrokrediten zu unterstützen. Massiv zu reduzieren sind hingegen die Exporte von Waffen an unterentwickelte Länder. Durch die Erhöhung der Lebensqualität und der persönlichen Entwicklungs-

chancen werden die Voraussetzungen geschaffen, die Abwanderung gut gebildeter und motivierter Arbeitskräfte zu reduzieren.

Akzeptanz und Konfliktfelder

Der Ausbau der Entwicklungszusammenarbeit unabhängig von Wirtschaftsinteressen wird von den Befragten zu 90 % unterstützt. Hinsichtlich der konkreten Maßnahmen werden konkrete Aktivitäten wie etwa der Kauf von fair gehandelten Lebensmitteln weitgehend unterstützt. Ebenso findet die Verbindung der Entwicklungszusammenarbeit mit einer Eindämmung des globalen Bevölkerungswachstums deutliche Akzeptanz, wenngleich deutlich stärker durch Männer als durch Frauen.

Hingegen stehen die befragten Personen einer weiteren Liberalisierung des Welthandels kritisch gegenüber. Immerhin über 70 % der Befragten lehnen diese Maßnahme für eine positive Zukunftsentwicklung ab.

Trotz der Relevanz globaler Verteilungsfragen hat diese Frage in der öffentlichen Diskussion geringe Priorität. Die Erhöhung der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit auf die Zielmarke von 0,7 % des BIP wurde bisher nicht erreicht und ist in Zeiten sinkender Budgets nicht einfach umsetzbar. Dies liegt auch am fehlenden Wissen zu konkreten Erfolgsbeispielen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit und damit geringer öffentlicher Unterstützung. Konfliktpotenzial besteht primär in Zusammenhang mit der Verfügbarkeit öffentlicher Mittel.

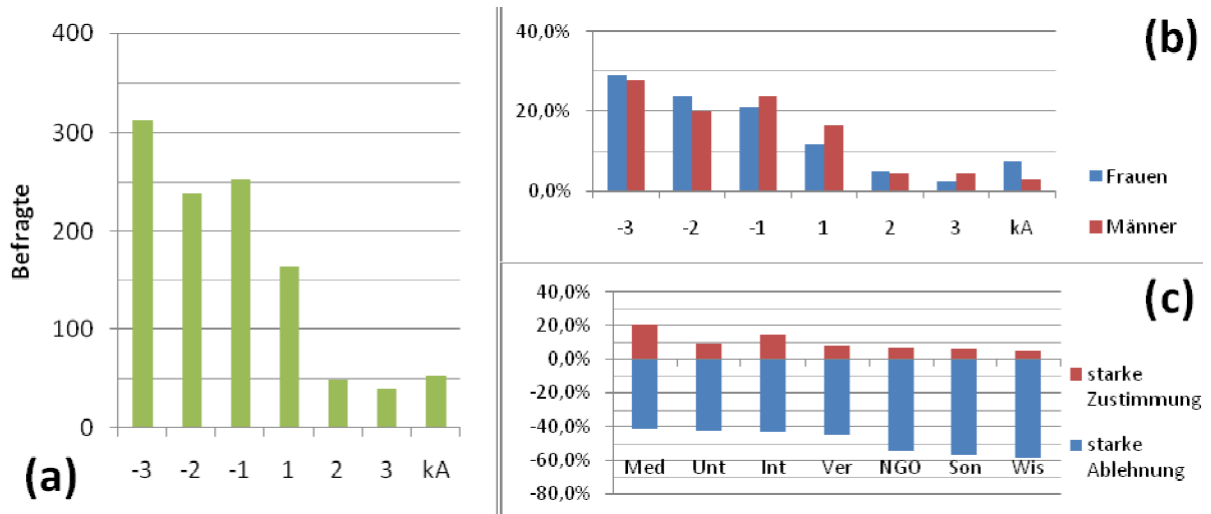


Abbildung 16: Frage II.C.4:

*Für eine positive Zukunftsentwicklung halte ich folgende Maßnahme für zweckmäßig:
Weitere Liberalisierung des Welthandels*

- a) Zustimmung unter allen Befragten
- b) Zustimmung nach Geschlecht
- c) Zustimmung nach Organisation

Handlungsfeld Ungleichheit und Armut

Nicht nur global gesehen ist die Verteilungsproblematik ein wichtiges Thema, sie ist es auch auf nationaler Ebene – wenngleich auch in weit geringerem Ausmaß. Dennoch: 1,1 Millionen Menschen in Österreich sind armutsgefährdet, mehr als 450.000 gelten als manifest arm. Besonders von Armut betroffen sind nicht-österreichische StaatsbürgerInnen, Alleinerziehende und Großfamilien, Menschen mit Beeinträchtigungen sowie Langzeitarbeitslose. Frauen sind von Armut in weit höherem Maß betroffen als Männer.

Die Schere zwischen Arm und Reich ist in den letzten Jahrzehnten in Österreich deutlich größer geworden. Die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen bildet sozialen Sprengstoff für die Gesellschaft, erzeugt gesellschaftliche Risikolagen in allen Schichten der Gesellschaft, schwächt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die demokratische Stabilität. Von gerechter Verteilung profitieren letztlich alle.

Armut bedeutet aber nicht nur einen materiellen Mangel, sondern zumeist vor allem einen Mangel an Freiheiten und Möglichkeiten, die Geld und Güter in unserer Gesellschaft verschaffen. Die von Armut betroffenen Personen (und deren Kinder) sind von gesellschaftlichen Aktivitäten oftmals ausgeschlossen. Dies führt nicht nur zu geringeren Sozialkontakten, sondern verringert die Lebensqualität der Personen deutlich.

Armut ist multidimensional und ihre Entstehung hat viele Faktoren. Deshalb muss auch ihre Bekämpfung umfassend und ganzheitlich angelegt sein: Es geht etwa darum, Schwächen des Sozialstaats zu korrigieren und seine Stärken zu optimieren, das Bildungssystem zu verbessern und darum, Antworten auf neue soziale Risiken wie etwa prekäre Beschäftigung, erhöhte Pflegeerfordernisse oder Migration zu finden.

Ziel

Ziel ist die Erhöhung der Verteilungsgerechtigkeit von Einkommen und Vermögen und die Reduktion der Anzahl der von Armut betroffenen Personen in Österreich.

Konkrete Schritte

Qualitativ hochwertige soziale Infrastruktur ausbauen

Eine gute soziale Infrastruktur – Gesundheitsversorgung, sozialer Wohnbau, öffentlicher Verkehr, gute und leistbare Kinderbetreuungseinrichtungen – erfüllt zentrale Aufgaben, um das Gemeinwohl einer Gesellschaft zu sichern. Sie steht allen Personen der Gesellschaft in gleichem Maße zur Verfügung und trägt wesentlich zur sozialen Durchmischung der Gesellschaft bei. Investitionen in diesem Bereich zur Verbesserung des Angebots sind wichtige Schritte, um das Armutsrisiko zu verringern und die gesellschaftliche Teilhabe aller zu ermöglichen.

Grundsicherung garantieren

Neue Formen der Arbeit, Benachteiligungen aufgrund von Migration oder Behinderungen, aber auch zunehmende Pflegeerfordernisse einer alternden Gesellschaft sowie die wünschenswerte soziale und finanzielle Anerkennung gesellschaftlicher Reproduktionsarbeit erfordern eine Grundsicherung durch Sachleistungen und/oder Transfers in existenzsichernder Höhe, die soziale Risiken abfedert und allen Menschen die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglicht. Die Einführung einer Grundsicherung muss mit einer qualitätsvollen Arbeitsplatz- und Arbeitszeitpolitik einhergehen. Der durch Konzentration auf die Erwerbsarbeit eingeengte Blick ist verstärkt auf die gesamte, gesellschaftlich notwendige Arbeit zu richten. Im Sinne verbesserter Verwirklichungschancen ist eine Umverteilung der verschiedenen Formen der Arbeit – der Erwerbsarbeit, der Reproduktionsarbeit und politisch-gesellschaftlicher Tätigkeiten – insbesondere zwischen Männern und Frauen zu forcieren.

Existenzsichernde Entlohnung sicherstellen

Die Entlohnung der Erwerbsarbeit muss existenzsichernd sein. Durch die Erhöhung des Mindestlohns bzw. die Schaffung eines Mindestlohns für alle Branchen wird branchenspezifischen Entlohnungsdisparitäten und der weiteren Zunahme der „Working poor“ entgegengewirkt. Eine Erhöhung des Mindestlohns stellt darüber hinaus einen erhöhten Anreiz zu entlohnter Beschäftigung bei Einführung einer allgemeinen Grundsicherung sicher. Dieser ist durch eine signifikante Differenzierung gegenüber der Grundsicherung oder anderer Anreizmechanismen in Form der Knüpfung von Bedingungen an den Erwerb der Grundsicherung sicher zu stellen.

Ungleicher Verteilung entgegenwirken

Eine gleichmäßigere Verteilung von Einkommen und Vermögen kommt nicht nur den unteren Einkommensschichten, sondern auch den Mittelschichten und der Gesellschaft insgesamt zugute. Der Staat hat daher seine Umverteilungsfunktion verstärkt wahrzunehmen, aber auch Einfluss auf die Primärverteilung von Einkommen und Vermögen auszuüben. Hierzu gehört die Erhöhung vermögensbezogener Steuern und die Verstärkung der faktischen Progression des Steuersystems (siehe Handlungsfeld „Steuern und Abgaben“). Die Differenzierung der Gehälter in Unternehmen wie auch im öffentlichen Sektor hat in den letzten Jahrzehnten stark zugenommen. Eine umfassende Gehalts- und Steuertransparenz erhöht die Sensibilität in Bezug auf die Angemessenheit von Gehaltshöhen und ermöglicht die gesellschaftliche Auseinandersetzung darüber.

Akzeptanz und Konfliktfelder

Das Auseinanderklaffen zwischen Arm und Reich in Österreich zählt zu den wichtigsten Sorgen der befragten Personen. Immerhin 83 % der Befragten sind der Meinung, dass bis 2035 die zunehmend ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen zu massiven sozialen Konflikten geführt hat (siehe Abbildung 17).

Dem entsprechend stark werden Maßnahmen unterstützt, die dieser Entwicklung entgegen wirken. Einer Erhöhung der Gehaltstransparenz wird mit 85 % von der weit überwiegenden Mehrheit zugestimmt. Ebenso wird die Einführung einer erwerbsunabhängigen Mindestsicherung zur Absicherung von atypischen Beschäftigten unterstützt, wenngleich auch weniger deutlich. Immerhin befürworten $\frac{3}{4}$ der befragten Personen diese Maßnahme.

Zentraler Konfliktpunkt in Bezug auf Maßnahmen zur Armutsbekämpfung ist die Sicherstellung der Anreizwirkung zugunsten bezahlter Arbeit sowie das Spannungsfeld zwischen Mindestlöhnen und der Anzahl an Arbeitsplätzen mit geringer Produktivität. Insbesondere im Hinblick auf letzteres kommt der Sozialpartnerschaft wesentliche Bedeutung zu.

Im Bereich unangemessen hoher Gehälter sind die Eingriffsmöglichkeiten der öffentlichen Hand beschränkt. Gerade hohe Gehälter sind jedoch oftmals Anlass zu populistischen politischen Diskussionen und unterminieren die Glaubwürdigkeit demokratischer Gesellschaften. Nicht zuletzt die VertreterInnen der Zivilgesellschaft sind in dieser Frage gefordert, eine sachliche Diskussion über angemessene Gehaltshöhen zu führen und durch konkrete Reaktionen auf Unternehmen unangemessen hohe Gehälter zu verhindern. Zur Frage der Konflikte mit Bezug auf die Umverteilungsfunktion des Staates siehe Handlungsfeld „Steuern und Abgaben“.

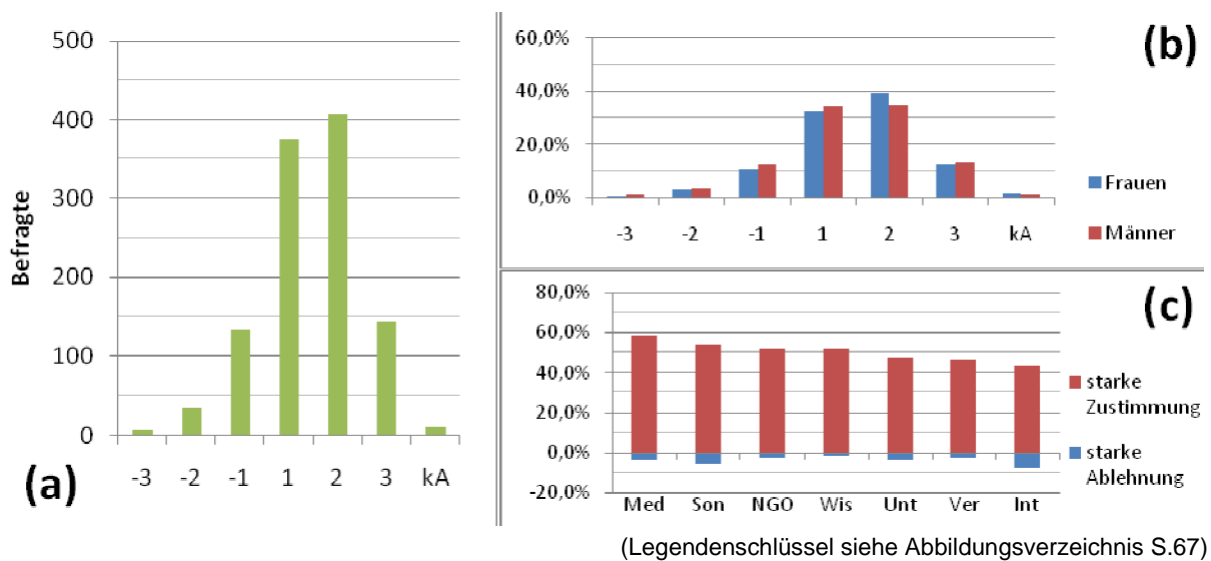


Abbildung 17: Frage I.E.1:

Für wie wahrscheinlich halten Sie das Eintreten der folgenden Entwicklungen: Die zunehmend ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen hat zu massiven sozialen Konflikten geführt

- a) Zustimmung unter allen Befragten
- b) Zustimmung nach Geschlecht
- c) Zustimmung nach Organisation

Handlungsfeld Gendergerechtigkeit und Diversität

Die Einbeziehung aller Bevölkerungsgruppen in gesellschaftliche Planungs-, Entwicklungs- und Entscheidungsprozesse ist wesentlicher Baustein einer Gesellschaft mit hoher Lebensqualität für alle Personen. Dies ist in Österreich in ungleichem Maße gegeben, wobei die Gendergerechtigkeit im Mittelpunkt der Diskussion steht. In einer globalisierten und vernetzten Welt, in der Menschen unterschiedlicher ethnischer und sozialer Herkunft, unterschiedlichen Geschlechts, Alters und Lebensstils zusammenleben und zusammenarbeiten, gehört Diversität zum gesellschaftlichen Alltag. Damit erweitert sich der Blick auf die Teilhabechancen von Personen über die Frage des Geschlechts hinaus. Vielfalt zu einem gemeinsamen Ganzen zu integrieren ist eine der wesentlichen Herausforderungen Europas und Österreichs.

Hohen Stellenwert nimmt die Frage der unterschiedlichen Entwicklungschancen von Personen aufgrund des Geschlechts im Hinblick auf die Verteilung von Vermögen und Einkommen sowie Erwerbsarbeit, Versorgungsarbeit und politisch-gesellschaftlicher Tätigkeit ein. Damit einher geht die Verfügbarkeit und Gestaltung von Ressourcen, Bildungs- und Karrierechancen sowie Entscheidungsmacht und Einfluss. Auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene spiegelt sich etwa die Genderdimension wider in Einstellungen und Wertigkeiten resultierend aus der jeweiligen Betroffenheit und den damit verbundenen Handlungsoptionen von Frauen und Männern. Geschlechtsspezifische Unterschiede gibt es beispielsweise im Risikobewusstsein von Männern und Frauen und im Bereich der Mobilität. Die sichtbarsten Formen der Diskriminierung von Frauen am Arbeitsmarkt sind die Unterrepräsentanz in Entscheidungsgremien, die geringeren Einkommen, das Verhältnis von Erwerbsarbeit zu unbezahlter Versorgungsarbeit sowie bei der Überrepräsentanz von Frauen in gering bezahlten Sozialberufen (z.B. Pflege). Gerade in der Angleichung der Entwicklungschancen von Männern und Frauen ist in Österreich trotz vielfältiger Initiativen und Programme eine geringe Dynamik feststellbar.

Ziel

Ziel ist die Sicherstellung von Gendergerechtigkeit und Diversität in allen Lebensbereichen.

Konkrete Schritte

Bewertung von unbezahlter gegenüber bezahlter Arbeit anheben

Die traditionelle Zuweisung von Versorgungs- und Pflegearbeit an Frauen schränkt deren Erwerbstätigkeit enorm ein und führt zu einer Reihe von strukturellen Nachteilen im Bereich der sozialen Sicherheit durch erhöhte atypische Beschäftigungsformen, Teilzeit und Erwerbsunterbrechungen. Durch eine Anhebung der Bewertung von unbezahlter Versor-

gungsarbeit gegenüber bezahlter Erwerbsarbeit im Bereich der sozialen Sicherungssysteme sowie der Änderung gesellschaftlicher Werthaltungen erhöht sich die Geschlechtergerechtigkeit im Hinblick auf die Arbeits- und Verantwortungsteilung. Basis für diese Veränderung ist ein gesellschaftlicher Wandel weg vom Konzept einer Erwerbsarbeit, welche nur von einer von Versorgungsarbeit freigestellten Person bewältigt werden kann. Maßnahmen, die diese Entwicklung unterstützen sind z.B. Karenz von Frauen und Männern, erhöhte Einkommens-
transparenz, eine Erhöhung der Bezahlung und damit höhere Wertschätzung von Sozialberufen sowie eine positivere Bewertung diskontinuierlicher Erwerbsverläufe. Mit einem Wandel der gesellschaftlichen Zuschreibungen für die Geschlechter gehen auch zusätzliche sozial akzeptierte Handlungsoptionen und damit eine Erhöhung der Lebensqualität für Frauen und Männer einher.

Quoten für Geschlechter in Politik, Wirtschaft und Forschung einführen

Frauen sind in Entscheidungsgremien der Wirtschaft, aber auch in der Politik und Gesellschaft (z.B. Forschung) deutlich unterrepräsentiert. Trotz einzelner Maßnahmen und Programme zur Gleichstellung von Frauen und Männern, des hohen Bildungsniveaus von Frauen, des Verbots formaler Diskriminierung und der erhöhten Berufstätigkeit von Frauen ist eine Angleichung der Repräsentanz in Entscheidungs- und Führungspositionen nicht in Sicht. Neben der Gerechtigkeitsfrage ist das auch im Hinblick auf die Qualität der Entscheidungsfindung problematisch. Je mehr Meinungen und Sichtweisen in Entscheidungsgremien vertreten sind, desto breiter ist der Blickwinkel bei Entscheidungen und desto höher die Qualität der Entscheidung. Die deutliche und anhaltende Unterrepräsentanz von Frauen in Entscheidungsgremien erfordert die Einführung wirksamer Maßnahmen unter Androhung entsprechender Sanktionen bei Nichtbefolgung. Mindestquoten für Frauen in allen gesellschaftlich und wirtschaftlich relevanten Entscheidungsgremien, insbesondere Wirtschaft, Politik und Forschung mit spürbaren Sanktionen sind daher eine zentrale Maßnahme im Rahmen umfassender Anstrengungen zur Gleichstellung von Männern und Frauen.

Integration von Zugewanderten beschleunigen

Der demographische Wandel einerseits und die Freiräume eines erweiterten Europas andererseits beschleunigen den seit Jahrzehnten laufenden Prozess der Zuwanderung in Österreich. Allein zwischen 2000 und 2009 weist die Wanderungsbilanz ein Plus von 316.737 Personen aus, wobei 1,049.265 Millionen Zuwanderungen 732.528 Wegzügen gegenüberstehen. Die Nettozuwanderung zeichnet damit hauptverantwortlich für den Anstieg der Wohnbevölkerung von 351.474 Personen. Im letzten Jahrzehnt sind damit 4 % netto zugezogen, der Anteil aller Zuzüge an der Gesamtbevölkerung in diesem Zeitraum beträgt 13 %. Die sich in allen Bevölkerungsschichten beschleunigenden Wanderungsbewegungen erfordern auch einen neuen Umgang mit Zuwanderung. Erhöhte Anstrengungen mit Elementen positiver Diskriminierung (z.B. ZusatzlehrerInnen) sind insbesondere für Zugewanderte aus Ländern außerhalb der Europäischen Union erforderlich.

Transparenz erhöhen

Eine der wirksamsten Maßnahmen gegen Diskriminierung bestimmter Gruppen ist die Erhöhung der Transparenz, um bestehende Unterschiede sichtbar zu machen. Dies gilt in besonderer Weise für Diskriminierungen von Frauen gegenüber Männern bei Gehältern und Aufstiegschancen. Eine erhöhte Transparenz ist jedoch nicht nur im Bereich der Gehälter, Steuern und staatlichen Leistungen einzufordern, sondern auch im Hinblick auf zukünftige Vorhaben. Die Erhöhung der Transparenz in allen gesellschaftlichen Bereichen UND deren öffentliche Diskussion lenkt die öffentliche Diskussion, erhöht damit auch die Qualität politischer Entscheidungen, erleichtert die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern in der Entscheidungsfindung und stärkt das demokratische System insgesamt.

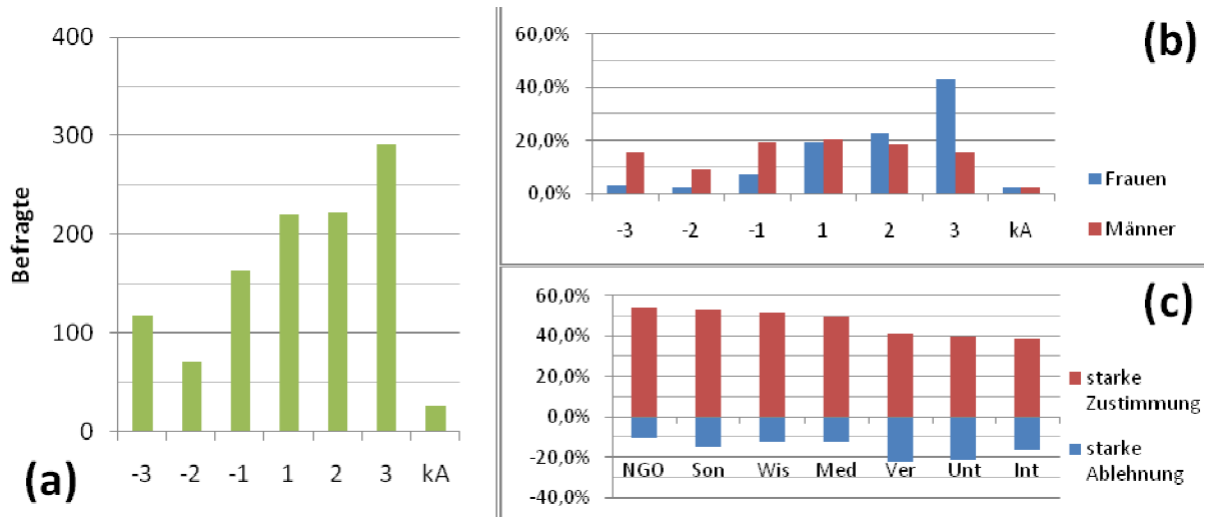
Pluralität leben und sichtbar machen

Die VertreterInnen von Zugewandertengruppen sind derzeit im öffentlichen Leben (v.a. Medien, Politik, aber auch Wirtschaft) sowie staatlichen Institutionen (z.B. Lehrpersonal, Polizei) deutlich unterrepräsentiert. Dies gefährdet die Akzeptanz dieser Institutionen (z.B. Polizei) innerhalb der betroffenen Gruppen. Durch eine Erhöhung des Anteils von Zugewanderten in den genannten Institutionen steigt die Identifikation mit dem Zielland und die Akzeptanz der gesellschaftlichen Werte der Mehrheitsgesellschaft. Sichtbarkeit von Migration in gesellschaftlich relevanten Institutionen und konkrete Durchlässigkeit dieser Institutionen für aufstiegswillige Personen sind daher zentrale Elemente einer aktiven Integrationspolitik.

Akzeptanz und Konfliktfelder

Die geringe Dynamik in der Gleichstellung von Männern und Frauen spiegelt sich auch in der Erwartungshaltung wider. Über 60 % der befragten Personen halten es laut Befragung für unwahrscheinlich, dass bis 2035 die Gleichstellung von Männern und Frauen in den wichtigsten Bereichen erreicht ist, wobei sich die Antworten nach Geschlecht (72 % der Frauen und 54 % der Männer halten dies für unwahrscheinlich) unterscheiden.

Maßnahmen zur Gleichstellung von Männern und Frauen finden in der Befragung insgesamt hohe Akzeptanz, allerdings unterschiedlich nach Geschlecht. 85 % der Frauen stimmen der Forderung nach gesetzlicher Gleichstellung (z.B. Quoten) von Männern und Frauen mit Sanktionsandrohung zu, während dies nur 54 % der Männer tun (siehe Abbildung 18). Etwa 1/4 der Männer lehnt diese Maßnahme vollkommen oder stark ab. Eine verpflichtende Karenz für Männer und Frauen wird insgesamt mehrheitlich abgelehnt. Der Einführung der Transparenz bei den Gehältern wird von über 85 % der befragten Personen zugestimmt, auch hier deutlich stärker von Frauen als von Männern.



(Legendenschlüssel siehe Abbildungsverzeichnis S.67)

Abbildung 18: Frage II.D.6:

*Für eine positive Zukunftsentwicklung halte ich folgende Maßnahme für zweckmäßig:
Einführung gesetzlicher Gleichstellungsmaßnahmen (z.B. Quoten) zwischen Männern
und Frauen mit Sanktionsdrohung*

- a) Zustimmung unter allen Befragten
- b) Zustimmung nach Geschlecht
- c) Zustimmung nach Organisation

Entgegen den politischen Diskussionen ist die Zielgruppe der Befragung gegenüber Einwanderung wesentlich offener. Über 95 % unterstützen umfangreiche Maßnahmen zur Integration von Zuwanderern in Österreich. Ebenso wird die Zuwanderung qualifizierter Personen aus Nicht-EU-Ländern mit dem Ziel der Sicherung des Sozial- und Wirtschaftsmodells in Österreich unterstützt.

Zuwanderung, in geringerem Maße auch Gendergerechtigkeit, sind politisch hoch konfliktäre Themen, dies nicht zuletzt aufgrund der direkten Konkurrenzierung sozial schlecht gestellter Bevölkerungsgruppen im Bereich Wohnen und Arbeit. Gesellschaftliches Konfliktpotenzial liegt vor allem in der Zuwanderung von Personen mit ablehnender Haltung zu den Grundwerten westlicher Gesellschaften, wie etwa in Geschlechtergleichstellung. Aufgrund der direkten relativen Benachteiligung der bisher bevorzugten Gruppe ist der Übergang in eine plurale Gesellschaft mit einer Vielzahl von Konflikten zwischen der Mehrheitsgesellschaft und Minderheiten verbunden. Gleiches gilt auch für die Gleichstellung von Männern und Frauen in der Gesellschaft. Der Vermittlung gemeinsamer Grundwerte und die Kommunikation der individuellen und gesellschaftlichen Vorteile durch erhöhte Gleichstellung innerhalb der Gesellschaft kommt hier besonderer Stellenwert zu.

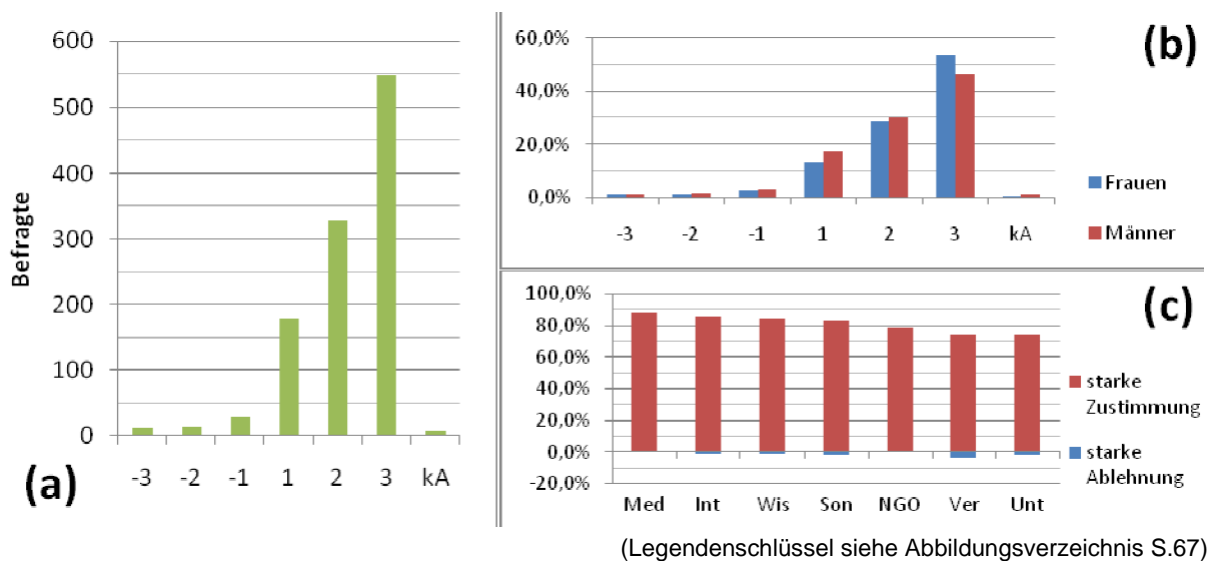


Abbildung 19: Frage II.D.5:

*Für eine positive Zukunftsentwicklung halte ich folgende Maßnahme für zweckmäßig:
Umfangreiche Maßnahmen zur Integration von Zugewanderten in Österreich*

- a) Zustimmung unter allen Befragten
- b) Zustimmung nach Geschlecht
- c) Zustimmung nach Organisation

Handlungsfeld Arbeit neu verteilen

„Arbeit“ im traditionellen ökonomischen Verständnis ist einer der Produktionsfaktoren – neben „Kapital“ und „Natur“ – und zugleich die wichtigste Quelle des Einkommens von Personen. Zudem ist Arbeit – ähnlich wie Waren – marktförmig, also auf Arbeitsmärkten organisiert. Arbeit ist aber auch eine zentrale Basis für Steuereinnahmen (siehe Handlungsfeld „Steuern und Abgaben“), soziale Absicherung und gesellschaftliche Integration. Etwa 40 % der Steuereinnahmen in Österreich sind arbeitsbezogene Steuern.

Bei geringem Wirtschaftswachstum, wie es für Europa in den nächsten Jahrzehnten zu erwarten ist, werden jedoch die Schwächen des Arbeitsmarktes sichtbar. Durch Verdrängung und Ausschluss bestimmter Gruppen vom Arbeitsmarkt (z.B. ältere ArbeitnehmerInnen, MigrantInnen, Jugendliche) entstehen eine Reihe sozialer Problemlagen, ökonomische Ungleichheiten und gesellschaftliche Konflikte.

Die demographische Entwicklung in Europa, steigende regionale Flexibilität, veränderte Karrieremuster, der Übergang zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft sowie der Rückgang klassischer Arbeitsverhältnisse erfordern Innovationen am Arbeitsmarkt. Die soziale Absicherung pluraler Erwerbsbiografien ist ebenso nötig wie die Abfederung von Übergängen zwischen Erwerbszeiten und erwerbsfreien Zeiten (Prinzip „Flexicurity“).

Überdies ist der Arbeitsbegriff zu überdenken. Arbeit in einer erweiterten Definition umfasst bezahlte Erwerbsarbeit und unbezahlte Reproduktionsarbeit (siehe dazu Handlungsfeld „Gendergerechtigkeit und Diversität“). Die Erweiterung des Arbeitsbegriffes und die Zurückdrängung der Erwerbsarbeit als zentraler Ansatzpunkt des Sozialstaates sind wesentliche Elemente auf dem Weg in eine „inkludierende Gesellschaft“.

Ziel

Ziel ist die Schaffung eines flexiblen und inkludierenden Arbeitsmarktes und eine gerechtere Verteilung von Arbeit bei dauerhafter sozialer Absicherung aller Mitglieder der Gesellschaft.

Konkrete Schritte

Flexibilisierung der Arbeitszeit verstärken

Arbeitszeitflexibilisierung soll den ArbeitnehmerInnen wie den Unternehmen mehr Möglichkeiten bedarfsgerechten Agierens geben. Die Einführung von Arbeitszeitkonten ist eine Maßnahme zur Anpassung der bezahlten Arbeit an individuelle Bedürfnisse einerseits sowie konjunkturelle Erfordernisse andererseits. Sie trägt damit zur Erhöhung der Lebensqualität und zur Vermeidung von Arbeitslosigkeitsperioden in Zeiten schwacher Konjunktur bei. Darüber hinaus eröffnen Arbeitszeitkonten ArbeitnehmerInnen die Möglichkeit, neben der Erwerbsarbeit Zeit für Familie, Weiterbildung etc. aufzuwenden und für das Gemeinwesen

tätig zu werden. Dieses Modell der Flexibilisierung der Lebensarbeitszeit ist in Abstimmung mit einer Grundsicherung (siehe Handlungsfeld „Ungleichheit und Armut“) zu betrachten, dies nicht zuletzt, um die Ausnützung von Machtverhältnissen zu Lasten der ArbeitnehmerInnen zu reduzieren.

Ältere ArbeitnehmerInnen verstärkt integrieren

Mit der Zunahme der durchschnittlichen Lebenserwartung und dem demographischen Wandel in Europa und Österreich steigt die Belastung der erwerbstätigen Bevölkerung durch Pensionsleistungen. Neben einer Reduktion der durchschnittlichen Pensionshöhe (insbesondere durch Senkung hoher Pensionen) stellt die Verlängerung der Erwerbsphase eine wesentliche Maßnahme dar. In Österreich bedeutet dies vor allem eine drastische Verringerung der Frühpensionierungen. Im Sinne pluraler Erwerbsbiografien ist denkbar, dass in der Familienphase kürzer gearbeitet wird, dafür länger in der späteren Erwerbsphase. Dafür sind betriebliche Maßnahmen zur Gesundheitsförderung notwendig, um die Beschäftigungsfähigkeit und Produktivität Älterer aufrecht zu erhalten. Ebenso braucht es Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung sowie neue Konzepte des lebensbegleitenden Lernens. Ergänzt wird dies durch eine Abschaffung des Senioritätsprinzips in der Entlohnung sowie steuerliche Regelungen zur Erhöhung des Anreizes für Betriebe, ältere ArbeitnehmerInnen einzustellen.

Konvergenz der Arbeitsbedingungen forcieren

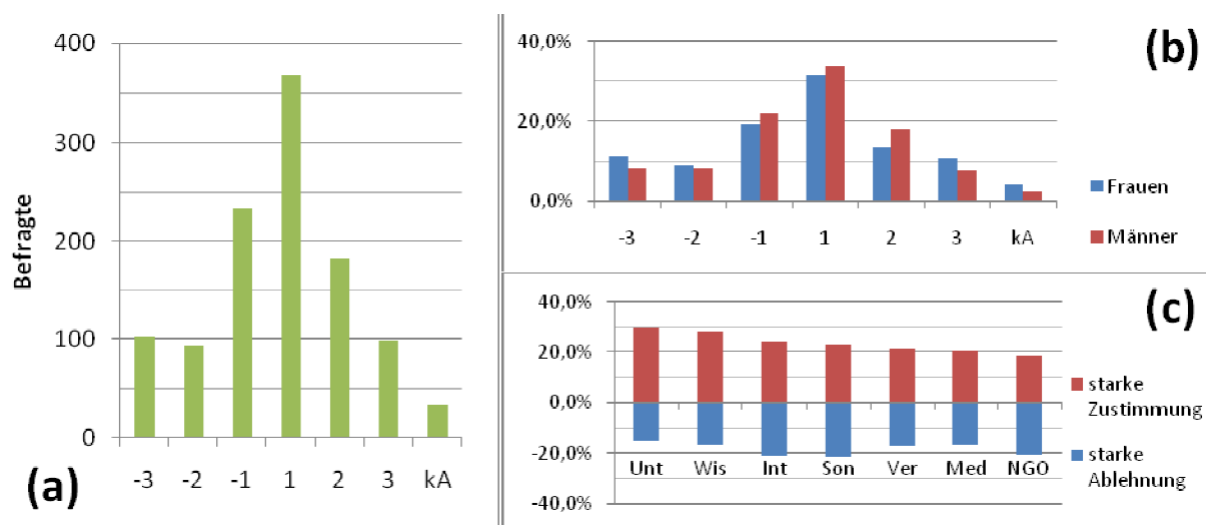
Bereits heute sind die konkreten Arbeitsbedingungen zwischen unterschiedlichen Sektoren (ArbeiterInnen, Angestellte, BeamtenInnen, LeiharbeiterInnen, Industrie, Dienstleistungssektor) weitgehend unterschiedlich. Soziale Absicherung, das Senioritätsprinzip in der Entlohnung, die Flexibilität seitens des Dienstgebers, Arbeitsbelastung und Arbeitszeitregelungen splintern den Arbeitsmarkt in unterschiedliche Sektoren auf und führen zu sozialen Ungleichheiten innerhalb der Gesellschaft. Eine beschleunigte rechtliche und faktische Angleichung der Arbeitsbedingungen (bei gleichzeitiger sozialer Absicherung, siehe oben) erhöht die Flexibilität der ArbeitnehmerInnen und verringert soziale Ungleichheiten innerhalb einer Gesellschaft.

Akzeptanz und Konfliktfelder

Zentrale Akteure für die Reform des Arbeitsmarktes sind die Sozialpartner, wobei den VertreterInnen der ArbeitnehmerInnen in ihrer Verantwortung für das Gesamtsystem hohe Verantwortung zukommt, dies insbesondere dann, wenn Veränderungen zu Lasten einzelner Gruppen erforderlich sind. Seitens der befragten Personen wird erwartet, dass sich der Trend zur Zurückdrängung traditioneller Arbeitsformen weiter fortsetzen wird. Nicht zuletzt aus diesem Grunde wird eine erwerbsunabhängige Mindestsicherung von nahezu 75 % der befragten Personen unterstützt. Hingegen wird die Notwendigkeit der Verlängerung der Lebensarbeitszeit nur von weniger als 60 % der Befragten unterstützt. Eine generelle Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich wird von der Mehrheit der befragten Personen – auch innerhalb der VertreterInnen der Unternehmen – abgelehnt.

Gerade die Reform des Arbeitsmarktes ermöglicht es, die internationale Wettbewerbsfähigkeit Europas zu stärken und damit die materielle Wohlfahrt als wesentliches Element der Lebensqualität abzusichern. Dem Arbeitsmarkt und der Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme kommt auch im Hinblick auf die Verhinderung sozialer Ungleichheiten ein zentraler Stellenwert zu, wobei gerade das Spannungsfeld zwischen sozialer Absicherung und Anreiz zur Erwerbsarbeit eine besondere Herausforderung darstellt.

Zudem wird dem Faktor Bildung (siehe Handlungsfeld „Zukunft lernen“) in Zukunft eine noch wichtigere Rolle zukommen. Die wissensbasierte Ökonomie erfordert höhere Qualifikationen, die Neuverteilung der Erwerbsarbeit als Weg zum Abbau von Arbeitslosigkeit braucht mehr Menschen mit gleichwertiger Qualifikation. Nicht zuletzt sind Bildung und Qualifikation der beste Garant für eine produktive Wirtschaft vor dem Hintergrund begrenzter ökologischer Ressourcen.



(Legendenschlüssel siehe Abbildungsverzeichnis S.67)

Abbildung 20: Frage II.E.1:

*Für eine positive Zukunftsentwicklung halte ich folgende Maßnahme für zweckmäßig:
Deutliche Verlängerung der Lebensarbeitszeit*

- a) Zustimmung unter allen Befragten
- b) Zustimmung nach Geschlecht
- c) Zustimmung nach Organisation

Handlungsfeld Demokratie leben

Der Wohlstand und die Lebensqualität Europas basiert einerseits auf dem Erfolg der sozialen Marktwirtschaft, andererseits auf dem demokratischen politischen System. Die repräsentative Demokratie Europas befindet sich aber zunehmend in der Krise, so der Befund vieler ExpertInnen. Das schwindende Ansehen der Politik, von PolitikerInnen und politischen Institutionen in westlichen Demokratien und die abnehmende Wahlbeteiligung stellen ein ernst zu nehmendes Legitimationsproblem für das demokratische System dar. Die soziale Polarisierung in vielen Gesellschaften erhöht das Konflikt- und Gewaltpotenzial, auch das Erstarken populistischer und autoritärer Bewegungen in vielen Ländern birgt hohe Gefahren für die Demokratie. Der erhöhte Einfluss von privilegierten Eliten und partikularer Lobbyinggruppen auf politische Entscheidungen stellen eine Entdemokratisierung des politischen Systems dar, welche letztlich die Akzeptanz der Demokratie in der Bevölkerung beeinträchtigt.

Der Stärkung des demokratischen Systems und seiner AkteurInnen kommt für eine zukunftsfähige Entwicklung ein zentraler Stellenwert zu. Dies gilt vor allem hinsichtlich der Umsetzung zukunftsweisender und notwendiger (aber wenig populärer) Maßnahmen. Im Spannungsfeld zwischen Repräsentanz und Partizipation ist das Verhältnis von politischer Führung („Leadership“) in demokratischen Systemen zum Ausbau der Mitbestimmungsrechte der BürgerInnen und der Zivilgesellschaft neu zu bestimmen. Die von Vielen geforderte stärkere Position der Politik gegenüber anderen sozialen Systemen (insbesondere Wirtschaft, Recht) erfordert sowohl kompetente Führungspersönlichkeiten in politischen Positionen als auch eine hohe Akzeptanz des politischen Systems durch die Bevölkerung. Hierzu bedarf es sowohl geeigneter Strukturen als auch eines funktionierenden Auswahlprozesses für Politikerinnen und Politiker.

Wesentliche Änderungen für das politische System werden durch die Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnologie erwartet. Die digitalen Medien erschließen neue Möglichkeiten der Information, Kommunikation und Mitbestimmung bei politischer Entscheidungsfindung, bei der Aktivierung und Mobilisierung für bestimmte Ziele und Interessen. Sie eröffnen allerdings auch ganz neue Möglichkeiten der Überwachung, der Einschränkung von BürgerInnenrechten und des Datenmissbrauchs. Neue Medien sind daher Gefahr und Chance für die Demokratie. Nicht zuletzt deshalb kommt dem Erlernen eines sinnvollen und verantwortungsbewussten Umgangs mit neuen Medien (siehe Handlungsfeld „Zukunft lernen“) hohe Bedeutung zu.

Ziel

Ziel ist die Verbesserung der Funktionalität des politischen Systems zur Sicherung hoher Lebensqualität unter Anerkennung der langfristigen ökologischen Grenzen.

Konkrete Schritte

Transparenz in Politik und Gesellschaft erhöhen

Durch die Erhöhung der Transparenz in der Entscheidungsfindung mittels klarer Lobbyingregeln, dem Ausbau einer umfassenden Evaluierungskultur sowie der Offenlegung von Interessen einzelner Stakeholder und entscheidungsrelevanter Fakten kann die Akzeptanz von Entscheidungen erhöht und das Vertrauen in das politische System gestärkt werden. Medien spielen eine ebenso wichtige Rolle wie eine kritische Zivilgesellschaft, unabhängige Forschungseinrichtungen und die Qualität der politischen Kultur. Transparenz erleichtert auch die Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern am politischen Prozess. Moderne Informations- und Kommunikationstechnologien können gerade im Hinblick auf die Erhöhung der Transparenz in einer Gesellschaft und der politischen Entscheidungsfindung wesentliche Beiträge leisten. Die Pflicht zur Erhöhung der Transparenz gilt für alle politischen EntscheidungsträgerInnen auf nationaler (zB Sozialpartnerschaft) und internationaler Ebene (z. B. EU, WTO) und ist ein wichtiges Element der Institutionenreform. Hierzu gehört auch die Entflechtung unterschiedlicher Institutionen der Politik und Gesellschaft.

Entscheidungsfähigkeit des Systems auf globaler und europäischer Ebene verbessern

Eine Reihe wesentlicher Herausforderungen für eine nachhaltige Entwicklung ist nur auf globaler/europäischer Ebene lösbar. Die Berücksichtigung kurzfristiger nationaler und regionaler Interessen erschwert jedoch die Entscheidungsfindung auf übergeordneter Ebene. Dies gilt sowohl hinsichtlich der Vertretung nationaler Interessen auf Ebene der Europäischen Union als auch in Bezug auf die Vereinbarung globaler Abkommen (z.B. fairer Welt-handelsregeln, Klimaschutzabkommen, Zugang zu Ressourcen). Neben einer entsprechenden Umstrukturierung internationaler Organisationen mit Zielrichtung einer gleichberechtigten Einbeziehung aller Regionen ist eine effiziente Durchsetzung der getroffenen Beschlüsse, etwa im Rahmen der Vereinten Nationen, erforderlich.

Umfassende Bundesstaatreform umsetzen

Mit dem Beitritt zur Europäischen Union kam hat sich das politische System insofern verändert, als für Österreich wesentliche Entscheidungen auf europäischer Ebene getroffen werden. Die Europäische Union wurde bisher jedoch nur unzureichend als eigenständige Entscheidungsebene anerkannt, vielmehr werden nationale Interessen in hohem Maße auf die europäische Ebene getragen. Darüber hinaus hat der Beitritt zur Europäischen Union kaum zu Veränderungen der politischen Institutionen in Österreich geführt. Eine Neuaufteilung der Kompetenzen zwischen Bund, Bundesländern und Gemeinden, etwa in Form der klaren Zuordnung von Entscheidung und Finanzierung, einer Reduktion der Entscheidungsebenen, der Abschaffung des Bundesrates in seiner jetzigen Form oder der Einsparung der Bundesländer als Gesetzgebungsebene kann wesentlich zur Erhöhung der Systemeffizienz und damit zur Akzeptanz des politischen Systems beitragen.

Institutionen einer kritischen Öffentlichkeit stärken

Eine starke Demokratie braucht aktive BürgerInnen, unabhängige Forschungseinrichtungen und eine kritische Medienlandschaft. Zivilgesellschaftliche Gruppen und Bewegungen haben eine wichtige demokratiepolitische Funktion und tragen oft wesentlich zur Entwicklung von Strategien, Politiken und Gesetzen in Governance-Prozessen bei. Konkret ist die Gefahr einer staatlichen Unterdrückung zivilgesellschaftlichen Engagements, wie derzeit durch den §287 („Anti-Mafia-Paragraf“) StGB gegeben, zu unterbinden.

Durch den hohen ökonomischen Druck auf traditionelle Medien (insbesondere Zeitungen, TV) und Forschungseinrichtungen werden einerseits Qualitätsstandards gesenkt und müssen andererseits verstärkt wirtschaftliche Interessen (Anzeigen, Aufträge) in ihrer Arbeit berücksichtigen werden. Zur Entwicklung einer kritischen Medienlandschaft bedarf es neben entsprechender Rahmenbedingungen auch einer entsprechenden Wertschätzung durch die Bevölkerung, wobei die Veränderungen der Medienlandschaft durch die Nutzung neuer Medien wesentlich zur Stärkung einer kritischen Öffentlichkeit beitragen können.

Direkte Mitbestimmung durch Bürgerinnen und Bürger ausbauen

Als Gegenstück zur Entscheidungsfindung durch (gewählte) RepräsentantInnen auf globaler Ebene kann ein Ausbau der direkten Mitbestimmung – insbesondere auf regionaler Ebene – die Akzeptanz der Entscheidungen erhöhen und deren Umsetzung erleichtern. Der Ausbau innovativer Formen partizipativer Demokratie stärkt die Funktionalität des demokratischen Systems einerseits und kann andererseits zu einer höheren Akzeptanz des Berufsbildes PolitikerIn führen. Wesentlich ist es, eine möglichst breite Einbindung aller Bevölkerungsgruppen in die partizipativen Entscheidungsprozesse sicher zu stellen.

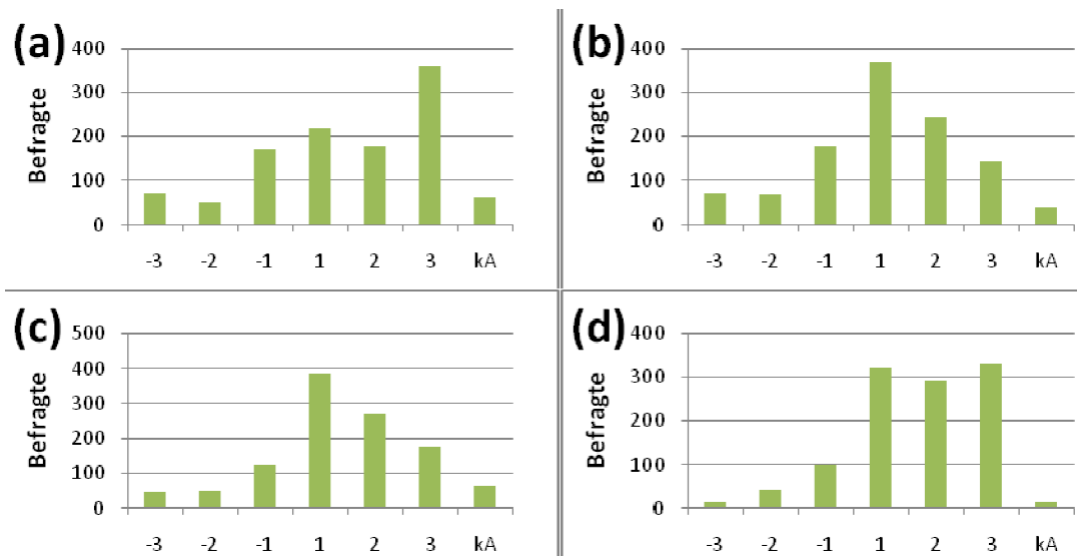
Akzeptanz und Konfliktfelder

Der Reformbedarf in der innerösterreichischen Aufgabenverteilung wird auch durch die befragten Personen in hohem Maße gesehen. Dies drückt sich beispielsweise in der deutlichen Zustimmung zur Einsparung der Bundesländer als Gesetzgebungsebene aus, welche von nahezu $\frac{1}{3}$ der befragten Personen vollkommen unterstützt wird. Lediglich 11 % der Befragten lehnen dies vollkommen oder weitgehend ab.

Immerhin $\frac{2}{3}$ der befragten Personen stimmen auch einer Erhöhung der Kompetenzen auf Europäischer Ebene in den Bereichen Wirtschaft, Umwelt und Energie zu. Auf hohe Zustimmung stoßen auch die Stärkung der Sozialpartnerschaft bei gleichzeitig erhöhter Transparenz mit einer Zustimmungsrate von 75 % sowie die Erhöhung der Mitbestimmungsrechte der BürgerInnen auf allen politischen Ebenen mit 85 %, wobei die VertreterInnen der Verwaltung und Unternehmen in Fragen der Mitbestimmung zurückhaltender sind. Hingegen wird die Maßnahme, den Beruf der/s PolitikerIn durch erhöhten Schutz der Privatsphäre, höhere Einkommen etc. attraktiver zu machen, von der deutlichen Mehrheit der Befragten abgelehnt.

Die Erhöhung der Transparenz ist mit relativ wenig Konfliktpotenzial verbunden, allerdings sind Widerstände von Seiten der Betroffenen zu erwarten, was sich beispielsweise in der geringeren Zustimmung zur Gehaltstransparenz von Männern zeigt. Konfliktpotenziale sind

mit einer Bundesstaatsreform verbunden, da hier klare Interessensgegensätze zwischen Bund und Bundesländern erkennbar sind. Gerade für diesen Punkt sind daher weit blickende und nicht unmittelbar von persönlichen Machtinteressen geleitete Persönlichkeiten als politische FunktionärInnen erforderlich. Die strukturelle Neuordnung des politischen Systems ist essentiell für die Funktionalität und Akzeptanz des demokratischen Systems in westlichen Demokratien. Weitgehende Akzeptanz besitzt die Erhöhung der Mitbestimmung von BürgerInnen in Österreich, wobei gerade die Nutzung neuer Medien eine noch kaum genutzte Chance darstellt.



(Legendenschlüssel siehe Abbildungsverzeichnis S.67)

Abbildung 21:

Für eine positive Zukunftsentwicklung halte ich folgende Maßnahme für zweckmäßig:

- Einsparung der Bundesländer als Gesetzgebungsebene (Frage II.B.1)
- mehr Kompetenzen und Sanktionsmöglichkeiten der EU in den Bereichen Wirtschaft, Umwelt- und Energiepolitik (Frage II.B.2)
- Stärkung der Sozialpartnerschaft bei gleichzeitiger Erhöhung der Transparenz (Frage II.B.8)
- Ausweitung der Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte von BürgerInnen auf allen politischen Ebenen (Frage II.B.7)

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Flussdiagramm zum Zukunftsdialog 2035.....	6
Abbildung 2: Mensch, soziale Systeme und Ökosystem.....	13
Abbildung 3 Herausforderungen und Lösungsansätze	21
Abbildung 4: Entwicklung jährlichen Ressourcenverbrauches	23
Abbildung 5: Prognose der globalen Treibhausgasemissionen.....	23
Abbildung 6 :Frage I.D.1: Engpässe bei Rohstoffen	26
Abbildung 7: Relative statt absolute Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenkonsum in Österreich seit 1980, Quelle: www.seri.at	27
Abbildung 8: Frage II.C.1: Aktivierung des Innovationspotenzials der Wirtschaft.....	30
Abbildung 9: Frage II.C.3: Nahrungs- und Energieautarkes Österreich	34
Abbildung 10: Frage II.C.9 Erhöhung der Besteuerung auf Vermögen, 1113 Befragte	37
Abbildung 11: Frage II.A.1: Ökologische Steuerreform.....	38
Abbildung 12: Öffentliche Bildungsausgaben in % des BIP, Statistik Austria	39
Abbildung 13: Frage II.B.5: Einschränkung von Bildungsausgaben der öffentlichen Hand ...	42
Abbildung 14: Frage II.C.10: Nachhaltige Produkte in der öffentlichen Beschaffung.....	45
Abbildung 15: Fragen aus II.I: Änderung des persönlichen Lebensstils	48
Abbildung 16: Frage II.C.4: Weitere Liberalisierung des Welthandels.....	51
Abbildung 17: Frage I.E.1: Soziale Konflikte wegen ungleicher Vermögensverteilung	54
Abbildung 18: Frage II.D.6: Gleichstellungsmaßnahmen zwischen Männern und Frauen.....	58
Abbildung 19: Frage II.D.5: Integration von Zugewanderten	59
Abbildung 20: Frage II.E.1: Verlängerung der Lebensarbeitszeit	62
Abbildung 21: Verteilung von politischen Kompetenzen	66

Legendenschlüssel:

Ordinaten in *Zustimmung aller Befragten bzw. Zustimmung nach Geschlecht*:

-3: lehne vollkommen ab, -2: lehne stark ab, -1: lehne eher ab

1: stimme eher zu, 2: stimme stark zu, 3: stimme vollkommen zu, kA: weiß nicht

Ordinate in *Zustimmung nach Organisation*: Int: Interessensvertretung/Verband,

Med: Medien, NGO: NGO im Bereich Umwelt/Soziales, Unt: Unternehmen, Ver: Verwaltung,

Wis: Wissenschaftliche Einrichtung, Son: Sonstige

Graph in *Zustimmung nach Organisation*: starke Zustimmung bedeutet BefragteR hat *stimme stark zu* oder *stimme vollkommen zu* angekreuzt (analog für starke Ablehnung)

Ordinate in Abbildung 14: Umstellung des Privaten Lebensstils:

Umstieg auf regionale Lebensmittel und Bioprodukte, Umstieg auf erneuerbare Energie, Verstärkte Abfalltrennung, Reduktion des privaten Konsums (z.B. Elektronikgeräte, Mode), Einschränkung des privaten PKW Verkehrs, Einschränkung des privaten Flugverkehrs, Einschränkung des Fleischkonsums, 5%ige Reduktion des persönlichen Einkommens, Einschränkung der eigenen Wohnfläche

Partner Zukunftsdialog

Allplan

Amt der NÖ Landesregierung

ARGE Kompost & Biogas Österreich

ARGE Müllvermeidung

Austrian Clean Technology

Backhausen interior textiles

BM für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt
und Wasserwirtschaft

BM für Verkehr, Innovation und
Technologie

BM für Wirtschaft, Familie und Jugend

Bauarbeiter-Urlaubs und
Abfertigungskasse

Bundesverband Sonnenschutztechnik
Österreich

Bundesverband WärmePumpe Austria

Donau Universität Krems

ECO-Counselling Europe

GET ACTIVE – Jugendforum für eine
nachhaltige Welt

Gemeinschaft Dämmstoff Industrie

GLOBArt

Gugler cross media

Institut für ökologische
Wirtschaftsforschung

Institut für Soziale Ökologie

Klimabündnis Österreich

Kommunalkredit Public Consulting

KWI Consultants & Engineers

LebensART

Leistungsgemeinschaft Wärmepumpe
Austria

NEONGREEN NETWORK

OEDAT

ÖAMTC Akademie

Österreichisches Ökologie-Institut

Österreichische Volksbanken

Österreichischer Städtebund

Österreichisches Institut für Baubiologie
und Ökologie

Quality Austria

respACT

Österreichischer Verband für
Elektrotechnik

Strebelwerk GesmbH

TINA VIENNA Urban Technologies &
Strategies

Umwelt Management Austria

Umweltbundesamt

Umweltdachverband

UmweltJournal

VBV – Vorsorgekasse

Victoria-Volksbanken Vorsorgekasse

Vier Pfoten International

Weisssee Initiative

WWF Österreich

Sponsoren



Energie
vernünftig
nutzen

